

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 RM., monatlich 1,10 RM., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 RM. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisklasse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Anhang 2 RM., für das übrige Ausland 3 RM. pro Monat. Postabonnements rechnen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Preussische Provinzen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die festgesetzte Kolonelle ober deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 21. Mai 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der bedeutungsvollste Gewerkschaftskampf.

Die Bedeutung des Kampfes im Baugewerbe liegt nicht allein in seiner Größe, auch nicht allein in der Tatsache, daß er auf beiden Seiten von kampferprobten und gefestigten Organisationen geführt wird. Gewiß tragen beide Umstände mit dazu bei, die Aufmerksamkeit der Arbeiterwelt in sehr großem Umfange auf ihn zu lenken; aber seine überragende Bedeutung liegt doch nicht hier, sondern vornehmlich in seiner Stellung in der Entwicklung der Arbeitskämpfe und in der hier besonders augenfällig werdenden Tendenz der modernen Unternehmerorganisationen.

Ueber den Umfang des Kampfes kann heute kein Streit mehr bestehen. Die Gewerkschaften haben 130 000 Ausgesperrte nachgewiesen; aber man mag ruhig zugeben, daß außerdem ein Teil unorganisirter Arbeiter ausgesperrt worden ist, dessen zahlenmäßige Feststellung den Gewerkschaften nicht gelang. Wenn man in Berücksichtigung dessen die Gesamtzahl aller Ausgesperrten mit 150 000 ansetzt, so dürfte man nicht zu wenig geschätzt haben. Einhundertfünzigtausend Arbeiter ausgesperrt! So wenig das nach den großsprecherischen Ankündigungen der Unternehmerorganisation ist, es bleibt doch eine gewaltige Zahl. Man muß bedenken, daß es sich hier nicht um das wilde Aufbäumen einer disziplin- und zusammenhanglosen Masse handelt, sondern um einen Kampf, der von beiden Seiten lange vorher ins Auge gefaßt worden war. Die Unternehmer hatten ihn seit Jahren geplant, und die Arbeiter hatten ihn ebenso lange mit fast absoluter Gewißheit herankommen sehen. Nicht aus der Hurrastimmung einer begeisterten Stunde, sondern aus langen, öfteren und gründlichen Erwägungen ist dieser Kampf geboren. Und darum ist sein Umfang so außerordentlich; denn ein Kampf wie dieser, so planvoll vorbereitet, kann nicht in wenigen Wochen abgebrochen werden, wenn nicht die Partei, auf deren Kosten er abgebrochen wird, ihr Renommee einbüßen will. Die Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer im Baugewerbe kämpfen im Lichte einer achtunggebietenden Vergangenheit für ihre, nein um ihre Zukunft. Darum mußte es ein schweres, opfervolles Ringen werden. Denn beide Teile sind mit Recht von dem Bewußtsein erfüllt, daß sie einen Entscheidungskampf schlagen.

„Von heute und hieran wird eine neue Epoche der Arbeitskämpfe beginnen“, so könnte man Goethes Wort variieren, das er am Tage von Valmy sprach.

Gewiß liegt die Augenblicksbedeutung des Baukriegs in seiner Größe und in der Wahrscheinlichkeit, daß er sehr lange in dieser Größe andauern wird. Aber diese beiden Momente führen uns zurück auf den Untergrund des ganzen Konflikts. Wir müssen den Kampf der Bauarbeiter vom Standpunkte der Entwicklung der Arbeitskämpfe betrachten. Die herrschende Tendenz in dieser Entwicklung ist zweifellos auf die Vergrößerung der Kämpfe gerichtet. Sie ergibt sich aus unabänderlichen Verhältnissen. In dem Maße, wie das Erwachen des Zusammengehörigkeitsgefühls auf beiden Seiten starke Organisationen schuf, in dem gleichen Maße mußten und müssen sich die Kämpfe notwendig vergrößern. Immer größere Massen wurden in den Kampf geführt, immer breiter wurde die Grundfläche des Kampfes. Bei der Unternehmerorganisation ist das Streben auf Vergrößerung der Kämpfe von vornherein gegeben: je größer ein Kampf, umso größer die Opfer der Arbeiter, umso höher die Belastung der Gewerkschaftslisten und infolgedessen umso schwächer ihre Widerstandskraft. Bei den Unternehmern wachsen die Opfer nicht in dem Maße, mit dem Umfange des Kampfes wie bei den Arbeitern. Aus dieser Tatsache heraus erwuchs das Bestreben der Unternehmerorganisation, den Kämpfen eine möglichst große Ausdehnung zu geben, und das Wachstum der Gewerkschaften eröffnete der Verwirklichung der Unternehmerabsichten immer weitere Möglichkeiten.

Zu dieser ganz natürlichen, weil auf den Klassengegensätzen beruhenden Entwicklung trat das Tarifvertragswesen, das erst von den Bauunternehmern mißtrauisch zurückgewiesen, dann aber stürmisch akzeptiert wurde, weil es die Möglichkeit bot, durch einheitlichen Abschluß aller Tarife, oder noch besser durch die Zusammenfassung aller Tarife zu einem Reichstarif der erstrebten Vergrößerung der Arbeitskämpfe eine sichere Grundlage zu geben. Es hilft hier kein Streiten dieser Unternehmer: sie sind lediglich aus diesen Beweggründen Freunde des Tarifvertrages und besonders Freunde des Reichstarifs geworden. Sie können diese Tatsache bestreiten, aber sie können sie nicht aus der Welt schaffen. Aber eben darum qualifiziert sich ihr kategorisches Verlangen nach Abschluß eines (Reichs-) Zentraltarifs als ein plump-gewaltiger, störender Eingriff in die natürliche Entwicklung des Tarifvertragswesens. Die Bauunternehmer brauchen wirklich den Arbeitern nicht erst zu sagen, daß auch das Tarifwesen nach Zusammenfassung kleinerer Tarifgebiete zu größeren drängt und daß diese Entwicklung einmal in Reichstarifen münden wird. Das konnten sie schon seit Jahren in der Arbeiterpresse lesen. Kommt diese Form des Tarifvertrages als die natürliche Konsequenz der tariflichen und gewerkschaftlichen

Entwicklung, so werden sich die Arbeiterorganisationen damit abfinden, und sie werden das dann auch können. Aber hier in diesem Kampfe handelt es sich um etwas ganz anderes; die Forderung der Unternehmer ist nicht das Gebot der Entwicklung, sondern eine Spekulation, den Arbeitern durch den Zentralvertrag die Möglichkeit zu nehmen, ihre soziale Lage weiter zu verbessern. Darum wehren sich die Arbeiter dagegen. Sie wissen, daß bei dem heutigen Stande der Organisationen im Baugewerbe der Zentralvertrag den Unternehmern die Uebermacht im Interessenkampfe gibt, die jeden Tarifvertrag, der diesen Namen verdient, d. h. der auf der Gleichberechtigung beider Teile beruht, ausschließt. Was die Unternehmer wollen, ist keine Fortentwicklung des Tarifvertrages zu höheren Formen, sondern ist dessen Vernichtung; der Tarifvertrag soll durch die gewerkschaftlich sanktionierte Willkür der Unternehmer ersetzt werden.

Dies Streben der Unternehmer gibt dem Baukrieg eine Bedeutung, die weit über das Baugewerbe hinausgreift. Was sich jetzt im Baugewerbe abspielt, kann sich in anderen Gewerben, in denen der Tarifvertrag Eingang gefunden hat, wiederholen. Wie die Bauunternehmer, so werden auch die Unternehmer anderer Gewerbe danach trachten, durch Vergrößerung der Kämpfe den sozialen Fortschritt zu hemmen, und sie werden sich dazu ebenso wie die Bauunternehmer des Tarifvertrages bedienen wollen. Gelänge es den Bauunternehmern, ihre Absicht durchzusetzen, so wäre die Widerstandskraft der Arbeiter anderer Gewerbe gegen gleichlaufende Pläne ihrer Unternehmer von vornherein geschwächt. Das bedarf nicht erst des Beweises. Wir sehen also in dem Kampfe der Bauarbeiter ein Vorspiel der künftigen Kämpfe. Das sollte für die Arbeiter aller Berufe Veranlassung genug sein, sich hier auf den Standpunkt zu stellen: Es handelt sich um unsere eigene Sache! Der Kampf der Bauarbeiter muß der Kampf der gesamten Arbeiterschaft sein. So wie sich auf der Seite der Bauunternehmer das gesamte reaktionäre Unternehmertum zusammenfindet, um diesem Schläge gegen den Vormarsch der Arbeiter die vernichtende Wirkung zu sichern, so muß sich die gesamte Arbeiterschaft um die Bauarbeiter scharen, nicht nur mit Sympathierevolutionen, sondern in tatkräftiger Solidarität!

Was diesem Kampfe außer dem Angriff auf die Zukunft des Tarifvertrages seine Bedeutung gibt, ist der Angriff auf die Gleichberechtigung der Arbeiter im Tarifvertrag. Er findet in den Forderungen der Unternehmer zur Akkordarbeit, zum Arbeitsnachweis usw. seinen Ausdruck. Diese Forderungen — die wir verschiedentlich besprochen haben — charakterisieren sich als eine unerhörte Annäherung unversähtesten Scharfmachertums. Sie sind um so unerhörter, als die Gleichberechtigung der Arbeiter im Tarifvertrag gerade im Baugewerbe seit dem Auskommen des Tarifvertragswesens unangefochten bestand. Seit länger als zehn Jahren hat man sie als selbstverständlich hingenommen, und nun plötzlich dieser flagranten Vorstoß!

Auch das hat seine Ursachen. Man darf das schnelle Wachstum der Tarifverträge im Baugewerbe nicht außer Betracht lassen. Dies Wachstum war eben nicht immer normal und gesund. Oft wurden Tarifverträge für Gebiete vereinbart, in denen noch sehr wichtige Vorbedingungen dafür fehlten. Manche Einigungsämter waren die reinen Tariffabriken. In solchen Gebieten sind die Tarifverträge und ist mit ihnen der Grundlag der Gleichberechtigung nichts Bodenwüchsiges, sondern künstlich aufgeschöpftes Gewächs. Die reale Grundlage der Gleichberechtigung, die gegenseitig erachtete Macht, fehlte dort, und dieser Umstand ließ den Vorstoß gegen die Gleichberechtigung, der durchaus nicht zufällig aus dem Westen und Süden kam, überhaupt erst möglich werden. Von erheblichem Einflusse war dabei die reaktionäre Welle, die als eine Folge des Wachstums der Unternehmerverbände und des wirtschaftlichen Niederganges das Scharfmachertum zum Angriff auf die Positionen der Arbeiter treibt. Gewiß spielt auch noch manch anderer Umstand eine nicht unerhebliche Rolle dabei, wie z. B. die Furcht der Großindustriellen vor dem Fortschritt in den Lohn- und Arbeitsbedingungen der baugewerblichen Arbeiter und manches andere. Aber von entscheidendem Einflusse war und ist der Uebermut des Unternehmertums, hervorgerufen durch das Wachstum seiner Verbände und durch die schwere Krise, die die Widerstandskraft der Arbeiter sehr schwächte. Auch diese reaktionäre Welle beschränkt sich nicht auf das Baugewerbe. Gestingt es ihr, die Dämme der Bauarbeiterorganisationen zu überfluten und zu durchbrechen, so wird sie auch weiterbrausen.

Auch daraus ergibt sich für die Gesamtarbeiterschaft die zwingende Veranlassung, zu einer ihrer tapfersten Truppen zu stehen und durch weitgehenden Opfersinn der Freiheit der Arbeit und dem sozialen Fortschritt den Sieg erringen zu helfen.

Neue Vermittlungsvorschläge des Reichsamts des Innern.
 Der Oberbürgermeister der Stadt Dresden, Dr. Seutler, teilte den Arbeiterverbänden mit, daß seine Einladungen zu Verhandlungen als erledigt zu betrachten seien, da das Reichsamt des Innern zentrale Verhandlungen wieder einseitig will.

Den Zentralverbänden ist von solchen Verhandlungen bis Freitag abend offiziel noch nichts bekannt; Einladungen sind an sie noch nicht ergangen.

Der „unpolitische“ Lehrerverein.

Ingenähre zur gleichen Zeit, als der Deutsche Lehrerverein in Straßburg das letzte fehlende Glied seiner horizontalen Gliederung einfügte, als die nationale Einheit besiegelt wurde, begann es in seiner vertikalen Struktur zu krachen, begann der Kampf in sozialer, in politischer Beziehung.

Die Sozialdemokratie beginnt auch im Lehrerverein ein Ende damit zu machen, daß man geflüstert vor den großen politischen sozialen Problemen die Augen schließt, um sich an lederner Fachsimpelei genug zu tun oder, wenn es hoch kommt, den Horn der freien Rede gegen Mäcker und Pfaffen zu lehren. Die Sozialdemokratie ist nicht nur mehr vor den Toren des Lehrervereins, sondern sie ist schon mitten drin; und es sind nicht einige Scheu- und unbekante Elemente, die sich im stillen zur Sozialdemokratie rechnen, und dem verschwiegenen Parteigenossen ihr Geheimnis in trauriger Dämmerstunde mit Herzklappen anvertrauen, sondern bewährte und bekannte Schulmänner bekennen sich offen und frei zur Sozialdemokratie.

Bevor nur die deutsche Lehrerversammlung in Straßburg formell eröffnet war, schon in der sogenannten Vertreterversammlung, die nichtöffentlich ist und an der nur die Delegierten der Zweigvereine teilnehmen, wurde an das politische Problem des Lehrervereins gerührt. Von den Breslauer Lehrern ging die „Anregung“ aus, den bremischen Lehrerverein wegen seiner sozialdemokratischen Tendenzen auszuschließen. Würde ernstlich über diese kollegiale und weitherzige „Anregung“ geredet worden sein, so hätten die bremischen Delegierten, zum mindesten unterstützt von den Hamburgern, sicherlich ihren Mann gestanden, zumal es sich bei den meistbeteiligten Bremer Delegierten um bewährte Kämpfer handelte. Aber die vorsichtigen Leiter des Deutschen Lehrervereins zogen es vor, die beginnenden politischen Gegensätze noch nicht auseinanderzulegen zu lassen, sondern sie möglichst zu vertuschen, sie fanden eine Formel, durch die sie vorläufig die gefährlichen Geister bannten: der Lehrerverein ist eine Standesorganisation und daher interkonfessionell und unpolitisch, es ist Sache der einzelnen Mitglieder, sich so weit oder so wenig ins Meer der politischen Kämpfe zu wagen, wie sie wollen; der Verein lehnt dafür jedwede Verantwortung ab.

Diese Formel hat auf den ersten Blick etwas Westschendes. Aber bei genauerer Prüfung stellt sich heraus, daß sie keine brauchbare Waffe, sondern nur eine leere Attrappe ist, die bei dem ersten Stoß, den man mit ihr wagt, elend zusammenbricht.

Waher konnte der Lehrerverein „unpolitisch“ sein, so wenig er es auch in Wirklichkeit jemals war. Denn was für eine Bedeutung haben die bürgerlichen Parteienunterschiede überhaupt. Und im besonderen für eine Berufsklasse wie die Lehrer! Neuerdings haben sich einige indifferente oder strebsame Landlehrer von konfessionslosen und freikonfessionellen Schwadronieren einsaugen lassen; von dieser Verirrung werden die paar Lehrer bald zurück sein, denn die Schul- und Lehrerfreundschaft der Junker ist zu offener Schwindel, als daß auch nur der naivste Lehrer längere Zeit darauf hineinfallen könnte. Eine Reihe katholischer Lehrer zieht den konfessionellen Lehrerverein der allgemeinen Berufsorganisation vor; das ist bei der Ausschließlichkeit des katholischen Bekenntnisses kein Wunder. Bleiben noch die Spielarten der liberalen Parteien! Ihnen gehört denn auch in der Tat das Gros der Lehrerschaft an; teils aus Gewohnheit oder Indifferenz, teils aus innerer Ueberzeugung von der Ehrlichkeit liberaler Reden und Versprechungen, teils aus Verehrung für bewährte Schulkämpfer der Vergangenheit, die einem besseren Liberalismus früherer Zeiten angehörten. Weil so aber die politische Zugehörigkeit der großen Mehrzahl der deutschen Schullehrer keinerlei Zweifel bestand, konnte umso leichter die Fiktion des unpolitischen Lehrervereins aufrechterhalten werden.

Vor der sozialdemokratischen Konsequenz und Unnachgiebigkeit zerfielen diese Illusionen. Auf der Lehrerversammlung in Straßburg vertrat der Festredner, der bayerische Oberlehrer Schubert mit seinem tremolierenden Pathos noch einmal die alte Anschauung. Preisend mit viel schönen Nebensarten wußte er in einem Atemzuge die politische Neutralität des Lehrervereins zu feiern, im nächsten domerte er ein kaiserlich-patriotisches — also „ein politisches“! — Glaubensbekenntnis in den Saal, im dritten Atemzuge ging der liberale Politiker und Zentrumsgegner nach allen Himmelsrichtungen mit dem „unpolitischen“ Schulmann durch.

Solche Entgleisungen fielen bisher nicht auf, weil Hurrapatriotismus und Antikulturmontanismus nicht als „Politik“ galten, sondern als Vaterlandsliebe und Gewissensfreiheit firmiert wurden.

Sobald die Sozialdemokratie aber in den Reigen eintritt, ändert sich das Bild, sofort gewinnt alles ein politisches Aussehen, was bisher als unpolitisch durchschlüpfte. Die sozialdemokratischen Lehrer können unmöglich zugeben, daß der Liberalismus, offen oder dämlich verschleiert, als die einzige Lehrerpartei hingestellt wird; sie werden in Fragen der Weltanschauung der liberalen Klasse die Schelle anhängen; und in der Schulpolitik werden sie zeigen, wo die wahren Freunde der Schule sitzen. Solche politischen Auseinandersetzungen sind in Zukunft ganz unausbleiblich, man kann der Volksschule nicht nützen und dienen, indem man sich politische Scheuklappen anbindet!

Die formelle Ausrede, mit der die Leitung des Lehrervereins vorläufig noch der politischen Stellungnahme entgangen ist, hat auch noch in anderer Beziehung ein Loch. Wenn der Lehrerverein seine Mitglieder nicht nach Konfession und politischem Glaubensbekenntnis fragt, so hat er aber auch umgekehrt die Verpflichtung, für seine Mitglieder einzutreten, wenn sie nicht wegen Nachlässigkeit oder Unfähigkeit im Amte, sondern wegen ihrer politischen Tätigkeit als Staatsbürger gemahregelt werden. Die Leitung des Deutschen Lehrervereins hat bisher so wenig wie die „Pädagogische Zeitung“ ein Wort gefunden, um für den gemahregelten Bremer

Holzmeister und die Webelgratulanten in die Schranken zu treten. Erfreulicherweise hat der Korreferent in der Frage der Schulaufsicht und Schulleitung, einer der mannhaftesten Hamburger Lehrer, Gelegenheit genommen, ein mannhaftes Wort gegen die reaktionäre Schulleitung in Bremen zu sagen. Und es war ebenso erfreulich, daß seine scharfe Kritik den lebhaften Beifall der vieltausendköpfigen Versammlung fand.

Die Lehrerversammlung ist im übrigen ohne besonders aufregende Debatten und Ereignisse verlaufen. In der Frage der Jugendfürsorge haben die Thesen des Referenten die Zustimmung der Versammlung gefunden. Inwieweit die papierernen Weisungen Leben gewinnen werden und inwieweit die Volksschullehrer bei ihrem neuen Versuch praktischer Sozialreform die mannigfachen Klippen umschiffen werden, auf denen die bürgerliche Reformarbeit nur zu leicht Schiffbruch leidet, muß abgewartet werden. Jedenfalls scheint den Lehrern die große Bedeutung der proletarischen Organisationen für die Jugendfürsorge noch nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein, geschweige, daß sie mit ihnen Verbindung zum Zwecke gemeinsamer Arbeit gesucht hätten.

Auch in der Frage der Schulaufsicht und Schulleitung hat die vermittelnde Richtung die Mehrheit gefunden. Wohl hatte der radikale und demokratische Hamburger Pausen, der sich schon in München beim Streit um die Weltlichkeit der Schule als wackerer Streiter für freiheitliche Prinzipien bewährt hatte, von Anfang bis Ende seines Korreferats das Ohr der Versammlung; er trat für Demokratisierung des Schulwesens ein, für Befreiung der Lehrarbeit von Bürokratie und Schablone, für maßgebende Unterweisung der Eltern und der Lehrer bei der Schulverwaltung, für Heranziehung der weitesten Öffentlichkeit bei der Schularbeit; und er fand auch eine nennenswerte Minorität für seine Thesen. Aber die Mehrheit stimmte den Forderungen des Referenten zu, die zwar eine Reihe von Verbesserungen der jetzigen unhaltbaren Zustände erstreben, aber am Feszen der heutigen autoritativen und bürokratischen Schulorganisation nichts ändern wollen.

Nicht ohne symptomatische Bedeutung war die Tatsache, daß am Begründungsabend, an dem es von tönenden Worten über die endlich erlangene Einheit der deutschen Volksschullehrer nur so dröhnte, ein Vertreter der französischen Lehrerschaft die Grüße der französischen Kollegen überbrachte. Inmitten der patriotischen Atmosphäre und inmitten von — Straßburg bedeutete diese Begrüßung ein anerkanntes Zeugnis der Vorurteilslosigkeit und internationalen Kollegialität der französischen Lehrer. Mögen die deutschen Volksschullehrer sich daran ein Beispiel nehmen, aber auch daran, daß man in Frankreich nicht die lächerliche Notiz kennt, an der leider auch die deutschen Volksschullehrer krankten. In Frankreich rückt man nicht ängstlich von den sozialdemokratischen Lehrern ab, sondern sie gelten als vollwertige Kollegen. Hoffentlich dauert es auch in Deutschland nicht allzu lange, bis der Lehrereifer nicht nur der guten Absicht halber, sondern in Wirklichkeit eine paritätische Organisation ist, in der die sozialdemokratischen Kollegen so gut Schutz und Hilfe gegen Nachregelungen aller Art finden wie alle anderen!

Defizit und Dreadnoughts.

Aus Wien wird uns vom 19. d. Mts. geschrieben:

Nun wird auch Oesterreich-Ungarn in die Reihe der „Dreadnoughts“-Staaten treten. Die maritimen Rüstungen, die vorbereitet werden, und für die von den nächsten Delegationen ein „außerordentlicher“ militärischer Kredit von vier- bis fünfhundert Millionen verlangt werden wird, sind eine unmittelbare Frucht der glorreichen Annexionspolitik.

Erstens hat diese den auf dem Schindanger der Weltgeschichte vertrackten habsburgischen Imperialismus neu belebt und in Oesterreich einen patriotischen Koller hervorgerufen, der die Bewilligung militärischer Ansprüche mit einer Art freudiger Eignung vollzieht. Während Militärforderungen sonst dem größten Widerspruch begegnet sind und in dem Privilegienparlament nur mit Hilfe der Großgrundbesitzer durchgebracht werden konnten, ist jetzt ein, weiterhin zwar nicht erklärbarer, Reichsgedanke in Mode gekommen, dem zu huldigen die deutschbürgerlichen Parteien als ihre wahre Staatspflicht erachten und aus dem heraus sie für jede militärische Forderung zu haben sind. Diese Befehring der Deutschbürgerlichen zum „Staatsgedanken“ hat verschiedene Ursachen: auf der einen Seite das Emporkommen der Christlichsozialen, die das schwarz-gelbe Oesterreichertum von Natur aus präsentieren, auf der anderen die „deutsche“ Schwelgerei der Dynastie, die sich nach außen in dem rückhaltlosen Aufgehen in dem Bündnis mit dem Deutschen Reiche, nach innen in der Regierung Wienerth äußert, die von der deutschen Bourgeoisie zwar sehr überschätzt wird, wenn sie eine deutsche Regierung genannt wird, die sich aber den tschechischen Aspirationen gegenüber jedenfalls ungleich kühler verhält, als alle Regierungen von Laasse an. Die österreicherische Dreadnoughtsmante sieht mit der Haltung Deutschlands in der Annexionsfrage höchst wahrscheinlich auch in direktem Zusammenhange; wenn damals unwiderprochen erzählt werden konnte, daß sich Deutschland als „Lohn“ für seine „Abelungen-treue“ ausbedungen habe, daß sich Oesterreich-Ungarn mit Dreadnoughts ausstatte, die die maritime Stärke der Zentralmächte vermehren helfen sollen, so wird daran sicherlich etwas Wahres sein, wie man auch annehmen kann, daß die Forcierung des Baues der Dreadnoughts, mit dem man vor der parlamentarischen Bewilligung beginnen will, höchst wahrscheinlich mit einem Begehren Deutschlands zusammenhängt, nicht zufällig hat man mit dem Baubeginn in Oesterreich eingesetzt, nachdem Lehrenthal in Berlin gewesen ist. Und nicht zuletzt hat der mit der Annexion betätigte Ausdehnungsdrang Oesterreichs die Reflexbewegung in Italien hervorgerufen, die zu den italienischen Dreadnoughts führte, gegen die nun die österreicherisch-ungarischen gebaut werden „müssen“. Der österreicherisch-ungarischen Imperialismus ist notwendigerweise in beschiedeneren Formen gebannt, aber kostspielig ist er, wie das Exempel mit den Dreadnoughts zeigt, dennoch.

Jedenfalls so kostspielig, daß die Staatswirtschaft beider Staaten den maritimen Luxus der Großmacht nicht zu ertragen vermag. Tatsächlich befinden sich die Finanzen sowohl Oesterreichs als Ungarns in der denkbar traurigsten Verfassung. Der österreicherische Etat für das laufende Jahr wird unzweifelhaft mit einem enormen Defizit abschließen, und nur um die normale Gebarung bestreiten zu können, mußte man eine Anleihe von nicht weniger als 220 Millionen Kronen aufnehmen, wovon etwa 150 Millionen zum Ersatz der Annexionsdriftungen dienen sollen, der Rest aber eine vulgäre Defizitanleihe ist, die nicht vermieden werden konnte, wenn der Staatsbetrieb vor schweren Störungen behütet werden soll. Zur bloßen Bedeckung des Defizits im Staatshaushalte werden nun so etwa hundert Millionen Steuern gebraucht, und die Sanierung des Haushaltes der Länder wird nicht viel weniger nötig haben.

Wohr aber die neuen Steuern nehmen, wo in Oesterreich schon so ziemlich alles besteuert ist, und die Steuern nach ihrer Höhe schon regelrechte Kriegsteuern sind! Zwar liegt ein halbes Duzend Steuervorlagen vor (Erhöhung der Branntweinsteuer und der Weinsteuern, Einführung einer Mineralwasser- und Siphonsteuer, Einführung des Zündhölzchenmonopols, Einführung einer Eisensteuer, Erhöhung der Personaleinkommen- und der Erbschaftsteuern), aber alles das ergibt in der Summe nicht halb so viel als erforderlich wäre, wobei die neuen drohenden Ausgaben nicht berücksichtigt sind; und alles das ist angeht der an jedem Punkt so hart angezogenen Steuerfahraube für die Entwicklung der Volkswirtschaft nicht ohne Bedenken. Und da die Regierung einer festen und tragfähigen Majorität entbehrt, ist es kein Wunder, daß die Verhandlungen im Finanzausschuß auf einen toten Punkt gelangt sind und man heute schon entschlossen ist, die Steuerreform auf den Herbst zu verschieben. Aber der Herbst kann vielleicht schon den Zusammenbruch dieses künstlichen Systems, dieser unredlichen Finanzwirtschaft und dieser verlogenen Großmachtspolitik bringen.

Womöglich noch schlimmer sieht es um die Finanzen Ungarns, wo mangels eines bewilligten Budgets die direkten Steuern nicht eingehoben werden können, und der Staat darauf angewiesen ist, was ihm freiwillig gezahlt wird. So schließt die Gebarung des vorigen Jahres mit einem Ranke von 72 Millionen Kronen ab, und für dieses Jahr wird das Defizit auf 200 Millionen veranschlagt. Im vorigen Monate hat die Regierung eine Anleihe von 112 Millionen begeben, deren Erlös sie aber nicht für die Zwecke, für die sie bewilligt war, sondern für die laufende Wirtschaft verwendete. Und da sie nicht insstande gewesen wäre, die in diesem Monate fälligen Zinsen der Staatsschulden zu bezahlen, hat sie sich dieser Lage bei dem Rothschildkonsortium 100 Millionen auf „Kontokorrentrechnung“ ausborgt; so ausgeplündert sind die Kassen, in denen der Militarismus seine gierigen Hände gehabt hat! Und in dieser Zeit schwerster wirtschaftlicher Depression wagt man, den Parlamenten mit den Dreadnoughtsforderungen zu kommen! Natürlich wird auch hier eine der „Zwangslagen“ konstruiert, mit denen der ebenso freche, als feige Militarismus in Oesterreich-Ungarn seine Forderungen zu erpressen sucht. Die Delegationen werden nämlich erst im November zusammentreten; aber man wartet ihre Bewilligung nicht ab, sondern hat den Bau zweier Dreadnoughts bereits auf „fremde Rechnung“ unternommen. Um eine formale Dedung zu haben — denn der Bau solcher Schiffe kann natürlich nicht verheimlicht werden — wird vorgeschwindelt, die Schiffsbauergesellschaft in Trieste baue die Ungetüme auf „eigene Rechnung“ und würde sie, wenn sie der Staat mangels einer Bewilligung nicht würde übernehmen können, an irgend einen anderen Staat loslagern. Selbstverständlich ist das nicht mehr als eine unterfrockene Gaukelei, und ganz sicher sind die Regierungen bei dieser Umgehung der verfassungsmäßigen Anordnungen mit im Bunde, wobei sie auf die angebotene und erworbene Feilheit der bürgerlichen Parteien spekulieren. Aber da die Fische dieser Großmachtorgie das Volk zahlen wird, so wird es über alle Helfershelfer auch das verdiente Urteil sprechen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 20. Mai 1910.

Es fehlt die Begeisterung!

In der freisinnigen „Kieler Zeitung“ klagt der Kieler Theologie-Professor Baumgarten darüber, daß in den Kreisen des Bürgertums auch bei den wichtigsten politischen Kämpfen leider so gar nichts von einer Begeisterung zu verspüren sei. Er sagt unter anderem:

„Man ist ja nicht ganz kalt, völlig gleichgültig. Man verfolgt ja die Verhandlungen, kommt wohl auch, wenn sonst nichts los ist, kein Konzert, keine Einladung, kein Bierabend — und wann ist so etwas nicht los! — wohl zu einer großen Versammlung mit einem Reichs- oder Landtagsabgeordneten. Aber warm ist man durchaus nicht, so warm und hingegenommen von dem Jammer der Nation, daß man ernsthafte Opfer bräute für seine Partei, sich für die Verbreitung gesunder politischer Anschauungen durch Rede und Schrift zur Verfügung stelle, selbst zu öffentlichen Erklärungen dränge, weil man eben muß! Wir müssen es uns eben gesehen: so viel gute politische Einsicht und allgemeine Ueberlicht unter und sein mag, im heiligen Rassen, Verantwortlichkeitsgefühl, Einsatz und Opfer haben und die Arbeiter überholt. Und doch steht so Großes auf dem Spiel! Es handelt sich in diesem Augenblick um nicht mehr und nicht weniger als um die Zukunft eines gesunden, gemäßigten Fortschritts! Dauert diese künstliche Zurückhaltung aller vorwärts drängenden Kräfte in Staat, Schule und Kirche durch eine struppellose ihre Privilegien ausnutzende Liga der konservativen Interessen noch lange an, dann wird sich die aufgeregte Volkswirtschaft in Eruptionen Bahn schaffen, die über unseren bürgerlichen Fortschritt hohnlachend hinweggehen... Ach, nur eine starke Welle politischer Begeisterung, die das laue, träge Wesen wandelte in das Feuer heiligen Willens zum Segen unseres Vaterlandes!“

Herr Professor Baumgarten war früher nationalliberal, er scheint sich jetzt zum Freisinnigen entwickelt zu haben. Daß er seine Klage in dem freisinnigen Blatte vorträgt, beweist, daß er auch in den Kreisen des freisinnigen Bürgertums so schmerzlich jene Energie und jenen Enthusiasmus vermisst, durch den sich die kassendürftige Arbeiterschaft vor der Bourgeoisie auszeichnet. Und Baumgartens Klage ist nur zu berechtigt! Denn hätte auch nur das freisinnige Bürgertum sich in den verflochtenen Jahren mit der gleichen Leidenschaftlichkeit und Begeisterungsfähigkeit der proletarischen Wahlrechtsbewegung angeschlossen, so wäre dem Volke die Beleidigung erspart geblieben, mit einer Wahlrechtsvorlage regallert zu werden, wie sie im Anfange dieses Jahres dem preussischen Landtage zugegangen ist! Dann wäre, da der Vorstoß des liberalen Bürgertums auch das Zentrum zu einer entschiedeneren Stellungnahme genötigt hätte, die ganze Wahlrechtskampagne dieses Jahres anders ausgefallen. Aber weil es dem liberalen Bürgertum so völlig an Hingabe und Begeisterung für die Volkrechte fehlte, blieb das sozialistische Proletariat in seinem Freiheitstempel völlig isoliert, war es Zentrum und Nationalliberalen möglich, aus einem Kampf um die Rechte des Volkes ein so widerliches Intrigenpiel um die Durchsetzung spezifisch agrarischer und spezifisch großindustrieller Interessen zu machen!

Agrarische Daumenschrauben.

Die „Deutsche Tageszeitung“ nimmt in ihrer Nr. 229 vom 20. Mai Stellung zu den Herrenhausbeschlüssen.

Sie erklärt die Steuerdrückung für die entscheidende Frage und konstatiert, daß die Zentrumspresse sich den Herrenhausbeschlüssen gegenüber entschieden ablehnend verhalte. Gleichwohl erklärt das Wandlerblatt, daß die Entscheidung der konservativen Partei unsicher ersehe. Die „Kreuz-Zeitung“ habe die größeren Drittungsbezirke „verhältnismäßig freundlich“ behandelt. Zwar werde im Interesse des Mittelstandes gegen die neue Drittelung manches Bedenken zu erheben sein, denn der gesamte gewerbliche Mittelstand bliebe trotz des Kulturträgerprivilegs schwer benachteiligt. Dann aber fährt das Agrarierorgan fort:

„Ob allerdings alle diese lebhaften und schweren Bedenken hinreichen, um die Gründe zu entkräften, die vom Standpunkte einer Eindämmung des sozialdemokratischen Einflusses wie schließlich auch aus der gegenwärtigen politischen Situation heraus für eine Annahme der Herrenhausbeschlüsse geltend gemacht werden, das ist eine Frage, die wir auch heute noch nicht unbedingt mit Ja oder Nein beantworten möchten. Nur einer hier und da in der Presse ausgesprochenen Anschauung möchten wir doch noch aufs nachdrücklichste entgegenreten: daß ein Scheitern der Vorlage eine Niederlage des Reichsfanzlers bedeuten würde, die ihn womöglich zum Rücktritt veranlassen könnte.“

Also selbst die „Deutsche Tageszeitung“ droht, ihre Kerisalen Verbündeten im Stiche lassen zu wollen! Sie billigt in verklärter Weise die Preisgabe des Mittelstandes und — was sie nicht erwähnt — auch der Zentrumspresse, da die Herrenhausbeschlüsse wenigstens die Garantie böten, die Arbeiterklasse noch vollständiger als bisher zu entrechten!

Auch die Auslassungen des Wandlerorgans bestätigen die Auffassung unseres geistigen Leitartikels, daß die Konservativen sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen würden, das Zentrum zu weiteren reaktionären Zugeständnissen zu nötigen!

Hansabund und Wahlreform.

Die rheinisch-westfälische Bezirksgruppe des Hansabundes hatte befanntlich eine Resolution angenommen, in der sie den Wunsch ausdrückte, daß die Vorlage auf Grund der Herrenhausbeschlüsse zustande komme. Demgegenüber bringen die „Mitteilungen“ vom Hansabund folgende Erklärung:

„Wir verkenne durchaus nicht die Vorteile, welche eine Steuerdrückung in größeren Bezirken in Bezug auf die bessere Vertretung der gewerblichen Kreise bieten kann. Es darf aber gemäß den Ausführungen der „Mitteilungen“ des Hansabundes vom 11. Mai d. J. nicht übersehen werden, daß keine Wahlreform die Wahlrechtskämpfe beenden kann, welche nicht die direkte Wahl und eine angemessene Einteilung der Wahlkreise oder eine Vermehrung der Zahl der Abgeordneten vorwiegend gewerblicher Wahlkreise gewährt.“

Auch der Vorstand des nationalliberalen Vereins in Köln nahm in einer Sitzung am Donnerstag eine Resolution an, in der an die nationalliberale Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses die dringende Bitte gerichtet wird, den Beschlüssen des Herrenhauses nicht zuzustimmen.

Die Regierung und der augenblickliche Stand der Wahlreform.

Eine hiesige halbamtliche Korrespondenz, deren Mitteilungen sich oft als richtig erwiesen haben, weiß aus „unrichteten Kreisen“ zu berichten:

„Wie am 27. Mai im Abgeordnetenhause bei der erneuten Beratung der Wahlvorlage die Würfel fallen werden, ist ganz ungewiß. Wie verlautet, will der Ministerpräsident selbst die Annahme der Herrenhausbeschlüsse dringend empfehlen. Wenn sich jedoch eine Mehrheit finden sollte, die die Herrenhausbeschlüsse einer nachmaligen Abänderung unterwirft, so kann die Vorlage als gescheitert gelten, denn die Regierung dürfte kaum Wert darauf legen, wegen einer Vorlage, die ihre bescheidenen Wünsche ignoriert und dem Mindestmaß nicht mehr entspricht, an dem die Regierung unbedingt festhalten muß, die Session bis in den Hochsommer auszudehnen. Wendet das Abgeordnetenhause die Vorlage am 27. Mai ab, so kann erst am 18. Juni die vorgeschriebene Schlussabstimmung im Abgeordnetenhause stattfinden und selbst wenn das Herrenhaus alsdann den neuen Beschlüssen der Zweiten Kammer beitreten sollte, müßte auch im Herrenhause wieder eine 21-tägige Pause eintreten, so daß die Session vor dem 15. Juli nicht geschlossen werden kann. Und selbst bei allen Zeit- und Geldopfern steht das endgültige Resultat der Vorlage auch dann noch nicht fest.“

Der Rachezug gegen die Wahlrechtsdemonstranten.

Auch die hiesige Wahlrechtsjustiz greift scharfer zu. Am Freitag wurde vor der Strafkammer des besannenen Landgerichtsdirektors Schaubert gegen drei Opfer des 13. Februar verhandelt. Die Verhandlung war deswegen so weit hinausgeschoben worden, weil die drei Angeklagten schwerverletzt waren und lange Zeit im Krankenhaus zubringen mußten. Mehr als 50 Zeugen waren geladen, darunter von der Verteidigung, die Dr. Liebknecht-Berlin und Dr. Müller-Halle führten, 43. Die Entlastungszeugen äußerten sich höchst abfällig über die Polizeibrutalitäten vom 13. Februar. Die Polizei habe nur von hinten in die fliehenden hineingeschlagen.

Nach achtstündiger Verhandlung wurden zwei der Angeklagten zu je drei Monaten zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Einer wurde freigesprochen.

Gegen das Urteil soll Revision eingelegt werden.

Der Bund der Industriellen und die rheinischen Scharfmacher.

Der Bund der Industriellen wendet sich dagegen, daß die amtlichen „Berliner Politischen Nachrichten“ die Behauptung verbreiten, die gesamte Industrie sei mit der Wahlrechtsvorlage einverstanden. Es handle sich lediglich um die rheinisch-westfälische Großindustrie. In den Kreisen des Bundes der Industriellen, der als die Vertretung der verarbeitenden und der Fertigungsindustrie angesehen werden müsse, herrsche die Auffassung, daß die Vereitigung der indirekten Wahl zu fordern sei. Nach wie vor vertrete deshalb der überwiegende Teil der deutschen Industrie den Standpunkt, daß die geheime und direkte Wahl nach dem Vorgange fast sämtlicher Bundesstaaten auch in Preußen einzuführen sei. Die Annahme der gegenwärtigen unklaren Vorlage bedeute eine Verschlechterung gegen den früheren Zustand und würde einer zweckentsprechenden Wahlreform auf Jahre hinaus die Wege verlegen.

Der Bund der Industriellen gibt deshalb nochmals der Erwartung Ausdruck, daß die ihm nahestehenden Parteien — d. h. vor allem die Nationalliberalen — der Wahlrechtsvorlage ihre Zustimmung verweigern.

Eine nationalliberale Erklärung gegen die Wahlrechtsvorlage.

Der nationalliberale Verein in Köln hat der nationalliberalen Fraktion eine Erklärung zugesandt, in welcher die dringende Bitte ausgesprochen wird, der Wahlrechtsvorlage in der Fassung des Herrenhauses auf keinen Fall zuzustimmen.

Die Galben und die Ganzen.

Im Anschluß an den Evangelisch-sozialen Kongress fanden gestern abend in Chemnitz drei von der Sozialdemokratie einberufene Versammlungen statt, in denen Pastor Pflüger, Jülich, Dr. Laurenbrecher, Erlangen und Paul Göhre über das Thema: „Christentum und Sozialdemokratie“ sprachen. Alle drei Versammlungen waren überfüllt. In allen Versammlungen waren die hervorragendsten fortschrittlichen Mitglieder des Evangelisch-sozialen Kongresses in großer Zahl erschienen.

Laurenbrecher betonte nach einer scharfen Kritik der heutigen Form der offiziellen Staatskirche, in der Männer wie Traub und Lieber immer einsam bleiben würden, und die zu einem wirklichen Umbildungsprozess längst unfähig geworden sei, den ursprünglich rein proletarischen Charakter des Christentums. Das Evangelium vom organisierten Willen zur Verantwortlichkeit gegenüber der Menschheit, zur Arbeit für die Menschheit, das sei die Sittlichkeit und Frömmigkeit des Sozialismus, die die christliche Frömmigkeit bisher nicht habe schaffen können. Das Priestertum habe den Proletarierheiland zum Priesterheiland gemacht und die Religion in ein Werkzeug der Reichen umgewandelt. Darum wanderten die Massen der modernen Zeit aus der Kirche aus und liegen die Gottheit und den Heiland der Staatskirche zurück, um den geschichtlichen Jesus der Armen und den armen Weber Paulus, die die Kirche seit zwei Jahrtausenden totgeschwiegen habe, zu retten, nicht als Gotteskinder, sondern als Menschen von Fleisch und Blut, in denen das Feuer der Begeisterung für eine bessere Zukunft blühe.

Pastor Kensing-Halle erklärte es für einen Skandal, wenn Geistliche versuchten, durch Gründung evangelischer Arbeitervereine die Arbeiterverbindungen zu zersplittern. Und Pastor Fuchs-Rüschelsheim versicherte, er werde niemals Zweifel darüber lassen, daß er tausendmal eher dem Sozialdemokraten seine Stimme geben werde als einem arbeitserfindlichen Kandidaten. Weiter sprachen in der Versammlung Arbeitersekretär Fischer-Heilbronn und Pfarrer Dr. Traub-Dortmund, der Laurenbrecher in vielen Punkten zustimmte, aber zum Schluß das große Weltgeschick und den inneren Drang des Herzens höher zu stellen aufforderte, als das rein Proletarische. Der Sozialismus allein könne nicht das Gefühl vollen inneren Glückes geben.

In ähnlicher Weise wie Dr. Laurenbrecher sprach Paul Göhre in der zweiten Versammlung, der insbesondere alle die, die der Kirche innerlich fremd geworden seien, aufforderte, ihr den Rücken zu kehren.

In der Diskussion sprachen neun Pastoren und mehrere andere Teilnehmer des Evangelisch-sozialen Kongresses, darunter Professor Gregor, Leipzig und Pastor v. Bröcker-Halle.

In der dritten Versammlung betonte der Prediger der evangelischen Gemeinde in Jülich, Pastor Pflüger, die große Verwandtschaft des Urchristentums mit der Sozialdemokratie. In der ganzen Bibel finde sich niemals das Pfaffenwort vom „In den Himmel kommen“, immer solle „das Reich Gottes zu uns auf die Erde heruntersteigen“. Mit diesem irdisch gerichteten Christentum sei der Sozialismus der heutigen Zeit eng verwandt. Er habe all die Bestandteile übernommen, die nach 2000 Jahren noch nicht veraltet seien. Pflüger zog dann eine Parallele zwischen den freien Kirchengemeinden der Schweiz und der Unfreiheit der Geistlichen in Deutschland, der Unfreiheit, die sich darin zeigt, daß sie die empörendsten sozialen Mißstände ruhig dulden müßten, ohne wirksam dagegen aufzutreten zu können. Er schloß mit der Erklärung, daß er als ehelicher Mensch in Deutschland nicht einen Tag Pfarrer sein würde.

In der Diskussion wurde von Kossie die soziale Rückständigkeit des Evangelisch-sozialen Kongresses scharf angegriffen. Das Lob Harnacks über die Reichsversicherungsordnung, die Begünstigung der evangelischen Streikbrechervereine, das Streben, den Arbeiter zu einem Pflichtbewußtsein zu erziehen, das er längst habe, und ähnliches zeigten die Tendenz des Kongresses, die Arbeiter von dem bisherigen Wege ihres Aufstieges wegzulocken. Die Kirche habe die Arbeiterklasse in ihrem Vorwärtstreben bisher nur gehemmt und auch dem Evangelisch-sozialen Kongress gegenüber bleibe das Wort von Marx wahr: „Die Befreiung der Arbeiterklasse könne nur das Werk der Arbeiterklasse selber sein!“

In der Diskussion traten diesen Ausführungen Universitätsprofessor Dr. Weinert, Jena, Oberlehrer Dr. Herz, Leipzig, Pastor Herz, Chemnitz und Pastor Lieber, Leipzig sowie mehrere andere Theologen entgegen. Sie lehnten es ab, den Evangelisch-sozialen Kongress für die Aushörungen einzelner verantwortlich machen zu lassen, seien es auch Harnack oder Professor v. Soden. Der Evangelisch-soziale Kongress sei ein reiner Sprechsaal, bestimmt zur freien Diskussion für alle, die unter den gebildeten Massen den Sozialismus verbreiten wollten. Als zum Schluß Pastor Herz diejenigen aufforderte, die in der Religion ein tieferes Glück suchten, nun auch den wenigen einsamen, vorwärtsdrängenden Geistlichen zur Seite zu stehen und ihnen Freiheit in der Kirche zu verschaffen, diejenigen aber, die mit der Kirche innerlich fertig seien, auszutreten, trat ihm Pastor Pflüger in seinem Schlusswort lebhaft entgegen. Die Arbeiterklasse habe zurzeit viel größere und viel wichtigere Interessen zu vertreten, als sich um die Wahl von sozialdemokratischen Kirchenräten zu kümmern. Seine Religion sei der Opfermut und die Begeisterung für den großen wirtschaftlichen und politischen Kampf zur Befreiung der Menschheit. Den Arbeitern daneben noch ein besonderes Christentum einimpfen zu wollen, sei eine ebenso aussichtslose wie unnütze Aufgabe.

Die Versammlungen fanden erst nach 2 Uhr nachts ihr Ende.

Braunschweiger Justiz.

Nachdem vor acht Tagen erst Genosse Besemeier vom Braunschweiger „Volkfreund“ als ein Opfer des Wahlrechtskampfes zu der enorm hohen Strafe von 9 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, sah gestern wieder ein Redakteur unseres Braunschweiger Parteiorgans auf der Anklagebank. Wegen Verleumdung des Braunschweiger Landtages hatte sich Genosse Redakteur Brenner zu verantworten. Das Urteil der Strafkammer lautete auf fünf Monate Gefängnis.

Wenn die Braunschweiger Gerichte etwa glauben, daß derartige unerhörte Urteile unsere Genossen von der weiteren Propagierung der Wahlrechtsforderungen abhalten werden, so befinden sie sich in einem gewaltigen Irrtum. Diese Aktion der Justiz im Interesse der Reaktion wird vielmehr aufpeitschend auf die Genossen wirken, mit erhöhter Kraft dem gesteckten Ziele zuzustreben und nicht zu ruhen und zu rufen, bis die Wahlrechtsforderungen erfüllt sind.

Unterstützung der vom Militär entlassenen Tabakarbeiter.

Die Regierung will endlich auch diejenigen Tabakarbeiter unterstützen, die vom Militär entlassen wurden und infolge der durch das neue Tabaksteuergesetz hervorgerufenen Produktionsbeschränkung keine Stellung finden konnten. In diesem Sinne ist soeben folgender Erlaß ergangen:

Es ist angeordnet worden, daß den im Herbst 1908 und 1909 vom Militär entlassenen Tabakarbeitern,

denen zur Zeit die Unterstützung verweigert worden ist, diese Unterstützung auf Ansuchen aus Billigkeitsgründen nachträglich gewährt wird. Dabei wird angenommen, daß diese Arbeiter bei der Wiederaufnahme ihrer alten Berufstätigkeit nach der Entlassung vom Militär zu der Erwartung berechtigt waren, daß die Beschäftigung eine dauernde sein werde und daß sie bereits wieder einige Zeit beschäftigt waren, bevor die Arbeitslosigkeit eingetreten ist.

Das neue Wassergesetz in Baden.

Der badische Erste Kammer ist soeben ein neues Wassergesetz zugegangen, das bezweckt, die großen Wasservorräte Badens mehr wie bisher zur Ausnützung dem Staate zu sichern. Es sollen die Gemeinden das Eigentum an den nicht öffentlichen Gewässern behalten, dagegen sollen die sogenannten natürlichen Wasserstraßen dem Staate zur Regulierung vorbehalten bleiben.

Frankreich.

Eine Ärzte-Bewerkschaft.

Paris, 20. Mai. Dem aus etwa 150 Ärzten bestehenden nationalen Syndikat für soziale Medizin ist auf Ansuchen der Zutritt zur Arbeitsbörse und damit die Aufnahme in den Allgemeinen Arbeits-Syndikatsverband gewährt worden. Das Ansuchen, das bereits dreimal vergeblich gestellt worden war, ist damit begründet, daß mehrere Ärzte wegen ihrer bei Arbeitsunfällen ausgestellten Zeugnisse von Unternehmern gerichtlich belangt und verurteilt wurden. Der Arbeitsverband sei deshalb verpflichtet, die Ärzte zu schützen.

Rußland.

Judenverfolgungen.

Aus Petersburg wird gemeldet: Die Ausweisungen jüdischer Familien aus ihren bisherigen Wohnorten nehmen in Rußland einen immer größeren Umfang an. Neben der grausamen Ausreibung von vielen hundert Familien aus Kiew, die nun wohl unabwendbar bevorsteht, kommen aus Moskau Nachrichten über Ausweisungen von ungläublicher Herzlosigkeit.

Wenn man den Familienhäuptern nichts anhaben kann, so hat man folgende unmenschliche Methode gefunden, um zum Ziele zu kommen. Unter irgend einem Vorwand weist man die Kinder der Familien aus, selbst Kinder im allerzartesten Alter. So wurde das zweijährige Töchterchen der Hebamme Vermann angewiesen, weil der Mann sich auf Geschäftsreisen befand und man erklärte, daß das Kind nur während der Abwesenheit des Vaters das Wohnrecht für sich habe. Die Mutter hat als Hebamme selbständiges Wohnrecht. Ähnliche Fälle von Kinderausweisungen, wenn die Väter vorübergehend abwesend sind, und selbst dann, wenn die Mütter als Zahnärztinnen oder Hebammen usw. das Wohnrecht besitzen, stehen in Moskau auf der Tagesordnung, obwohl ein Senatbeschluss sich in solchen Fällen gegen die Verfolgung der Ausweisung ausgesprochen hat. Durch solche Maßregeln will man selbst wohnderechtigste jüdische Familien zwingen, Moskau zu verlassen.

Türkei.

Die Krete-Frage.

Konstantinopel, 20. Mai. In der Nationalversammlung entwickelte gestern der Chef der provisorischen Regierung Venizelos das Programm der Regierung, die alle diplomatischen Mittel anwenden wolle, um an der gegenwärtigen Lage nichts zu ändern und an der Protektion der Schutzmächte festzuhalten. Die Nationalversammlung erließ die Regierung ein Vertrauensvotum. Venizelos machte dann Mitteilung von der Warnung der Konsuln, den Eid dem König der Hellenen zu leisten, und sagte, die Mitarbeit der Muselmanen in der Nationalversammlung sei unmöglich, da er von ihnen annehmen müsse, daß sie gegen den türkischen Staat handeln. Die Regierung werde ihnen aber weiter den notwendigen Schutz gewähren, da sie die Muselmanen als Opfer der türkischen Völkerei betrachte, ohne daß sie sich dessen bewußt seien. Nach langer Debatte wurde beschlossen, die Muselmanen zur Nationalversammlung nicht zuzulassen. Darauf vertagte sich die Versammlung auf 40 Tage.

Konstantinopel, 20. Mai. Die Auffassung der offiziellen türkischen Kreise über die weitere Entwicklung der Krete-Frage geht dahin, daß die Türkei unbedingt durch eine Aktion auf die Entschleunigung der Schutzmächte einwirken müsse. Diefür sei eine Flottendemonstration vor Kanea mit einer etwaigen Ausschiffung von Truppen geplant. Die Türkei wolle dadurch die Schutzmächte zu einem energischen Eingreifen zwingen. Gefahr eines Krieges mit Griechenland bestehe indessen nicht, solange sich die griechische Regierung von Provokationen fernhalte.

Der Aufstand in Albanien.

Saloniki, 20. Mai. Trotz der fortschreitenden Verhütung in einzelnen Bezirken Albaniens wird die Lage noch als zweifelhaft bezeichnet. Nach den Angaben der Anauten stehen noch bei Dajoba 17000, im Gebiet von Dreniza 20000 und zwischen Vrigrad und Kettow noch 8000 Kuffständische. Die letzteren werden von dem früheren Gendarmeriekommandanten Komaban Jossida befehligt. Alle aus Samlan eingetroffenen acht Bataillone, von denen ein Teil für die thessalische Grenze bestimmt war, gehen nach Albanien ab.

Amerika.

Eine Intervention der Vereinigten Staaten.

New York, 20. Mai. Aus Bluefields in Nicaragua wird gemeldet, daß die amerikanischen Kreuzer „Dubuque“ und „Paducah“ Marinesoldaten gelandet haben, um die amerikanischen Interessen zu schützen und einen Kampf im Reichsbilde der Stadt zu verhindern.

Aus der Partei.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie

findet vom 18. bis 24. September in Magdeburg statt.

Die römische Parteifraktion gegen das ministerielle Votum.

Die römische Parteifraktion hat eine Tagesordnung gegen das Votum der Parlamentsfraktion angenommen. Sie wendet sich auch gegen den „Avanti“, den sie der Intoleranz und der Halbsichtigkeit bezichtigt. Sie fordert schließlich die schleunige Einberufung des Parteitag. Es mit dieser Forderung dem nichtreformistischen Flügel wirklich gebiert wäre, steht übrigens dahin. Uns scheint, daß die Intransigenten noch weniger für den Parteitag vorbereitet sind wie die Reformisten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Bier Prozesse an einem Tage

hat unser Breslauer Parteiblatt wieder einmal zu verzeichnen. Genosse Darf wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt wegen der Kritik eines Urteils der Strafkammer in Hohenfalka, die wegen eines Jungenstreiks zwei zwölfjährige Polenkinder zu einem Jahre bezw. einem Jahr und einer Woche Gefängnis verurteilt hatte. — Genosse Schiller erhielt 75 M. Geldstrafe. Er soll den Fürsten von Pleß, Hans Heinrich XV. dadurch erneut beleidigt haben, daß in einem Prozeßbericht die inkriminierten

Artikel noch einmal abgedruckt wurden. In zwei früheren, gleichliegenden Fällen waren die Redakteure freigesprochen worden. — Wegen angeblicher Verleumdung eines katholischen Pfarrers wurde dem Genosse Schiller zu 100 M. und Genosse Darf zu 80 M. Geldstrafe verurteilt. Unter Anklage standen hier zwei Artikel, die tollste Schimpfereien des Pfarrers auf die Sozialdemokratie ins rechte Licht setzten.

Wegen die Schwindelkassen.

Eine derbe Abfuhr holte sich vor dem Schöffengericht in Karlsruhe ein gewisser Grimm, Vertreter der „Germania“, von dem unser Karlsruher Parteiorgan behauptet hatte, daß er schwindelhafte Manöver zumunsten der Mitglieder der Kasse vorgenommen habe. Der also Selbstenannte glaubte seine arg zerkaute Ehre durch eine Klage gegen den verantwortlichen Redakteur, Genossen Weizmann, reparieren zu können, erlebte damit aber einen gründlichen Reinfall. Nach fast siebenstündiger Dauer der Verhandlung sprach das Gericht den Genossen Weizmann frei und legte dem Privatkläger die Kosten auf. In der Begründung des Urteils wird hervorgehoben, daß der Beweis für den in dem Artikel hervorgehobenen Vorwurf der Untreue und der Verwendung eines großen Teils der Einnahme im eigenen Interesse voll und ganz gelungen sei. Der Vorwurf der Untreue sei auch erwiesen durch die Tatsache, daß Grimm mit Kassennitteln sich Stempel zu Privatzielen habe anfertigen lassen. Darin liege eine strafbare Handlung Grimms. Es sei festgestellt, daß Grimm wiederholt die Kassengelder ihrem eigentlichen Zweck entzogen und für sich verwendet hat. Auch hierin liege aufseiten Grimms eine strafbare Untreue vor. Das Gericht sah zwar eine Verleumdung als vorliegend an, billigte dem Angeklagten aber den Schutz des § 193 zu. Der Privatkläger habe mit dem Urteil vor den Schwindelkassen warnen wollen. Das Gericht habe die Frage, ob der Redakteur in diesem Falle fremde Interessen in berechtigter Weise gewahrt habe, bejaht. Hier habe es sich um Wahrung berechtigter öffentlicher Interessen gehandelt, die nur von der Presse gewahrt werden können. Aus all diesen Gründen war der Beklagte freizusprechen.

Es wäre zu wünschen, daß stets in so objektiver Weise das Recht der Presse beurteilt wird, im Interesse der Allgemeinheit öffentliche Mißstände zu rügen. Leider aber neigt das Reichsgericht noch immer der Ansicht zu, daß es für die Presse kein allgemeines Recht der Vertretung öffentlicher Interessen gebe, und spricht daher der Presse den Schutz des § 193 ab.

Soziales.

Ungültige Polizeiverordnung.

In den Vorschriften über die Art der Veröffentlichung von Ortspolizeiverordnungen, die der Regierungspräsident zu Köln gemäß dem § 6 des Polizeiverwaltungs-gesetzes erlassen hat, ist bestimmt, daß Verordnungen erst gültig seien, wenn sie binnen 14 Tagen an die Gemeindebehörden öffentlich ausgehängt werden. Die Bürgermeisterei Wüllich hatte nun eine Polizeiverordnung vom 18. August im Hausflur des Gemeindehauses anhängen lassen. Der Hausflur ist während der Büroarbeitsstunden jedermann zugänglich und wird auch in der Dunkelheit beleuchtet. Das Landgericht in Bonn hielt den Aushang der Verordnung im Hausflur für einen solchen, der nach der Veröffentlichung des Regierungspräsidenten genüge, erklärte die Verordnung für gültig und beurteilte einige Leute (Wierig und Genossen) wegen Uebertretung der Verordnung. — Das Kammergericht hob das Urteil auf und sprach die Angeklagten frei. Es führte aus: Die Gültigkeit der Verordnung der Ortspolizeibehörde hänge ab von der Befolgung der Vorschriften des Regierungspräsidenten. Diese seien aber nicht befolgt, denn das Landgericht gehe fehl, wenn es den Aushang im Gemeindehaus (Hausflur) gleichstelle einem Aushang an Gemeindehäuser, wie ihn der Regierungspräsident verlangt. Kein grammatisches sei ohne weiteres klar, daß beides etwas Verschiedenes sei. Ein Aushang am Hause sei eben ein Aushang, der auch am Hause erfolge. Demnach genüge der Aushang im Hausflur nicht. Die Verordnung der Bürgermeisterei sei darum ungültig.

Miete und Einkommen.

Das Statistische Amt der Stadt Breslau hat im Jahre 1880 und 1900 Untersuchungen über das Verhältnis von Miete und Einkommen veranstaltet, deren Ergebnisse im 28. Band, 1. Heft der Breslauer Statistik vergleichsweise nebeneinander gestellt werden. Es zeigt sich da folgende Entwicklung:

Einkommensklasse M.	Durchschn. Miete des Einkommens		Zu- oder Abnahme	
	1880	1900	1880-1900	
bis 420	110	105	28,9	+ 2,9
420—600	157	151	26,6	+ 1,1
600—900	180	177	21,6	+ 0,9
900—1200	218	211	21,0	+ 1,0
1200—1500	264	259	19,9	+ 0,1
1500—2400	400	423	19,1	+ 1,0
2400—3600	655	667	19,8	+ 2,9
3600—6000	979	801	18,3	+ 3,7
6000—15000	1434	1184	13,7	+ 2,4
15000—24000	1978	1615	8,4	+ 0,6
24000—36000	2910	1824	6,9	+ 1,4
36000—60000	1550	2270	3,6	+ 0,9
über 60000	2050	2386	3,4	+ 0,8

Diese Zahlen beleuchten trotz der gewaltigen Differenz in den prozentualen Anteilen, die die Miete bei den geringen oder höheren Einkommen ausmacht. In der untersten Einkommensstufe muß fast ein Drittel des gesamten Einkommens für die Wohnung ausgegeben werden, in der Einkommensstufe von 900 bis 1200 M. immer noch ein Fünftel. Dagegen beträgt der Anteil der Miete vom Einkommen in der Einkommensstufe von 30000 bis 36000 M. nur noch 5,8 und in der von über 60000 M. gar nur 2,8 Proz. des Einkommens.

Besonders beachtenswert ist daher die Tatsache, daß bei den unteren Einkommensstufen der Prozentanteil der Miete in diesem 20jährigen Zeitraum gewachsen ist, während er in den oberen Einkommensstufen im allgemeinen gesunken ist. Anknüpfend an solche Feststellungen heißt es in dem Bericht weiter: „Im übrigen würde es nicht einmal als schlimm anzusehen sein, wenn es tatsächlich dahin gekommen wäre, daß die Lohnsteigerungen voll in die Taschen der Hauswirte geflossen sind. ... Wir glauben daher die Zahlen, gerade auch die für die Arbeiterklasse in günstigem Sinne auslegen zu sollen. Denn wir lesen aus ihnen heraus, daß der Arbeiter heute mehr Gewicht auf eine behagliche Wohnung legt als früher. Es ist ein Fortschritt zum Soliden, allein ein Fortschritt, den man oft recht vernimmt, gerade bei Arbeiterhaushalten. Wenn dabei andere Ausgaben zurückgedrängt werden sollten, so braucht das noch garnicht so bedauerlich zu sein. Es kommt durchaus darauf an, was für Kosten das sind.“

Sehr richtig! Es kommt vor allem darauf an, was für Kosten das sind! Aber hat der Breslauer Statistiker noch nichts davon gehört, daß in den letzten Jahrzehnten eine gewaltige Steigerung der Lebensmittelpreise stattgefunden hat, hinter der die der Miete noch erheblich zurückbleibt? Wenn der Arbeiter aber mehr für Miete ausgeben muß, so kann er eben um so weniger auf seine Ernährung verwenden, und wenn diese auch noch teurer geworden ist, so befindet er sich allerdings in einer traurigen Position und es bleibt einem preussischen amtlichen Statistiker vorbehalten, die Zahlen, die dies bestätigen, dann auch noch „im günstigen Sinne“ auszuliegen. Bei den Breslauer Arbeitern wird er wohl mit dieser Auslegung wenig Glück haben.

Arbeiter! Parteigenossen! Gedenkt der kämpfenden Bauarbeiter!

Gewerkschaftliches.

Die Konventionalstrafen der Unternehmerverbände nicht eintreibbar!

Die Herren Vaugewaltigen haben bekanntlich durch juristische Sachwalter den Nachweis zu führen versucht, daß die Konventionalstrafen eintreibbar und die Materialsperrn juristisch zu rechtfertigen wären. Besser als solche theoretischen Erörterungen und überzeugender auf die Beteiligten dürfte die praktische Entscheidung in solchen Fällen wirken, wie sie gerade jetzt die dritte Zivilkammer des Landgerichts Hannover zu treffen hatte.

Als im September 1909 die Fleischermeister in Linden bei Hannover befristeten, daß ihre Gesellen Forderungen betreffs Verbesserung der Arbeitsbedingungen stellen würden, gründeten sie eine freie Vereinigung. Diese Vereinigung verbot jede Abmachung über Lohn- und Arbeitsbedingungen mit der Organisation der Fleischer, dem Gewerkschaftskartell oder seinen Vertretern! Selbst mit den eigenen Gesellen durfte nur der Lohn vereinbart werden, sonst nichts. Die Verletzung jeder dieser Bestimmungen war mit 1000 M. Konventionalstrafe belegt. Auch sonst wurde starker Terror angedroht, wie durch Viehztug usw.

Im Oktober 1909 stellten nun die im Zentralverband der Fleischer organisierten Gesellen Forderungen. Im November wurde auf Ersuchen die Unterstützung der Fleischer durch das Gewerkschaftskartell in die Wege geleitet. Nach langem Kampfe hatten von 57 Unternehmern, die hierbei in Frage kamen, 44 die Bestimmungen der Freien Fleischermeistervereinigung durchbrochen. Der in die Wege geleitete Viehztug war nach 1 1/2 Wochen ins Wasser gefallen.

Jetzt wurde ein Fleischermeister auf Zahlung der 1000 M. Konventionalstrafe verklagt, da er mit Vertretern des Kartells Abmachungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen für seinen Betrieb getroffen hatte. Die anderen 43 Meister sollten folgen.

Der Anwalt des Beklagten machte geltend, daß der Vorstand nicht klagen könne, ohne von jedem Mitglied Vollmacht zu haben, andererseits sei der Vertrag nicht rechtswirksam, da derselbe das Statut einer Vereinigung nach § 152 der Gewerbeordnung darstellt. Von solchen Verabredungen kann nach Absatz 2 des Paragraphen jederzeit zurückgetreten werden, ohne daß Klage noch Einrede statthaft sei. Er wies auf die Entscheidung des Reichsgerichts Band 50, Seite 28 hin.

Am 20. Mai verkündete das Gericht folgendes Urteil: Die Klage ist zurückgewiesen und fallen den Klägern die sämtlichen Kosten zu.

In seinen Gründen ist das Gericht den beiden Ausführungen des Verteidigers gefolgt. Die schriftliche Begründung erfolgt später.

Berlin und Umgegend.

Das Fahrpersonal in den Ringbrauereien beschäftigte sich am Donnerstagabend in einer Versammlung, die in Kellers Konzerthaus, Köpenicker Straße, stattfand, mit dem neuen Tarifvertrag. Der Referent Schuldt schilderte den Verlauf der letzten Verhandlungen, die zum Tarifabschluss führten, und zog dann Vergleiche zwischen den neuen Bestimmungen und den bisherigen Verhältnissen, die immerhin manche Verbesserungen erfahren hätten, wenn auch die gehegten Erwartungen nicht entfernt erfüllt wurden. Das Fahrpersonal hatte sechs Vertreter in der Kommission; ihre Anstrengungen, bessere Bedingungen zu erzielen, waren vergeblich und man mußte sich mit den geringen Zugeständnissen begnügen. Ein Auftrag, den die Kommission erhalten hatte, und der dahin ging, feste Grundlöhne auch für die Flaschenfahrer bei Schultheit einzuführen, wurde dahin erledigt, daß die Schultheit-Brauerei sich prinzipiell dazu bereit erklärte und neuerdings entsprechende Vorschläge zur Regelung dieser Frage machte. Die Brauerei will 12 M. Wochenlohn und 9 Pf. Provision pro Kasten zahlen. Dieser Vorschlag wird noch einer eingehenden Beratung unterzogen werden. Das garantierte Einkommen der Fahrer für Tag- und Flaschenfahrer und die Lohnsätze des übrigen Personals sind bereits im „Vorwärts“ mitgeteilt worden. Weitere Bestimmungen lauten:

Bei einem durchschnittlichen Verkauf von mehr als 30 Kästen täglich hat jeder Flaschenfahrer einen Mitfahrer zu beanfordern. Falls in Ermangelung eines Mitfahrers der Fahrer diese Arbeit allein bewerkstelligen muß, so erhält er an solchen Tagen eine besondere Vergütung von 2 M. Fahrer, die auf einen Mitfahrer verzichten, erhalten hierfür keine Vergütung.

Die Fahrer sind nicht verpflichtet, für Kunden, die nicht bezahlen, die geschuldeten Beträge auszuliefern.

Die von den Fahrern gestellte Verlautbarung wird seitens der Brauereien mit 5 Proz. verzinst.

Die Klaution ist bei ordnungsmäßiger Lösung des Arbeitsverhältnisses sofort anzuzahlen, nachdem die Abrechnung erledigt ist. Die Abrechnung ist tunlichst zu beschleunigen.

Für die Mitfahrer wird die Arbeitszeit wie folgt geregelt: Die Arbeitszeit ist von der Einteilung der Touren durch die Betriebe und der schnelleren oder langsameren Erledigung durch die Fahrer abhängig und die Berechnung von Ueberstunden bei der im Interesse der Bedienung der Kundschaft verwendeten Arbeitszeit ausgeschlossen. Wird dagegen ein Fahrmittfahrer nach Beendigung seiner Tour und Erledigung der damit im Zusammenhang stehenden Arbeiten noch zu anderweitigen Arbeiten herangezogen, so wird diejenige Arbeitszeit nach Ueberstunden berechnet, welche einschließlich der Tourenzeit über 11 Stunden hinaus geleistet worden ist. Die hiernach zu vergütenden Ueberstunden werden ebenso bezahlt wie Ueberstunden der Referentfahrer.

Mitfahrern, die vor Ablauf ihrer Arbeitszeit zurückkehren, ist vor Heranziehung zu anderweitigen außerhalb der Tour liegenden Arbeiten mindestens 1 Stunde Ruhepause zu gewähren.

Für die Referentfahrer und Lastkassenchaffere wird über die Arbeitszeit bestimmt:

Die Arbeitszeit beträgt 9 1/2 innerhalb 12 1/2 Stunden. Werden Referentfahrer in derselben Weise wie Mitfahrer beschäftigt, so finden die Bestimmungen über deren Arbeitszeit Anwendung.

Und für die Stalleute beträgt die Arbeitszeit für Tagsschicht 9 1/2 innerhalb 12 1/2 Stunden, für Nachtschicht 9 1/2 innerhalb 11 1/2 Stunden; für die Hofarbeiter 9 innerhalb 11 Stunden; hier soll die Arbeitszeit möglichst nicht vor 6 Uhr beginnen.

Der Tarif enthält noch eine Reihe von besonderen Bestimmungen für das Fahrpersonal, die manche kleine Verbesserungen bringen: Für Touren nach außerhalb wird ein Zehrgeld gewährt, wenn Prozente nicht bezogen werden.

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil verantw.: E. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

„Soweit das Fahrpersonal vorgegebene Kleidung auf eigene Kosten tragen muß, ist dafür wöchentlich 1 M. zu vergüten.“

Fahrern und Mitfahrern, die über Land fahren, sind zum Schutz gegen Kälte Pelze, Chauffeuren die Berufskleidung (Jacke, Hose, Mütze, Mantel oder Pelz), dem Fahrgesellen Schurzleder zu stellen.

Der Urlaub wird den Mitfahrern unter Fortzahlung der Provision gewährt. Dem Fahrpersonal, dem ein Mindesteinkommen gewährleistet ist, muß während des Urlaubs mindestens der entsprechende Teil dieses Mindesteinkommens fortbezahlt werden.

Die Zahlung der Provision erfolgt der Regel nach alle 14 Tage.

Die Arbeit beginnt in der Regel frühestens um 4 1/2 Uhr. Jeder zweite Sonntag ist frei.

An Sonn- und ersten Feiertagen wird während der Zeit vom 1. Oktober bis 1. April kein Bier ausgefahren, in den übrigen Monaten nur bis 2 Uhr. Vom Vorstand des Brauereiverbands können Ausnahmen festgesetzt werden, wenn durch die Aufeinanderfolge von Sonn- und Feiertagen eine längere Unterbrechung des Geschäfts erfolgt. Die Brauereien sollen darauf hinwirken, daß auch im Sommer an Sonn- und ersten Feiertagen nach 10 Uhr kein Bier ausgefahren wird.

Zu Arbeiten, die nicht Sache des Fahrpersonals sind, darf dieses an Sonn- und Feiertagen nicht herangezogen werden; sofern derartige Arbeiten ausnahmsweise geleistet werden, gelten sie als Ueberarbeit.

Eine lebhaft diskutierte Entspannung über die verschiedenen Bestimmungen, die in mancher Hinsicht als mangelhaft und unzulänglich bezeichnet wurden. Die meisten Redner waren der Ansicht, daß man von einer Verbesserung der Lage des Fahrpersonals durch den neuen Tarif kaum sprechen könne. Nicht vom Transportarbeiterverband erkannte an, daß die Unzulänglichkeit der Fahrer wohl berechtigt sei, aber es sei diesmal beim besten Willen der Kommission noch nicht gelungen, den heftigen Widerstand der Brauereien gerade in dieser Angelegenheit zu besiegen. Man sollte aber in den gemeinsamen Anstrengungen durch eine gute Organisation nicht nachlassen, um die Stellung des Fahrpersonals zu verbessern und gegen Angriffe zu schützen. Der gleichen Ansicht gab auch der Referent in seinem Schlußwort Ausdruck.

Achtung, Steinarbeiter! Nachdem die Suche nach Streikbrechern mit Hilfe der „Allgemeinen Zeitung“ erfolglos verlief, versucht es die Firma Gebr. Frießede, Kunststeinfabrik, mit einem Inserat im „Deutschen Steinbildhauer“. Tüchtigen unorganisierten Steinmetzen wird gute Beschäftigung versprochen. — Tüchtig und unorganisiert — in ihren Leistungen den höchsten Anforderungen der Firma entsprechend, sollen die Gesuchten auf ihr Koalitionsrecht Verzicht leisten, auf das Recht, von welchem die Firma Frießede selbst den umfassendsten Gebrauch macht. Als Mitglied des Verbandes der Baugeschäfte genießt sie den Schutz desselben im reichsten Maße. Und das, trotzdem es sich für uns darum handelt, einen Tarif zur Anerkennung zu bringen, welchen wir mit dem Verband der Steinmetzgeschäfte von Groß-Berlin, der mit dem Verband der Baugeschäfte im Kartellverhältnis steht, abgeschlossen haben und dem sich andere Kunststeinfirmen ohne weiteres anschließen. Alle Rechte eines Arbeitgebers für sich in Anspruch nehmend, kennt die Firma Frießede auf Seiten des Arbeiters nur Pflichten. Kollegen allerorts! Weist das entehrende Angebot der Firma Frießede zurück! Sorgt für Fernhaltung des Zuguges.

Zentralverband der Steinarbeiter, Ortsverwaltung Berlin.

Die Bretterträger der Firma Hermann Schönfeld, Jungfernhöhe, befinden sich im Adwehrstreik, da die Firma beabsichtigt, eine neue Akkordeinteilung einzuführen, wodurch den Arbeitern der bisherige Verdienst um 6 M. und mehr pro Woche geschmälert werden sollte.

Wir ersuchen daher den Zugug von Bretterträgern und Pfahlarbeitern bis auf weiteres streng fernzuhalten.

Deutscher Transportarbeiterverband, Bezirksleitung Groß-Berlin.

Deutsches Reich.

Reeder gegen Hafnarbeiter.

Dieser seit drei Jahren die Gerichte beschäftigende, aus dem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit resultierende Prozeß, angezettelt von der Scharfmacherorganisation im hamburgischen Schiffsahrtsgewerbe, dem sogenannten „Hafenbetriebsverein“, gegen führende Genossen des Hafnarbeiterverbandes, gegen diesen stellt und die Mitgliedschaft der Schauerleute Hamburgs, ist durch das im Herbst 1909 gefällte Urteil des Reichsgerichts in ein neues Stadium getreten, indem die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Oberlandesgericht zu Hamburg, diesmal den zweiten Zivilsenat, zurückbewiesen worden ist.

Die Verhandlung fand am 19. Mai vor diesem Gericht statt. Zum besseren Verständnis der Dinge wollen wir nochmals kurz den Prozeßstoff Revue passieren lassen. Die Anfang 1907 seitens des Hafenbetriebsvereins mit großer Rücksichtslosigkeit erfolgte Aussperrung der Hamburger Schauerleute wegen Verweigerung der Nacharbeit endete im April desselben Jahres nach langen Verhandlungen zwischen den kämpfenden Parteien mit der Annahme einer Abmachung, die in den Hauptteilen besagte:

1. Zusammenarbeiten mit Nichtorganisierten;
2. Unterlassung jeder Störung in der Annahme von Kontraktarbeitern;
3. Unterlassung jeder Störung des Zuguges und jeder Belästigung der Zugehenden in Zeiten friedlicher Arbeiterverhältnisse im Hamburger Hafen;
4. Anerkennung einer Schichtenteilung, deren Einführung von der Haltung der übrigen Instanzen (Kraiderwaltung, Eisenbahn usw.) noch abhängig, bei der aber die Wünsche der Arbeiter tunlichst berücksichtigt werden sollten;
5. Arbeit nach dem alten Tarif wie vor dem Beschluß des beklagten Verbandes über Verweigerung der Nacharbeit bis zur eventuellen Einführung eines Schichtwechsels.

Zu Punkt 5 sei bemerkt, daß die Mitgliedschaft der Schauerleute im Mai 1906 beschloffen hatte, die Nacharbeit prinzipiell zu verweigern, womit die Arbeitgeber sich abgefunden hatten, indem sie nicht mehr auf Nacharbeit drangen.

Der Kampf der „Herren an der Wasserkante“ war also auf die uneingeschränkte Ausbeutung — man hat Schauerleute bis 72 Stunden hintereinander beschäftigt — gerichtet.

Als nun im Laufe des Herbstes 1907 Warnungen vor Zugug nach dem Hamburger Hafen im „Vorwärts“, „Hamburger Echo“, „Stettiner Volksboten“ und „Hafenarbeiter“ erschienen, weil im Hamburger Hafen eine große Arbeitsflaute herrschte, während die Unternehmers, um ihre Akkordeleute zu komplettieren, immer mehr Leute aus dem Binnenlande heranzuschleppen, glaubte der klägerische Verband hierin einen Vertrauensbruch, eine Verletzung des Vertrages erblicken zu müssen. Hieraus führten die Scharfmacher ihre Klage, die sie u. a. damit begründeten, sie hätten die Akkordekolonne von 2000 Mann noch nicht vollständig gebildet. Sie verlangten also die Innehaltung der eingegangenen Verpflichtungen. Mit Annahme des Klageantrages gegen die Mitgliedschaft der Schauerleute

gab die dritte Zivilkammer des Landgerichts Hamburg dem Verlangen der Kläger in vollem Umfange statt, während der zweite Zivilsenat des Hamburgischen Oberlandesgerichts das Urteil in allen Teilen aufhob, indem es sich der Auffassung des Reichstagsabgeordneten Dr. H e d s c h e r, der bei den Verhandlungen als Vermittler fungierte, anschloß, daß kein Vertrag mit juristischem Charakter vorliege, aus dem ein Klageanspruch hergeleitet werden könne.

Auf die vom Hafenbetriebsverein eingelegte Revision hob, wie schon erwähnt, das Reichsgericht das Urteil der Vorinstanz auf, das als unzulässig und als nicht frei von Rechtsirrtümern bezeichnet wird. Die Erklärungen Dr. H e d s c h e r s und D ö r r i n g s, des beklagten Vorsitzenden der Hafnarbeiter, es habe sich bei dem Vertrage nur um eine stillschweigende Verpflichtung gehandelt, läßt das Reichsgericht nicht gelten, denn es komme darauf an, „ob nach dem Umständen die Absicht des oder der Erklärenden auf eine Rechtsabsicht gerichtet war. Das Vorhandensein dieser Absicht wird aber aus dem Inhalt und der Art der abgegebenen Erklärungen zu entnehmen sein. Sie lassen regelmäßig erkennen, ob bei der Erklärung der Wille vorlag, eine Rechtswirkung zu erzielen oder nicht, wie dies bei den Geschäften des täglichen Lebens und andererseits bei bloßen erkennbar und nur zum Scherz abgegebenen Erklärungen ohne weiteres erhellt.“ Nach längeren Darlegungen gelangt das Reichsgericht zu der Ansicht, daß hier ein Rechtsgeschäft vorliege. „Die Zusage des Zusammenarbeitens mit den Nichtorganisierten, die Unterlassung jeder Störung in der Annahme von Kontraktarbeitern und in Zeiten friedlicher Arbeiterverhältnisse im Hamburger Hafen, die Unterlassung jeder Störung des Zuguges und jeder Belästigung der Zugehenden bildete nur die Gegenleistung für das Versprechen des klagenden Vereins, die deutschen Arbeiter, soweit möglich, in Hamburg zu behalten und die Fremden, soweit möglich, abzuschieben. Nun hat das Oberlandesgericht nur festgestellt, daß bei den Arbeitern der Wille nicht bestanden habe, Rechtspflichten zu übernehmen, daß sie sich vielmehr nur stillschweigend verbindlich machen wollten. Darüber aber, ob diese ihre Willensrichtung auch für den klagenden Verein erkennbar hervorgetreten und dieser sich hiermit ausdrücklich oder stillschweigend einverstanden erklärt habe, habe es keine Feststellungen getroffen, wie denn auch die Beklagten in dieser Beziehung keine Behauptungen aufgestellt haben. Schon deshalb unterliegt an sich das angefochtene Urteil der Aufhebung.“

Der Rechtsbeistand der Beklagten, Dr. B l i h, beantragte die Abweisung der Klage, indem er auf die Entscheidung des durchaus nicht von irigen Voraussetzungen ausgehenden Oberlandesgerichts verwies, während der Vertreter des Hafenbetriebsvereins, Dr. E h l e r s, sich die Argumente des Reichsgerichts zu eigen machte.

Es findet noch ein neuer Termin statt, und zwar am 21. Mai.

Bei der Aktiengesellschaft „Orivit“, Fabrik für kunstgewerbliche Gegenstände in Köln, sind ernste Differenzen ausgebrochen, welche eventuell zur Arbeitsniederlegung führen werden. Zugug von Zinngehern, Zinnbläsern, Wärtlern und dergleichen ist daher streng fernzuhalten.

Ortsverwaltung Köln a. Rhein des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Ausland.

Zum Streik der Chauffeure in Wien.

Die Nachricht, daß der am Pfingstsonntag ausgebrochene Chauffeurstreik in Wien alsbald beigelegt worden sei, ist unrichtig. Nur bei den Abkehrern kam es am Montag zu einer Verständigung. Den Vertretern der Streikenden, Abg. Genosse F o r s t n e r (Obmann des Transportarbeiterverbandes) und Genosse W a g n e r wurde von der niederösterreichischen Landesregierung (Oberpräsidium) und der Polizeidirektion versichert, daß eine Beschleunigung der Chauffeurprüfungen zur Schaffung von Ersatzkräften nicht eintreten werde. Die Streikenden sind fest entschlossen, dem Standal, daß man die Chauffeure das Benzin von ihrem kargen Lohn bezahlen läßt, ein Ende zu machen. Die Führerwerkstätten, Expeditionsarbeiter und Möbelpocker wurden aufgefördert, von den fahrenden Zigarettenhändlern die Vorgeigung der vom Transportarbeiterverband ausgestellten Legitimation zu verlangen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Selbstmorde.

Wies (Oberschlesien), 20. Mai. (B. S.) Der Ziegeleiverwalter S a e b e l beging Selbstmord, indem er sich erschoss. Seine Leiche wurde im Walde aufgefunden.

Oedenburg, 20. Mai. (B. S.) Heute hat sich in der Stadt M a t t e r s d o r f aus Furcht vor dem Kometen der Grundbesitzer F i s c h e r vor einem Eisenbahnzug geworfen. Der Zug überführte den Unglücklichen zu einer unförmlichen Masse.

Vom Eisenbahnzug überfahren.

Offenbach, 20. Mai. (B. S.) Der Bauunternehmer J a k o b B e t t e r aus Hausen wollte den Bahnübergang kurz vor Eintreffen des D-Zuges aus Hanau passieren. Die kleinen Schranken, die den Bürgersteig abschlossen, standen noch halb offen. Weiter fuhr auf dem Bürgersteig mit seinem Rade unter der Schranke durch. Inzwischen ging nun auf der anderen Seite die Schranke nieder und B e t t e r war eingeschlossen. In demselben Augenblick brauste der D-Zug heran, erschote B e t t e r, schleifte ihn mit samt seinem Rade etwa 50 Meter weit und trennte ihm schließlich den Kopf vom Rumpfe, desgleichen wurden ihm beide Beine unterhalb des Knies abgefahren.

Zur Skandalaffäre der Schwester Candide.

Paris, 20. Mai. (B. T. W.) Dr. L e o n P e t i t, der Generalsekretär der Wohltätigkeitsanstalten der Schwester Candide, welcher sich, wie gemeldet, erhängt hat, ließ eine Postkarte an seine Frau zurück, in welcher es heißt: er wolle lieber sterben, als in die schänderhafte Geschichte hineingerert werden, welche er voraussetze und für die Schwester Candide verantwortlich sei, die rings um sich nur Tod und Verderben säet habe. Ferner wurden auf dem Schreibtische des Selbstmörders zwei Papiergebilde gefunden, welche die Aufschrift: Beweis für Diebstahl, Beweis für Unterschlagungen trugen. Die Schriftstücke wurden vom Untersuchungsrichter B e s c h a g n a h m t.

Das Urteil im Prozeß Larnowska.

Venedig, 20. Mai. (B. T. W.) Im Prozeß wegen Ermordung des Grafen Komarowski wurde heute spät abends das Urteil gesprochen. Der Angeklagte W a r u m o wurde zu 3 Jahren einem Monat, die Gräfin L a r n o w s k a zu 8 Jahren vier Monaten und der ehemalige Rechtsanwalt P r i l u k o w zu 10 Jahren Zuchthaus unter Einrechnung der erlittenen Untersuchungshaft verurteilt, die Jose P e r r i e r wurde freigesprochen.

Für die ausgesperrten Bauarbeiter.

Bei der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgegend gingen ferner für die ausgesperrten Bauarbeiter Deutschlands ein:

- List of names and addresses of construction workers and their unions, including addresses like 'Hilferei von Weiland 22,50' and 'Hilferei C. Schubert 7'.

- Continuation of the list of names and addresses, including 'Hilferei Gebr. Paul 26,90' and 'Hilferei Schuler 4,75'.

- Continuation of the list of names and addresses, including '10,40, Straßer 3264 24,20' and 'Kaufmann 3265 20,00'.

Kleines feuilleton.

Kometenflug. Es ist alles so gekommen, wie es die Wissenschaft vorausgesagt hat — sagen die Professoren. Sie haben recht, wenn sie damit sagen wollen, daß die abergläubischen Vorstellungen der Primitiven — es scheint deren in Europa noch genug zu geben — nicht eingetreten sind.

10.15, am 22. um 10.47, am 23. um 11.07, am 24. um 11.20 Uhr untergehen. Wenn also der Himmel nicht bedeckt ist und sonstige Helligkeiten nicht stören, ist der Komet die nächsten Tage, vor allem vom 23. an — am besten zwischen 9 und 10 Uhr, im Westen zu finden.

Aber man war jetzt nicht mehr so abergläubisch und ferlete das Fest der Könige heiter und fröhlich wie immer. Man entschied sich dann für 1789. Der Kardinal d'Alsace hatte 1418 verkündigt, daß im Jahre 1789 eine der großen Perioden des Saturns sich erfüllen und daß dieses Jahr insofern das außerordentlichste Ereignis sehen würde.

10. Verbandstag der Friseurgehilfen Deutschlands.

Fürnberg, 19. Mai 1910.

Die heutige Vormittags-Sitzung begann mit einem Vortrage von Diercke-Berlin über:

„Das Lehrlingswesen“.

Seiner Ansicht nach beginnt die Lehrzeit bei den Barbier-Lehrlingen in einem zu frühen Alter; der jugendliche Körper kann die 14stündige Arbeitszeit nicht ohne Schaden ertragen. Die Schaffung eines geschuldeten Schutzes für die Lehrlinge sei dringend geboten. Der gerade im Barbiergewerbe in großartigem Maßstabe betriebene Lehrlingszucht könne entgegengewirkt werden, wenn man alle Mittel anwende, um den Prinzipalen das Halten von Lehrlingen zu verteuern. Die zu diesem Punkte vorliegenden Anträge, durch Artikel in der Arbeiterpresse vor dem Ergreifen des Barbierberufs zu warnen, hält Redner für verlosch. Er schlägt vielmehr vor, den Beschluß des Bremer Verbandstags zu wiederholen, wonach der Lehrlingsfrage besondere Aufmerksamkeit zu widmen und alle einschlägige Material zu sammeln und dem Vorstand zu überweisen ist, der es veranlassen und das Ergebnis dem nächsten Verbandstag vorlegen soll; weiter stellt er in einer von ihm verfaßten Resolution folgende Forderung auf:

„Gesetzliche Festlegung der täglichen Arbeitszeit für die Lehrlinge auf acht Stunden, eine vollständige wöchentliche Ruhezeit, zweijährige Lehrzeit mit halbjährlichen Prüfungen, Aufhebung des Zuchtungsrechts, Verbot der Beschäftigung in Kavernen, Gefängnissen und Krankenhäusern, Verbot des Naturallohnes.“

An den Vorschlag schloß sich eine längere Diskussion an, die verschiedene Ansichten zur Förderung, insbesondere über die Frage der Eindämmung der Lehrlingshaltung respektive Aufklärung oder Warnung der Eltern, damit sie ihre Söhne nicht dem Barbierberufe zuführen.

Hauptvorsitzender Elyorn bemerkt, ein großer Teil der Prinzipale sei gewarnt, Lehrlinge zu halten, das sei eine Begleiterscheinung des Niedergangs des Gewerbes, doch sei es gut, die

Eltern darauf aufmerksam zu machen, daß sie nicht recht turt, wenn sie ihre Kinder einem Berufe zuführen, der zum Untergang verurteilt ist. Man brauche nicht zu warnen, sondern soll nur jagen, wie die Dinge liegen, und dann die Eltern selbst entscheiden lassen.

Der Vertreter der Generalkommission, Genosse Knoll, meint, man solle es nicht so ohne weiteres ablehnen, die Mittel, die uns selbst eine zünftliche Gefekgebung gibt, voll auszunutzen, um eine Einschränkung der Lehrlingszahl zu erreichen. Auch die Aufklärung durch die Presse sei geboten.

Rannsbart-Wien hält eine Regelung auf internationaler Basis für sehr notwendig, da die Verhältnisse in den einzelnen Ländern noch zu verschieden sind. Mit dem Vollprüfungssystem habe man in Wien die Erfahrung gemacht, daß nur die Jüngster Vorteil davon haben. Warnungen zu erlassen, sei zu widersinnig, denn wohin sollte es führen, wenn jede Gewerkschaft vor Lehrlingszugang warnen wollte. Schließlich müßte man den jungen Nachwuchs erziehen.

Rauchmeyer-St. Gallen erklärt, in der Schweiz spiele die Frage keine Rolle, weil dort keine Lehrlingszucht existiere; unter 5000 Berufsgenossen sind nur 300 Lehrlinge. Die Schweiz wird eben aus den umliegenden Ländern mit billigen Gehilfenmaterial so reichlich versorgt, daß die Unternehmer wenig Interesse haben, Lehrlinge zu halten. Aufklärung an die Eltern schade nichts, aber Warnungen seien nicht am Platze. Man müsse Bezahlung der Lehrlingsarbeit und hygienische Ausgestaltung der Arbeitslokale fordern.

Schließlich wurde die Resolution Diercke angenommen, ebenso ein Antrag Rierwald.

Die Zweigvereine und Gehilfenausschüsse sind gehalten, bei Feststellung von mangelhafter Ausbildung von Gehilfen die entsprechenden Schritte bei der maßgebenden Handwerkskammer oder Meistervereinigungen zu tun.

Ein Antrag Wittmaack-Magdeburg, von Zeit zu Zeit in geeigneter Weise die Öffentlichkeit über die Verhältnisse im Friseurberufe aufzuklären, wurde ebenfalls angenommen, von direkten Warnungen soll abgesehen werden. Ein Antrag Bremer-

Haben, wonach der Vorstand in Zukunft ganz energisch für die Einhaltung der den Lehrlingen zustehenden Freiheit einzutreten hat, wurde dem Vorstand überwiesen.

Ueber

„Tarifverträge“

hielt Rierwald-Frankfurt a. M. einen längeren Vortrag, worin er eine ganze Reihe von Forderungen aufstellte, die seiner Meinung nach bei etwa abzuschließenden Tarifverträgen im Friseurgewerbe die Grundlage bilden müßten. Wegen seine Ausführungen werden in der Diskussion mancherlei Bedenken vorgebracht. Folgende Resolution wurde angenommen:

Der Verbandstag erachtet in dem Abschluß von Tarifverträgen zwischen Meistern respektive Meisterorganisationen und dem Friseurgehilfenverband ein bedeutendes Mittel zur Regelung und Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und zur Befestigung der Berufsverhältnisse. Der Charakter der Organisation bleibt gewahrt, denn erst durch den Kampf kann es zu solchen Verträgen kommen. Der Verbandstag beschließt daher, die Organisation möge in geeigneten Fällen den Abschluß von Tarifverträgen zur Durchführung bringen.

Aus der Frauenbewegung.

Spekulation? Die deutschen Ostmarken sind durch eine neue Frauenvereinsgründung beglückt worden. Vorläufig scheint sie allerdings nur aus der Gründerin, Frau Ruth Grö, zu bestehen. Die Dame hat eine Zeitschrift mit folgendem Titel ins Leben gerufen: „Mutterrecht und Kindesrecht, Verein für praktische Ostmarkenpolitik“. Nur wer diese Zeitschrift für 2 M. pro Jahr abonniert, ist Mitglied des Vereins. Im Statuten und dergleichen nebensächliche Sachen hat sich niemand zu kümmern. Anmeldungen für den „Verein“ können nur unter Beifügung des Jahresabonnements gemacht werden. Die Ostmark ist anscheinend ein gutes Feld für solche private Gründungen.

Nach langer unermüdlicher Arbeit verschied nach langem, schwerem Leiden, doch plötzlich und unerwartet am 18. d. M. mein lieber Mann, unser herzlichster Vater, der Rassenbeamte

Otto Winkler

Widerstraße 164.

Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme tiefbetrübt an

Luis Winkler
nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Freireligiösen Gemeinde, Pappelallee, aus statt. 21936

Sterbekasse ehemals Pflug'scher Arbeiter (Metzel'sche Kasse).

Am Mittwoch, den 18. Mai, nach plötzlichem Tode unser Ehrenmitglied, langjähriger Vorstandskollege und Vorsitzender

Herr Otto Winkler,

der sich in seiner beinahe 35-jährigen Tätigkeit als Vorsitzender der Kasse das Vertrauen aller Mitglieder erworben hat, und bedauern wir alle sein Dahinscheiden. [21976]

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Freireligiösen Gemeinde, Pappelallee, aus statt.

Um recht rege Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Victoria-Brauerei, Lützowstr. 111/112.

Im Garten oder Saal: Täglich:
Gr. humorist. Solree.
(Gefangenvorträge, Theater und Varietés-Vorstellungen.)
Sonntags, Dienstag, Donnerstag und Sonnabends: Tanzkränzen.
Abf.: Wochenl. 8, Sonntags 7 Uhr. — Alle Biers gütlich.
Im Restaurant: Mittags 75 Pf.
Gr. u. kl. Säle zu Festlichkeiten aller Art. Max Saeger.

Blumen- und Franzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1967

Sonntag, den 22. Mai 1910, vormittags 10 Uhr, im Lokal von Bengsch, Sedanstr. 3/4:

Mitglieder-Versammlung

für

Adlershof, Alt-Glienicke und Rudow.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Wehrendt. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. (Unsere Zahlstellen.)
Kollegen! Im Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller dringend notwendig.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Droschkenfahrer

Karl Jüch

am 18. d. Mts. im Alter von 63 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Wohnung Stephanstraße 22 aus nach dem neuen Johannisd. Friedhof in Wilmersdorf statt. 6976

Die Bezirksverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Am 14. d. M. verstarb unser langjähriger Mitglied

Heinrich Rudolf

(Veget. Roabst).

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. Mai, nachmittags 5^{1/2} Uhr, von der Halle des Heilands-Straßhofes in Wilmersdorf aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

„Segler-Schloß“ — Hankels Ablage.

Bahnstation Zeuthen. Besitzer: W. Heinrich.

Zur bevorstehenden Sommerreise halte ich mich werten Vereinen, Familien, Schulen usw. bei Zusicherung aufmerksamster Bedienung bestens empfohlen. — 3 neue Säle und Hallen. — Schöne Spielplätze. — Badenanstalt. — Boote und Bootausflüge aller Art.

W. Heinrich.

Kautabake — 5 Pfg.-Rollen

der Firma

Fischer & Herwig, Hann. Münden.

Erstklassiges Fabrikat.

Hauptniederlage:

Max Ziegenhals, Berlin NO., Neue Königstr. 70

Amt VII, 3047.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meines unvergesslichen Mannes, des Väterchens

Emil Golembiewski

sage Allen unseren herzlichsten Dank.

Die trauernde Witwe und Sohn.

Umsonst

ganz

können Sie Tuche, elegante Maß-, fertige Herren- und Knabenanzüge erstehen, wenn Sie bei der

Tuchgesellschaft, Kottbuserdamm 16/17, nahe Hoch-

kaufen. Wir zahlen einmal in jedem Monat die vollen Beträge für die bei uns an einem bestimmten Tage gemachten Einkäufe an jeden Kunden in bar zurück. Dadurch lassen wir unseren werten Kunden die sonst üblichen teuren Reklamekosten allein zukommen. Sämtliche Tuche und Garderoben sind sehr billig, aber mit streng festen Preisen ausgezeichnet. Bitte vergleichen Sie dieselben mit der Konkurrenz. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. Für vornehmsten Sitz wie Qualität wird höchste Garantie geleistet. Maßanzüge 80—85 M., fertige Herrenanzüge 9—45 M. Burschen- 6—20 M., Knabenanzüge 1,50 und Leibchenhosen 60 Pf. an Vereins-, Verbands- u. Genossenschaftsvorstände laden wir im Interesse ihrer Mitglieder noch ganz besonders zur Besichtigung unseres sehr großen Lagers ein. Gern schicken wir unsere Vertreter mit Muster ohne Kaufverpflichtung.

Original englische Stoffe billig.

Montag, den 23. Mai 1910, abends 6 Uhr, in Giesing's Festsaal, Wassertorstr. 68:

Allgemeine Versammlung

aller

in der Weißmetallindustrie beschäftigten Kollegen und Kolleginnen.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen H. Duschke: „Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands.“ 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller in Frage kommenden Kollegen erwartet

115/16 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Montag, den 23. Mai, abends 8^{1/2} Uhr, im Königsbad-Kasino, Holzmarktstraße 72:

Branchenversammlung der Drechsler.

Tages-Ordnung:
1. Welche Schritte unternehmen wir in der Zukunft? 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

83/17 Die Kommission.

Herren-Sommer-Anzüge

in großer Auswahl sind gut und billig zu haben

Brunnenstr. 158, Otto Heinicke.

Laden gelb getrichen.

Parzelle N. 1100.

Flz. 100 M. a. verfl. Kolonie
Dahlemer Weidweg, Marzahner
Str. 5, part. Tel. 26. 676.

Reinlichkeit

des Haarbodens, die Beseitigung von Staub, Kosmetikprodukten der Kopfhaut sind die Grundbedingungen jeder rationalen Haarpflege.

Das millionenfach erprobte Haarpflegemittel

„Shampoo mit dem schwarzen Kopf“

zeigt in der Verwendung seine Überlegenheit vor anderen ähnlichen Präparaten zum gleichen Zwecke und ist auch da vorteilhaft zu verwenden, wo nebenher gewohnte Haarfärbemittel im Gebrauch sind.

„Shampoo mit dem schwarzen Kopf“

gibt dem Haare lockere Fülle, seidenschönen Glanz, gesundes, üppiges Aussehen, die Kopfschuppen beseitigend.

Man verlange beim Einkauf ausdrücklich „Shampoo m. d. schwarzen Kopf“ und weise alle Fabrikate ohne diese Schutzmarke energisch zurück. Paket mit Vollchengetrocknet 30 Pf. überall käuflich. Allein-Fabrikant Haas Schwarzkopf, G. m. b. H., Berlin N., 37

Neue Berliner Genossenschafts-Bäckerei.

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung)
Reinickendorf-Ost, Dillstr. 62.
Sitzung am 31. Dezember 1909.

Aktiva.	SR.	Passiva.	SR.
Barenkonto	4 079,55	Konto d. Genossenschaftler	1 000,00
Betriebskosten-Konto	176,00	Hypotheken-Konto	195 000,00
Gespam-Konto	642,00	Umsatz-Konto	12 805,42
Kassa-Konto	2 042,50	Referenz-Konto	17 430,00
Bank-Konto	522,55	Rentoren-Konto (Red.)	16 550,11
Effekten-Konto	879,40		242 794,53
Guth.-Konto d. d. G. G. G.	126,25		
Grundstück-Konto	33 000,00		
Gebäude-Konto	176 905,55		
Ubschr.	3 535,55		173 370,00
Gespam-Konto	19 303,00		
Ubschr.	3 863,00		15 440,00
Maschinen-Konto	4 283,50		
Ubschr.	483,60		8 800,00
Inventar-Konto	1 021,00		
Ubschr.	421,00		1 200,00
Rentoren-Konto (Deb.)	7 416,98		
			242 794,53

Am Laufe des Geschäftsjahres hat sich die Mitgliederzahl nicht verändert und beträgt 20 Genossen.

Das Geschäftsguthaben der Mitglieder sowie die Gesamtsumme haben sich nicht verändert und betragen 1000 Mark.

Reinickendorf, den 21. März 1910.

Der Vorstand.
Robert Engel. Karl Marschal. Karl Höpfer.

Rauchfangswerder

bel Zeuthen.

Restaurant zur Linde

Boatner H. Müller.

Gute Bedienung, gute Küche.

Dampfer-Anlegestelle, große Halle

Ausfluglern und Vereinen bestens empfohlen.

Sommersprossen!

Radikale Beseitigung durch Beauté d'été. Neueste Erfindung der Kosmetik. Erfolg verlässlich. Bei Nichterfolg Geld zurück. (Garantie!) Preis 2 u. 3 M. Kaufnahme 40 Pf. mehr. 296/4

Reichert chem. Laboratorium
Dresdener Str. 107.

Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Corsets, Spritzen, Suspensionen sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Beschriftung für Orts- und Hilfs-Krankentassen.

Berlin N.,
Lehr Lothringers Straße 60.
Alle Bruchbänder mit elastischen Rollen, angenehm u. weich am Körper.

Ein Geheimnis

für viele ist es, daß so manche ihrer Mitmenschen elegant, modern und schlaf geliebt gehen, obwohl ihr Einkommen kein so hohes ist. Es ist begrifflicherweise von großem Interesse allerdings

Nur für Herren

folgendes zu wissen. Wir verkaufen von Millionenren. Doktoren, Reisenden sowie feinsten Kavalleren nur wenig getragen, in den ersten Verklärten Deutschlands und des Auslandes, teils sogar auf Seide gearbeitete, an Stoff und Halsbarkeit unübertroffene

Serie I Serie III
Maß-Anzüge 8 M. 14 M. 18 M.
Maß-Paletots 6 M. 12 M. 16 M.

Gesellschafts-Anzüge werden billigst vertiechen.

Kaufhaus für Monatsgarderoben

Große Frankfurter Straße 93.

Bitte in eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.
Streng reelles Christl. Geschäft. Keine Filialen am Platze.
Abteilung II Neue Garderoben.

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, den 21. Mai
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Geschlossen.

Königl. Schauspielhaus. Strand-
bäder.

Befugung. Die Wildente.

Anfang 8 Uhr.

Neues königl. Oper-Theater.

Garmen.

Deutsches. Faust.

Kamerapiele. Wiener Gölle.

Wiederkehr sein. Goethe.

Komische Oper. Sturpuppen.

Diversifikation.

Neues Schauspielhaus. Der
Blieger.

Kleines. Nur ein Traum.

Verlauer. Tullum.

Neues. Die goldene Ritterzeit.

Neues Operetten. Der Graf von
Luzenburg.

Trianon. Théodore u. Cie.

Reißens. Das Nachlicht. Der
selige Octave.

Thalia. Bild bei Frauen.

Schöbel. Der neue Paris. (Anfang
8 1/2 Uhr.)

Deutscher. Raff. russ. Ballett.

Schiller O. (Wagner-Theater.)

Hans Lange.

Schiller Charlottenburg. Die
Liebe wacht.

Friedrich-Wilhelmsstädtisches.

Alt-Heidelberg.

Volksober. Staatsanwalt Alexander.

(Anfang 8 1/2 Uhr.)

Laifen. Die Welt ohne Männer.

Wolfe. Die Schmutzigen.

Schauspielhaus. Das Leutnants-
mündel.

Metrovol. Hah!! - Die große
Revue.

Folies Caprice. Ein verführerisches
Myster. Eine gründliche Kur.
(Anf. 8 1/2 Uhr.)

Casino. Familie August Knoche.

Gebr. Herrfeld. Wenn zwei das-
selbe tun. Das starke Bild.

Apollo. Mahara. Spezialitäten.

Postage. Spezialitäten.

Wintergarten. Spezialitäten.

Reichshallen. Spezialitäten.

Karl Haverland. Spezialitäten.

Prinz Charles. Spezialitäten.

Urania. Spezialitäten.

Abends 8 Uhr: Belgien, Land und
Stadt.

Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Lesing-Theater.

7 1/2 Uhr: Schmutzigen, außer Ab-
onnement: Die Wildente.

Sonntag, 3 Uhr: Die verführerische
Glocke. 8 Uhr: Schmutzigen,
außer Abonnement: Nora.

Berliner Theater.

Heute 8 Uhr: Taifun.

Morgen: Taifun.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr:

Die goldene Ritterzeit.

Morgen und folgende Tage:

Die goldene Ritterzeit.

Theater des Westens.

Heute 7 1/2 Uhr:

1. Gesamtgastspiel des russ. Balletts
der Kaiserl. Theater Petersburg und
Moskau: 1. Kleopatra. 2. Sympylon.

3. Ein Festmahl (Belofertjantsch).

Sonnt. nachm. 3 1/2 Uhr: Die ge-
schiedene Frau. Abends 8 Uhr:

2. Gastspiel des russischen Balletts.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:

Das Leutnantsmündel

Neues Operetten-Theater.

Heute und folgende Tage 8 Uhr:

Der Graf von Luzenburg.

Sonntag nachmittags 3 Uhr, zu er-
mäßigter Preisen: Die Dollarprinzessin.

Friedrich-Wilhelmsstädtisches
Schauspielhaus.

Sonnabend, 21. Mai, abends 8 Uhr:

Alt-Heidelberg.

Sonntag nachm. 8 Uhr: Die Jung-
frau von Orleans. Abends 8 Uhr:

Alt-Heidelberg.

Montag: Der Raub der Sabine-
rinnen.

Volksober.

SW., Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8.

Abends 7 1/2 Uhr:

Staatsanwalt Alexander.

Residenz-Theater

Direktion: Richard Alexander.

Abends 8 Uhr:

Das Nachlicht.

Schmutzigen in 3 Akten v. R. Zamacois.

Darauf: Der selige Octave.

Großes in 1 Akt von Fred. Miranda
und Henry Geroule.

Sommerpreise.

Morgen und folgende Tage: Die-
selbe Vorstellung.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:

Die Welt ohne Männer.

Volksstück in 3 Akten von Alex. Engel
und Julius Dorn.

Sonntag nachm. 8 Uhr: Die We-
den Orpheus. Abends: Parianne,
ein Weib aus dem Hölle.

Montag: Parianne, ein Weib aus
dem Hölle.

Urania.

Wissenschaftliches Theater

Abends 8 Uhr:

Belgien: Landschafts-
und Städtebilder.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 109.

Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

Die Schmutzigen.

Komödie in 4 Akten von H. Dinter.

Auf der Gartenbühne täglich:

Theater-Vorstellung. Spezialität.

Größtes, großes Garten-Konzert.

Anf. Sonntags 4 Uhr, wochentl. 4 1/2 Uhr.

Metropol-Theater

Hallo!!!

Die große Revue!

In 8 Bildern von Jul. Freund.

Musik v. Paul Lincke. In Szene

gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.

Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater

8 Uhr: Das Attraktions-Programm!

Mahara

m. Uhr. lebenden Diebstahl.

Georg und Gusti Edler. Orig. Duett!

Wiener Plakat - Wassermandel.

August.

Szenen aus dem Bagantenleben.

20 englische Nachspiele 20 mit

neuem Repertoire.

WINTERGARTEN

Prinz Charles

der Affe mit Menschenkultur.

Rosina Casselli

Mac Bans

amerik. Keulen-Jongleure

sowie das von Publikum u. Presse

glänzend beurteilte

Mai-Programm.

Herrnfeld Theater

Romanbantenstr. 57. T. N. 4, 5083.

Heute, Sonnabend zum erstenmal:

Die Welt geht

unter.

Folgen des Kometenstiebers und

Wenn zwei

dasselbe tun

mit H. und D. Herrnfeld.

Anfang 8 Uhr.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:

Die Sterne

des Humors

Claire Waldoff

Willi Prager

und das große

Variété-Programm!

Passage-Panoptikum.

Heute Volkstage!

Beginn der

Jeder Erwachsene ein Kind

frei! Jedes Kind erhält

ein Geschenk!

Die heiligen Fakire.

!! Lebend !! Atom

Prinz

der kleinste Mensch der je gelebt.

Alles ohne Extra-Entree!

Eintritt 50, Kinder, Soldaten 25 Pf.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab 4 Uhr:

Großes

Militärkonzert.

Eintritt 1 Mark.

von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder

unter zehn Jahren die Hälfte.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theat.)

Sonnabend, abends 8 Uhr:

Hans Lange.

Schauspiel in 4 Akten v. Paul Heyse.

Ende 10 1/2 Uhr.

Sonntag, nachm. 8 Uhr:

Viel Lärmen um nichts.

Sonntag, abends 8 Uhr:

Die Liebe wacht.

Montag, abends 8 Uhr:

Zapfenstreich.

Schiller-Theater (Charlottenburg).

Sonnabend, abends 8 Uhr:

Die Liebe wacht.

Auffspiel in 4 Akten v. G. H. de Caillave

und Robert de Flers.

Ende 10 1/2 Uhr.

Sonntag, nachm. 8 Uhr:

Der Meinelbauer.

Sonntag, abends 8 Uhr:

Zapfenstreich.

Montag, abends 8 Uhr:

Goldfische.

Achtung! Diez' nur Achtung!

Seeterrasse Lichtenberg

Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Adorplatz.

Größtes und schönstes Lokal Berlins. Bei ungünstiger Witterung

Schutz für 8000 Personen. - Täglich:

Ob schön, ob Regen: Gr. Konzert. Auftreten der

besten Turnseilkünstler der Welt Tho Liepelt,

(sowie der neuesten und größten Sensationen der Gegenwart: Die Reise

um die Erde in 1 Sekunde: Saltomortale v. 10 Meter Höhe

mit dem Fahrrad in den See.

Ueberfahren eines lebenden Menschen mit Motorrad

im Höllesteffel. - Wile. de Fallieres' bester Miniatur-

hund-Dressurakt der Welt.

Victor Ritter mit seinem Sensationsstücker: „Der Romet

zog vorbei“ und das beste Spezialitäten-Programm Berlins.

Jeden Sonntag: Blumen-Land- und Wasser-Feuer-

werk. - Anfang 8 Uhr. Wochentags 4 Uhr. - Gesamteintritt 20 Pf.

Kinder frei. X Tanz.

Um zahlreichen Besuch bitten Witwe Luffe u. Waldemar Diez.

Brauerei Friedrichshain

Heute Sonnabend: Gr. Extra-Vorstellung

der beliebten

Apollo-Sänger-Gesellschaft

Außerdem:

Der sensationelle Todessprung auf Rollschuhen

Wird zum erstenmal auf der Welt gezeigt!

Kinematograph - Allerneuestes.

Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.

Abfahrtsstelle Schillingsbrücke

am Schillingsbrücken Bahnhof.

Morgen früh 8 und 9 Uhr. Woltersdorfer Seilseil

Sonntag: früh 9 Uhr nach Neue Mühle

Täglich von mittags 2 Uhr ab ca. halbtäglich nach Restaurant

Kyffhäuser, Nieder-Schöneweide. Wochentags 20, Sonntags 30 Pf.

Gabrgäste zahlen kein Entree.

Heute Sonnabend: Gr. Dampfer-

Mondschein - Promenadenfahrt

mit Kraft und festlich illuminierten Dampfern nach Restaurant

Kyffhäuser, Nieder-Schöneweide. Dofelst Gr. Sommerachtsball.

Berlin. Ein und zurück 50 Pfennig.

Von der Michaelstraße an der Michaelkirchstraße:

Morg. Sonntag: Billig-Dampfer-Extrafahrten

Abf. 9 1/2 Uhr nach Woltersdorfer Seilseil.

10 Uhr u. Krumburg, Schandwich u. Neue Mühle.

Preis hin und zurück 75 Pf. Kinder 40 Pf.

Dampfer und Motorboote jeder Größe sind billig zu vermieten.

Tel. IV. 562L. 91945 Reederel G. Zachow.

Voigts Krampenburg,

Berliner Alpen, 56122

Reederel Nobiling, Jannowitzbrücke,

Schultheiß-Ausschank.

Täglich (auch Sonntags) billige Dampfer-Extrafahrten. Abfahrt früh 9 Uhr,

nachm. 2 1/2 Uhr. Empfehle mein Lokal auch zu Partien für Gesellschaften ufo.

Trianon-Theater.

Abends 8 Uhr:

Theodore & Cie.

Schweizer-

Garten Am Königster - Am Friedrichshain.

Täglich:

Theater,

Spezialitätenvorstellung.

Volksbelustigungen.

Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Landesausstellungspark

am Lehrter Bahnhof

Neu erbaut: Festliche

Gartenrestaurant

Konditorei und Café

Täglich Konzert

; von 4 Uhr ab:

Dejouners

von 2.50 an bis 2 Uhr nachm.

Diners und Soupers v. 4.00 an

V. T.

M. Kempinski & Co.

Wein-Grosshandlung, Berlin W.

empfehlen zur

Bowlenbereitung

1908^{er} Senheimer
per 1/1 Flasche exklusive
Glas M. **0.80**

Kempinski-Sekt
halbsüss, per 1/1 Flasche
inkl. Steuer und Glas . M. **2.75**
(in Deutschland auf Flaschen gefüllt)

Für Berlin frei Haus; nach
auswärts frei Bahnhof Berlin

Bei grösser. Entnahmen
Preisermässigungen

Ausführliche Preislisten
stehen zur Verfügung!

Ausnahme-Preise

Wollen Sie vorteilhaft kaufen?

So kaufen Sie
Ia. Briketts nach Gewicht!

A. B. KOCH

Kohlen- und Briketts-Großhandlung
gegründet 1893.

Hauptkontor:

Berlin O. 34, Petersburger Straße 1.
Telephon Amt 7, 3040 u. 3096.

Lagerplätze:

- I. Rüdersdorfer Str. 71 — Ostbahn, Kistriner Platz.
- II. Fruchtstr. 13 — Ostbahn, Güterbahnhof.
- III. Behmstr. 28-34 — Ecke Schivelbeiner Straße.

Preise für Ia. Marken ab meinen Lagerplätzen von 10 Ztr. an:

- Ia. Halksteine Hansa p. Ztr. 70 Pf.
- Ia. Marienglück Salon p. Ztr. 72 Pf.
- Ia. Gotthold Salon . . p. Ztr. 82 Pf.
- Ia. Diamant Salon . . p. Ztr. 90 Pf.
- (ges. geschützt p. Ztr. 115-120 St.)
- Ia. Ilse Salon p. Ztr. 90 Pf.

Transport bis in den Keller
oder 4. Etage, je nach Quantum,
10-18 Pfennige mehr.

Bruchbriketts guter Qualität
und Steinkohlen billigst.
— Koks zu Anstaltspreisen.
Holz, nach Wunsch serkloinert,
per Ztr. 2.00 M.

Bei größeren Abschlüssen und
Original-Waggons sämtlicher
Brennmaterialien verlangen Sie
meine Spezial-Offerte.

Versand nach allen Bahnhöfen.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, Moritzplatz,

10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

1 Mark

wöchentliche

Teilzahlungen

liefern elegante

fertige

Herren-

Garderoben

Ersatz für Maß.

Anfert. n. Maß.

Tadellose Ausf.

Julius Fabian

Schneidermstr.

Große Frank-

furterstr. 37 II

Eingang Straus-

berger Platz.

II. Geschäft:

Turmstr. 18

nur erste Etage,

kein Laden.



Sachen erschienen:

Geschichte der Gesellschafts-

klassen in Deutschland

von Paul Kampffmeyer.

Preis brosch. 1,60 M.

Expedition des „Vorwärts“

Berlin SW. 68

Vindensstraße 69 (Laden).

Gewinnlose der Königl. Preuß. Lotterie

zahlt während der Ziehung zu ungun-

stigen Bedingungen bar aus

Oskar Bräuer & Co. Nachf.,

Andreasstr. 46a.

Kautabake

G. A. Hanewacker, Nordhausen.

Nur echt in 10 Pfennig-Rollen

5 Stangen

„Twist“, nur echt mit Kopfbild.

Achten Sie auf den Einlagezettel!

G. A. Hanewacker, Nordhausen.

Hauptniederlage und Engrosvertrieb

Carl Röcker, BERLIN O. 27.

Grüner Weg 112. Amt VII No. 3861.

Tabak, Zigarren, Zigaretten

Osten

Normalwäsche

für

Damen u. Herren.

Margarete Dietrich

Berlin O.,

Mirbachstr. 25,

Eingang Samariterstraße.

Neu erschienen:

Aus meinem Leben.

Von August Bebel.

I. Teil.

brosch. 1,50 M., geb. 2 M.

Der deutsche Arbeiter

und der

Nationalismus.

Von Dr. Karl Renner.

Preis 60 Pf.

Zum Gedächtnis

des

Kommunistischen Manifestes.

Von Antonio Labriola.

Eingeleitet und überfetzt von Franz

Mehring.

Mit einem Bildnis des Verfassers.

Preis 1 M.

Sozialistische Bewegungen

und

Systeme bis zum Jahre 1848.

Von Elisabeth Luzzatto.

Preis geb. 4 M.

Der Zar und die auswärtige

Politik.

Ein geheimes Memorandum d. Grafen

Lambdorski, das Geheimnis Orangebuch.

Von Wladimir Burtzew.

Preis 2 M.

Rußland in der Revolution.

Von N. Trotzky.

Preis 6 M.

Führer durch das preussische

Einkommensteuer-Gesetz

von Arbeitersekretär Rud. Wissell.

Preis 30 Pf.

Die Rechtsprechung

in

Unfallrenten-Streitsachen.

Eine Zusammenfassung und gemein-

verständliche Erläuterung der wich-

tigsten prinzipiellen Entscheidungen

des Reichsversicherungsamts

v. Herm. Müller, Arbeitersekretär.

Preis 3 M.

Expedition des Vorwärts

Berlin SW. 68

Vindensstr. 69, Laden.

Neu eröffnet!

Frankfurter Allee 193, Kronprinzen-

straßen-Ecke.

2. Geschäft: Konfektions-Haus

Leo Wolff.

Elegante Herren- und Knaben-Bekleidung

fertig und nach Maß, vom einfachsten bis zum elegantesten

Genre, auch für sehr schlanke und korpulente Herren in

großer Auswahl am Lager. Streng reelle sachgemäße

Bedienung zugesichert, wovon sich jeder ohne Kauf-

zwang geill. überzeugen kann.

Großes Lager dauerhafter Arbeiter- und Berufs-

kleidung zu sehr billigen Preisen.

1. Geschäft: Rigaer Straße 1, am Saltenplatz. Gegr. 1897.

Abonnenten dieses Blattes erhalten beim Vorzeigen dieses

Inserats 5 Proz. Rabatt u. ein schönes Eröffnungs-Andenken.

Mit der Schulfrage beschäftigten sich folgende Schriften, die wir zur Anschaffung empfehlen:

Clara Zetkin, Die Schulfrage

Referat, gehalten auf der dritten Frauenkonferenz in

Bremen Preis 15 Pf.

Ein temperamentvoller Vortrag, in dem momentlich auf die Stellung der

Frau zur Schulfrage Bezug genommen wird.

O. Rühle, Die Volksschule, wie sie ist

Preis 30 Pf.

O. Rühle, Die Volksschule, wie sie sein sollte

Preis 30 Pf.

Der Verfasser, ein früherer Lehrer, tadelt in seiner ersten Broschüre die

Zustände unserer Volksschule und schildert sie als eine Anstalt zur Erziehung

möglichst williger und billiger Lohnsklaven für das Kapital. Der Klassen-

staat, sagt er, hat Klassen-schulen geschaffen, wer Geld hat, kann sich Bildung

kaufen. — Die zweite Broschüre ist eine Erläuterung unserer Programm-

forderungen, die wir in bezug auf die Schule erheben und im Interesse des

Kulturfortschritts erheben müssen.

P. Göhre, Schule, Kirche, Arbeiter

Ein Vortrag Preis 15 Pf.

Dr. R. Silberstein, Das Schulkind

Preis 20 Pf.

Der Verfasser verfolgt im vorliegenden Heft die Entwicklung des Kindes

während der Schulzeit.

Heinrich Schulz, Sozialdemokratie und Schule

Preis 75 Pf., Vereinsausgabe 30 Pf.

Dr. M. Quarck, Kommunale Schulpolitik

Ein Führer durch die Gemeindetätigkeit auf dem Gebiete

der Volksschule

Preis 1 M., Vereinsausgabe 50 Pf.

Expedition des „Vorwärts“

Berlin SW.

Vindensstr. 69 (Laden)

Teurer Kaffee!

Kennen Sie den schönen Kaffee, wie er in Wien und den böhmischn

Bädern so gern getrunken wird?

Nur durch eine kleine Beimischung von dem

Wiener-Kaffee-Zusatz von Thilo & v. Döhren, Wandsbek

erhalten Sie den und sparen bedeutend an Kaffee.

Ein wesentlicher Bestandteil dieses Zusatzes sind Folgen, welche ihm

einen kräftigen und doch milden Geschmack geben.

Packete à 10 und 25 Pfg. vorkaufen alle besseren Handlungen.

Gratisproben überall erhältlich.

Jeder Herr, welcher schön!

und elegant sich kleiden will, empfehlen wir große Posten beste Monatsgarderobe. Unsere Sachen sind in

feinsten Werkstätten (teils auf Seide) gearbeitet, von Herrschaften, Doktoren, Kavaliereu nur kurze Zeit gebraucht.

Für jede Figur (auch für den stärksten Herrn) haben wir passende Sachen auf Lager, sabelhaft billig. Außerdem

Herrn-Paletots 10 12 16 18 M. Gehrock-Anzüge 18 22 26 29 M.

Jackett-Anzüge 10 14 18 20 M. Herren-Hosen 3 4 5-7 M.

Mod.-Anzüge 14 18 20 24 M. Jacketts, Fracks, Smoking's etc.

J. WAND, Hauptgeschäft: Gr. Frankfurter Str. 116, an der

Monats-Garderoben-Haus. II. Geschäft: Chausseest. 89, 277/30*

III. Geschäft: Brunnenstraße 179.

Wir empfehlen:

245/13*

Vollständiges

Schachspiel.

Mit Anleitung zum Spielen.

Das interessanteste aller Spiele.

Fertig zum Spielen!

Kann als Dame-Spiel zu benutzen.

Preis 20 Pf.

Expedition des „Vorwärts“

Berlin SW. 68, Vindensstr. 69

Laden.

Berlin-Lichtenberg Kohlenvertrieb „Glückauf“

Güterbahnhof Frankfurter Allee.

Ausnahme-Preise

vom 1. Mai bis 31. Juli von 10 Zentner an ab Platz

in nur prima Marken.

Beste Vulkan Halbstein-Briketts p. Ztr. M. 0,70,

Hays „ „ „ „ „ 0,80,

Prima Ferdinand Salon- „ „ „ „ „ 0,72, 1000 Stück 6,75

„ Anker „ „ „ „ „ 0,82, 1000 „ 7,75

„ Anh. Kohlenw. „ „ „ „ „ 0,90, 1000 „ 8,50

„ Ilse „ „ „ „ „ 0,90, 1000 „ 8,50

„ Brikettbruch, „Steinkohlen und Koks billigst.

Handwagen zur Verfügung.

Aus Industrie und Handel.

Günstige Erträge im Braunkohlenbergbau.

Im laufenden Jahre haben 22 Aktiengesellschaften ihre Bilanzen veröffentlicht, deren Gewinnziffern mit dem Vorjahre verglichen sind. Ihr Aktienkapital betrug für das Jahr 1908 57 946 000 M., für das Jahr 1909 60 348 000 M. Auf das erhöhte Kapital stellte sich im Jahre 1909 der Reingewinn auf 11 504 000 M., während für das Jahr 1908 der Reingewinn 10 048 000 M. betragen hatte. Der Reingewinn, der 1908 noch nicht ganz 18 Proz. des Aktienkapitals betrug, stellte sich 1909 auf etwas über 19 Proz. des vergrößerten Grundkapitals. Die Dividende läßt sich für 21 Gesellschaften vergleichen, die 1908 ein Aktienkapital von 53 688 000 M., 1909 ein solches von 57 086 000 M. hatten. Die Dividendensumme stellte sich für 1908 auf 6 551 000, 1909 aber auf 7 642 000 M., so daß 1908 12,0, 1909 aber 13,4 Proz. Dividende verteilt wurden. Die Abschreibungen sind bei 21 Werken von 7,07 Millionen Mark im Jahre 1908 auf 7,97 Millionen im Jahre 1909 gestiegen. Von den Gesellschaften, die für das letzte Jahr ihre Geschäftsergebnisse veröffentlicht haben, seien die Dividenden der größeren für das Jahr 1908 und 1909 noch besonders erwähnt. Es stieg die Dividende bei der Bitterfelder Lausitzgrube A.-G. von 16 auf 20 Proz., bei den Leipziger Braunkohlenwerken in Kalkwitz von 9 auf 12, bei den Zeche-Striebschlag-Kohlenwerken von 7 auf 7 1/2, bei Ise, Bergbau-A.-G., von 22 auf 24 Proz.

Lohnerhöhungen und Preissteigerungen.

Interessantes Material über das Verhältnis zwischen Lohnerhöhungen und Preissteigerungen bieten die von der Ortskrankenkasse Dresden ausgenommenen Lohnstatistiken und die von der Stadtverwaltung Dresden bearbeiteten Statistiken über die Preise von Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsartikeln. Die Ortskrankenkasse Dresden ist mit ihren 115 000 Mitgliedern eine der größten Krankenkassen des Deutschen Reiches und umschließt fast alle Arbeiter Dresdens. Ihre Statistiken ergeben, daß vom Jahre 1899 auf 1909 der Durchschnittslohn sämtlicher männlicher Mitglieder von 3,10 M. auf 3,67 M. pro Tag oder um 18,4 Proz. gestiegen ist. Der Durchschnittslohn sämtlicher weiblicher Mitglieder stieg in der gleichen Zeit von 1,81 M. auf 2,11 M. oder um 16,0 Proz.

Wie haben sich nun in der gleichen Zeit die Kleinverkaufspreise für die Lebensmittel verändert? Nach den Angaben des Rates der Stadt Dresden stiegen von 1899 bis 1909, also in derselben Zeit, die Preise für Fleisch und Fleischwaren um 16,2 Proz., Geflügel um 25,4 Proz., Milch, Butter, Margarine 15,5 Proz., Fische 19,7 Proz., Gemüse 12,4 Proz., Mühlenzeugnisse (Wehl usw.) 26,0 Proz., Getreide 34,7 Proz., Steinkohlen 13,8 Proz., Braunkohlen 31,0 Proz. usw. Eine Durchschnittsberechnung ergibt, daß alle diese unentbehrlichen Dinge in der auch den obigen Lohnberechnungen zugrunde gelegten Zeit um 17,5 Proz. im Preise gestiegen sind. Bedenkt man hierbei, daß die für die Arbeiter am umfangreichsten in Betracht kommenden Artikel wie Wehl, Gemüse, Braunkohlen weit über diesen Durchschnitt gestiegen sind, so kann man von einer Hebung der Lebenshaltung im allgemeinen wohl kaum reden.

Saatensand in Preußen. Mitte Mai, wenn 2 gut, 3 mittel bedeutet: Winterweizen 2,8 (im Mai 1909 gleich 3,3), Sommerweizen 2,5 (2,7), Winterjagel 2,5 (2,7), Winterroggen 2,7 (3,1), Sommerroggen 2,7 (3,0), Sommergerste 2,5 (2,8), Hafer 2,8 (2,8), Erbsen 2,5 (2,9), Ackerbohnen 2,6 (2,7), Widen 2,6 (2,9), Kartoffeln 2,8 (2,9), Futterrüben 2,8 (2,9), Winterrapen und -Rüben 2,4 (3,6), Klee 2,7 (2,9), Alee 2,8 (3,0), Luzerne 2,6 (2,9), Kieselwiesen 2,6 (3,0), andere Wiesen 2,8 (3,4).

In den Bemerkungen der Statistischen Korrespondenz heißt es: In kaum einem anderen Jahre haben zu wenig Umackerungen ausgeführt zu werden brauchen, wie in diesem. Als Ursache ist besonders die rauhe Frühjahrswitterung anzusehen. Ueber tierische Schädlingsliegen verhältnismäßig wenige Mitteilungen vor. Mehr Anlaß zur Klage hat die starke Verunreinigung, insbesondere durch Dederich, gegeben. Bei der Ungunst der Witterungsverhältnisse haben sich die Winterjagel wenig oder gar nicht weiter entwickeln können. Es wird aber bemerkt, daß manches wieder gut werden würde, wenn recht bald Sonnenschein oder Wärme käme. Von den Futtergewächsen hat sich der Alee zufriedenstellend weiter entwickelt. Die Luzerne hat etwas verloren. Hinsichtlich der Wiesen sind die Nachrichten sehr verschieden. Auch die Weiden hatten noch keinen genügenden Bestand. Entspricht der Stand der Winterfrüchte, Futtergewächse und Wiesen zwar nicht den nach der günstigen Durchwinterung gebotenen Erwartungen, so ist er doch nicht ungünstig. Mit den Bestellungenarbeiten für die Sommerfrüchte ist man dennoch überall im Rückstande.

Verichtigung. Nicht die Internationale sondern die Deutsche Tiefbohrergesellschaft betrifft den in gestriger Nummer mitgeteilten Geschäftsbericht. Die Internationale Gesellschaft verteilt bekanntlich viel höhere Dividenden.

Sette Dividenden. Die C. u. G. Müller Speisefabrik A.-G. verteilt für das letzte Jahr 15 Proz. Dividende auf das mit 600 000 M. erhöhte Aktienkapital. — 10 Proz. verteilt die Elektrizitäts-Lieferungs-Ges. Berlin. — Die Gold- und Silberseide-Anstalt bringt 36 Proz. heraus gegen 33 Prozent im Vorjahre. — Wiederum 15 Proz. Dividende erhalten die Aktionäre der Deutschen Lebensversicherungsbank A.-G. Berlin. — 600 M. pro Aktie, gegen 500 im Vorjahre, schüttelt die Sachener und Rächener Feuerversicherungs-Ges. aus. — Nur 18 Proz. verteilt diesmal die Ed. Lingel Schulfabrik A.-G. Esfurt. — Die Chemische Fabrik Grünau A.-G. schüttelt wiederum 10 Proz. Dividende aus. — Die Aktionäre der Chemischen Fabrik Rudau-Ragdeburg erhalten 12 Proz. — 22 Proz. verteilt die zum Nobel-Dynamit-Traut gehörige Dresdener Dynamitfabrik A.-G. — Eine Dividende von 16 Proz. bringt für das letzte Jahr die Schleifische Aktiengesellschaft für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb. — Die Aktionäre von Amey-Friede, die im vergangenen Jahre nur 7 Proz. erhielten, sollen diesmal 10 Proz. erhalten. — 10 Proz. verteilt auch die Deutsch-Heberseeische Elektrizitäts-Gesellschaft.

Ausfuhrvergütung. Wohl mit Rücksicht auf die verschlechterte Lage am Eisenmarkt hat, wie die „Frankf. Ztg.“ meldet, der deutsche Walzdrahtverband den Verbrauchern von Walzdraht eine bereits im April zugestandene Erhöhung der Ausfuhrvergütung um 5 M. pro Tonne auch für das dritte Quartal zugestanden.

Erweiterung. Die Ise Bergbau-Gesellschaft hat eine Million Mark Anteile der Matador Bergbau-Ges. m. b. H. in Senftenberg erworben und ihren Grubensfeldbesitz um über 200 Hektar erweitert. — Werden nun auf Matador auch Ise-Driftlets produziert, oder erfolgt eine Preiserhöhung für Matador-Driftlets?

Die Kohlenlager der Erde. Nach einer Schätzung von Professor Dr. Frey-Freuch-Breslau in der Zeitschrift „Glückauf“ wird Zentral-Frankreich seine Kohlenlager am ersten erschöpfen haben, sie sollen nach 100 Jahre vorhalten. Für Zentral-Böhmen, das Königreich Sachsen, das Waldenburg-Schlagener Revier und vielleicht für die nordenglischen Reviere (Durham, Northumberland) ist die Produktionsdauer etwas größer zu veranschlagen. Wesentlich größer

ist die Zahl der Flöze und die Mächtigkeit der gesamten Schichten in den übrigen englischen Kohlenfeldern (250—350 Jahre), Nordspanien (350—400 Jahre), Saarbrücken (300—400 Jahre). Noch günstiger liegen die Verhältnisse für Belgien (rund 800 Jahre), für das Aachener Becken und das damit zusammenhängende niederelbisch-westfälische Kohlenbecken (mehr als 800 Jahre), sowie für die österreichischen Anteile an dem oberelbischen Revier. Die größte Schichtmächtigkeit (rund 5000 Meter) und Flözzahl besitzt das Steintohlengebiet in Preussisch-Ober-Schlesien (voraussetzliche Förderungsdauer mehr als 1000 Jahre). Da für das relativ flache ein Mindestwert von rund 100, für das zum streichreichsten Gebiet ein Grenzwert von über 1000 Jahre angenommen wird, so ergibt sich von selbst, daß die Lebensdauer bei zahlreichen zwischen diesen Grenzen liegenden Gebiete 200 bis 800 Jahre beträgt. Deutschland ist, wie die auf eingehenden Untersuchungen beruhenden Schätzungen zeigen, in bezug auf den Kohlenvorrat das reichste Land Europas und wird in der Menge des vorhandenen Brennstoffes nur von Nordamerika und Nordchina übertroffen; in England ist lediglich die zeitliche Produktionsziffer höher und bedingt eine raschere Erschöpfung der Kohlenlager. Auch Amerika geht offenbar einer schnelleren Erschöpfung seiner ungleich gewaltigeren Vorräte entgegen.

Der Schweinefleischkonsum ist in verschiedenen Landesteilen Deutschlands sehr stark im Abnehmen begriffen. So stellt sich in der Provinz Schlesien der Konsum an Schweinefleisch pro Kopf der Bevölkerung in diesem Jahre nur auf 5,28 Kilogramm, während er im ersten Quartal des Vorjahres 5,86, 1908 sogar noch 5,67 Kilogramm betragen hatte. In Westfalen stellte sich der Verbrauch pro Kopf durchschnittlich auf 4,83 Kilogramm gegen 4,77 Kilogramm im Vorjahre, 5,25 Kilogramm im Jahre 1908 und 4,70 Kilogramm im ersten Quartal 1907. Im Rheinland beträgt der Konsum im laufenden Jahre 4,87 Kilogramm gegen 4,88 Kilogramm im Vorjahre, 4,98 Kilogramm im Jahre 1908 und 4,32 Kilogramm im Jahre 1907. In Hessen-Nassau kamen dieses Jahr auf den Kopf der Bevölkerung durchschnittlich 9,88 Kilogramm gegen 9,92 Kilogramm im Jahre 1908, 11,03 Kilogramm im Jahre 1908 und 10,19 Kilogramm im Jahre 1907. Mit einer sehr ungünstigen Gestaltung des Schweinefleischkonsums ist sodann das Königreich Bayern zu nennen. Hier stellte sich der Konsum dieses Jahr auf 5,21 Kilogramm gegen 5,25 Kilogramm im Jahre 1908, 5,84 Kilogramm im Jahre 1908 und 5,22 Kilogramm im Jahre 1907. Im Großherzogtum Hessen betrug die Verbrauchsmenge voriges Jahr 5,21 Kilogramm und ging im laufenden Jahre auf 5,02 Kilogramm zurück; sie hatte 1908 5,46, 1907 4,98 Kilogramm betragen. Elbisch-Bohmen weist einen Verbrauch von 3,17 Kilogramm auf; die Zahlen für die Vorjahre sind 3,24 resp. 3,57 und 3,16 Kilogramm. In Braunschweig stellte sich der Verbrauch dieses Jahr auf 14,42 Kilogramm gegen 14,43 Kilogramm im Jahre 1908, 15,18 Kilogramm im Jahre 1908 und 14,35 Kilogramm im Jahre 1907. In Berlin geht die Verbrauchsmenge nur über die vorjährige hinaus, während sie hinter der von 1908 und 1907 zurückbleibt. Sie betrug 1907 7,99 Kilogramm, 1908 8,21, 1909 aber nur 7,15 Kilogramm und im laufenden Jahre 7,60 Kilogramm. In der Provinz Hannover ist der Verbrauch mit 4,98 Kilogramm pro Kopf gleich hoch wie im Vorjahre, aber niedriger als 1908, wo er 5,09 Kilogramm betragen hatte. Im Königreich Sachsen stellte sich der Verbrauch dieses Jahr auf 6,24 Kilogramm gegen 6,01 im Vorjahre, 6,53 Kilogramm im Jahre 1908 und 6,18 Kilogramm im Jahre 1907. In Ostpreußen ging die Verbrauchsmenge von 3,41 auf 3,54 Kilogramm hinauf; sie hatte aber 1908 3,92, 1907 4 Kilogramm betragen. In der Provinz Westpreußen vollzog sich die gleiche Entwicklung, von 1909 auf 1910 erfolgte eine Zunahme, die aber nicht hinreichte, um die Verbrauchsmenge der Jahre 1907 und 1908 zu erreichen.

Gerichts-Zeitung.

Der Nachdruck einer verlassenen Solbatenbraut

hat ein Strafverfahren herbeigeführt, mit welchem sich gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Pieber die 3. Strafkammer des Landgerichts I zu beschäftigen hatte. Wegen Verbrechen gegen das leitende Leben waren angeklagt die uneheliche Ehegattin Rhöda und die Schneiderin Franziska Schulz, wegen Beihilfe dazu die Schankwirtin Anna Heinze geb. Raach und wegen Anstiftung bzw. Beihilfe der Unteroffizier Gustav Olschewsky und der Wirtsdame Max Schramm, beide vom 4. Garderegiment. — Der Anklage, welche unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt wurde, lag folgender Sachverhalt zugrunde. Der Unteroffizier Olschewsky lernte im Jahre 1906 die jetzige Witwengattin Rhöda kennen. Zwischen beiden entstand ein Liebesverhältnis, welches nicht ohne Folgen blieb. Olschewsky wandte sich an die Angeklagte Heinze, die dann an der Rhöda die nach § 118 St.G.B. strafbaren Handlungen vornahm. Ähnlich lag der Sachverhalt bezüglich des Angeklagten Wirtsdame Schramm und der Schulz. Auch in diesem Falle nahm die Frau Heinze gewisse verbotene Entwürfe bei der Schulz vor. Die ganze Sache gelangte erst jetzt auf folgende Weise zur Kenntnis der Behörden. Als die Rhöda fürchtete, daß ihr „Schatz“ Olschewsky ihr unterzogen werden würde, forderte sie ihn auf, sie zu heiraten. Als O. sich weigerte, da er erst Unteroffizier war und dann in Zukunft jede Beziehung zu der Rhöda abbrechen, schrieb diese aus Rache an den Hauptmann des O. einen Brief, in welchem sie sich und ihren früheren Geliebten denunzierte. — Das Gericht kam nach längerer Verhandlung zu einer Verurteilung der sämtlichen Angeklagten. Das Urteil lautete gegen die Rhöda und die Schulz auf je 6 Wochen, gegen die Frau Heinze auf 9 Monate, gegen Olschewsky ebenfalls auf 9 Monate und gegen Schramm auf 2 Monate Gefängnis.

Die Wechsel des Prinzen von Braganza.

Ein großer Schwindeleprophet begann heute vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I. Angeklagt sind: 1. Der Direktor der „Emerald-Mines Limited“, Leslie Clarke; 2. Kaufmann Karl Christian Leferberg; 3. Oberleutnant a. D. Karl Telg; 4. Agent und Techniker Jakob Röbel. Den Vorfall führt Landgerichtsdirektor Splittköpfer, die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Schwiderath, die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Dr. Alsbey und Olschewsky für Clarke, Dr. Werthauer für Leferberg, Dr. Löwenstein für Telg, Morris für Röbel. Als Kurator des Prinzen Franz Josef von Braganza wohnt der Advokat Dr. Gustav Franz Löwy aus Reunfischen bei Wien der Verhandlung bei.

Nach dem Eröffnungsbeschluss werden beschuldigt: 1. Clarke im November 1909 gemeinschaftlich mit andern das Vermögen des Prinzen Franz Josef von Braganza in betrügerischer Weise beschädigt zu haben; 2. die drei übrigen Angeklagten im Januar bis Februar 1910 gemeinschaftlich gegen mehrere Personen Betrug verübt und gegen andere einen Betrag versucht zu haben.

Der erste Tag wurde hauptsächlich mit der Vernehmung der Angeklagten ausgefüllt, die jedoch nichts Besonderes ergab. Wir werden auf den Ausgang dieser dunklen Affäre zurückkommen.

Das Fehlen bei einer Brandwehrrückung strafbar.

Die Anwendbarkeit der Oberpräsidentenverordnung über das Feuerlöschwesen in der Provinz Westfalen stand in einem Strafverfahren gegen Lohmann und Genossen aus Berge. Sie sollten die genannte Verordnung vom 25. November 1907 übertreten haben, weil sie nicht an einer sonntäglichen Übung der Brandwehr teilnahmen, welche vom Amtmann unter Zustimmung des Landrats in Hamm eingerichtet worden war, obwohl in Berge eine freiwillige Feuerwehr besteht. Die Angeklagten bestritten, sich strafbar gemacht zu haben. Sie machten in der Hauptsache

geltend, die Einrichtung der Brandwehr sei hinfällig, weil die vorhandene freiwillige Feuerwehr nach der Zahl der Mitglieder und der Ausrüstung als Berufsfeuerwehr anerkannt worden sei und dem Bedürfnis genüge.

Das Landgericht in Dortmund verurteilte jedoch die 15 Angeklagten zu Geldstrafen und führte aus: Die Verordnung des Oberpräsidenten sei erlassen auf Grund des Befehles über die Befugnisse der Polizeibehörden zu dem Erlass von Polizeiverordnungen über die Verpflichtung zur Hilfeleistung bei Bränden. Sie sei rechtmäßig. Der § 2 bestimme: „In allen Gemeinden oder von der zuständigen Behörde eingerichteten Löschbezirken, für die nicht eine, nach Ansicht der Aufsichtsbehörde dem öffentlichen Bedürfnis genügende Berufsfeuerwehr besteht, ist eine Brandwehr einzurichten, die von den nach § 4 Dienstpflichtigen gebildet wird. Freiwillige Feuerwehren, deren Satzungen von der Aufsichtsbehörde genehmigt sind, oder ähnliche, von der Polizeiaufsichtsbehörde als gleichwertig anerkannte, in den Dienst der Gemeinde oder des Löschbezirks gestellte Einrichtungen können einen selbständigen Teil der Brandwehr bilden. Sofern sie nach Ansicht der Polizeiaufsichtsbehörde dem vorhandenen Bedürfnis genügen, kann von der Errichtung einer Brandwehr ganz abgesehen werden, oder sie kann auf die Bildung einer Hilfsabteilung beschränkt werden.“ — Nach dieser Bestimmung gingen die Angeklagten mit ihrer Auffassung fehl. Die Polizeiaufsichtsbehörde sei danach nicht gezwungen, von der Errichtung einer Brandwehr abzugehen, wenn eine freiwillige Feuerwehr in der Stärke und Ausrüstung wie in Berge bestiehe. Sie sei nur befugt, davon abzugehen, wenn nach ihrem Ermessen die vorhandene Feuerwehr dem Bedürfnis genüge. Demnach sei die Brandwehr als rechtmäßig zustande gekommen anzusehen. Die Angeklagten wären verpflichtet gewesen, an der ordnungsgemäßen Brandwehrrückung teilzunehmen, die in zulässiger Weise auf einen Sonntag anberaumt gewesen sei.

Die Angeklagten legten noch Revision ein. Das Kammergericht verworft aber das Rechtsmittel mit der Begründung: Die Vorurteilung lasse einen Rechtsirrtum nicht erkennen. Die zuständige Behörde habe die Brandwehr gemäß der ihr verliehenen gesetzmäßigen Befugnisse errichtet. Ob die Verwaltungsbehörde beim Wartenlassen ihres Ermessens einen Fehler gemacht habe, könne der Richter nicht nachprüfen. Das Kammergericht habe nur zu prüfen, ob der Vorberichter sich eines Rechtsirrtums schuldig gemacht habe. Das sei aber zu verneinen. Deshalb müsse die Revision zurückgewiesen werden.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 22. Mai, vormittags 9 Uhr, Poppel-Allee 15—17: Freireligiöse Vorlesung. Vormittags 11 Uhr: Kleine Franziskaner Straße 6: Vortrag von Herrn Dr. Conrad Schmidt über: „Ludwig Feuerbach“. Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Zentralverband der freien Händler, Sanftener und verwandten Berufsangehörigen Deutschlands. Eich Eisen, Verwaltungsstelle Berlin. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Dörfel, Neue Friedrichstr. 35: Kaiser-ordentliche Generalversammlung.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (C. H. 29. Hamburg). Filiale Berlin 3. Heute Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Kaiser, Reichensberger Straße 154. — Filiale Berlin 4. Heute Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-versammlung bei Werlow, Andreasstraße 26. — Filiale Berlin 9. Sonntag, 22. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr: Versammlung bei Strickmann, Weststr. 9: Wahl der Ortsverwaltung. — Filiale Berlin 10. Sonntag, 22. Mai, vormittags 10 Uhr: Versammlung bei Haber, Stephanstraße 11. — Filiale Köpenick. Heute Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung mit Vortrag bei Pöhl, Steinmetzstr. 114.

Briefkasten der Redaktion.

H. G. 40. 1. Es empfiehlt sich, bei dem zuständigen Polizeirevier die Umschreibung des Namens oder den Umtausch zu veranlassen. 2. Abgeleitet von einem in den Parlamenten üblichen Brauch, die Mittelpartei als Zentrum zu bezeichnen. — Statistik 100. Ja. Hat der Birt anderweit vermietet geholt, nicht. — C. S. 14. Eine geistliche Verpflichtung dazu besteht nicht. Die roten aber im Interesse ihres Sohnes dringend, bewiesenen dem Stotterungsrichter nicht zu entziehen und die von ihnen bezeichnete keine Unannehmlichkeit mit in Kauf zu nehmen. — S. S. 545. 1. und 2. Ja, sofern die Ausgaben durch die Eigenheiten des Berufs bedingt sind. 3. Nein. In Frage kommt nicht das Bürgerliche Gesetzbuch, sondern das Einkommensteuergesetz, und zwar §§ 8 und 9. Die Einkommensteuer ist zur Anwendung des letzteren geeignet. — P. S. 29. Ihre Anfrage ist bereits in der Nr. 107 vom 10. Mai im Briefkasten beantwortet. — W. G. 5. Verlangen Sie von der Buchhandlung Vorwärts ein Schriftenergebnis. Auf Seite 7 finden Sie „Naturwissenschaftliche Elementarbücher“, 11 Bände, a 80 Pf. — auch einzeln zu beziehen — verzeichnet. — P. L. 33. 1. Ja, sofern es sich um einen polizeilich verbotenen Weg handelt. Jedoch soll ein solches Verbot öffentlich bekannt gemacht, außerdem aber soß, sofern nicht wegen besonderer schädlicher Verhältnisse eine Ausnahme gestattet ist, das Verbot auf einer Tafel mit deutlich sichtbarer Schrift stehen. 2. Ja, ebenfalls darauf, daß eine Tafel der vorerwähnten Art nicht vorhanden war. Ferner können Sie sich noch auf § 59 des Strafgesetzbuchs berufen, da Sie sich mit Rücksicht auf die von Ihnen zitierte Polizeiverordnung in einem Verstum über Tatsachen befinden, also der Dolus fehlt. 3. Für den Fall der Verurteilung sollen Ihnen die Kosten zur Last.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag. Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft rege, Preise unverändert. Geflügel: Zufuhr etwas reichlicher, Geschäft lebhaft, Preise befriedigend. Fische: Zufuhr genügend, Geschäft ziemlich rege, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr meist über Bedarf, besonders in Gurken, Kohlrabar und Bananen, Geschäft schleppend, Preise gedrückt.

Witterungsüberblick vom 20. Mai 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe man	Windrichtung	Wolkenlage	Wetter	Temp. in C. u. F.
Stolpe	764,5	SW	1/2	heiter	16
Stettin	761,0	SW	1/2	4 wolkenl.	16
Berlin	761,0	SW	1/2	4 wolkenl.	16
Frankfurt	765,0	SW	1/2	3 heiter	17
München	755,0	SW	1/2	3 heiter	19
Wien	759,0	SW	1/2	2 heiter	18
Hannover	771,0	SW	1/2	2 wolkenl.	16
Petersburg	763,0	SW	1/2	1 bedeckt	10
Schwabm.	766,0	SW	1/2	1 wolkenl.	11
Wien	760,0	SW	1/2	1 bedeckt	9
Wien	758,0	SW	1/2	2 wolkenl.	16

Wetterprognose für Sonnabend, den 21. Mai 1910. Vorwiegend heiter und trocken, am Tage warm bei ziemlich frischen östlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 19. 5.	am 18. 5.	Wasserstand	am 19. 5.	am 18. 5.
Remel, Mühl	150	+1	Saale, Großh.	122	0
Regel, Anstern	118	+14	Saale, Sandau	67	0
Wegsel, Horn	144	-18	Saale, Sandau	98	-1
Döber, Köhler	222	-38	Spre, Spremberg	98	-2
Kroffen	340	-11	Spre, Spremberg	84	0
Frankfurt	351	-7	Weser, Minden	1	-6
Wartbe, Schirm	58	-8	Weser, Minden	80	-14
Landberg	57	-4	Rhein, Kaymiltensan	478	+15
Regel, Borsum	27	-11	Rhein	282	-9
Eise, Leimert	150	-28	Rhein	284	-10
Dresden	62	-25	Redar, Gellbronn	84	-6
Parbo	337	+1	Rhein, Weiskem	172	-12
Ragdeburg	284	+1	Rhein, Trier	-	-

+) + bedeutet Sturz. — Fall. *) Unterpegel. *) nach telegraph. Meldung bis zum 20. früh um 2 1/2 cm gefallen.

Fortsetzung des Bezugsquellen-Verzeichnisses.

Lenner, Hans, Lothringstraße 55, Möbel-Gelegenheitskäufer.

Misch, Siegmund, Brühlstraße 11, Möbel-Gelegenheitskäufer.

Möbel-Gelegenheitskäufer, Wirtschaften aller Preislagen, Willy Hasemanns Möbel-Haus, Grunowstraße 27.

Möbel-Krause Möbel, Nur Kastanien-Allee 40, Teilzahlung gestattet.

Möbel-Rosien, Kastanien-Allee 57, Möbels, Rudolph, Ackerstr. 150.

J. Ostrowski Jr., Gr. Frankl-Str. 1, am Frankl. Tor.

Neukirch, Gebr., Langestr. 8, Straßburgerstr. 32.

Herm. Podeli, Präfing, Ludw., Gartenstr. 32.

Gustav Richter, Möbel-Fabrik, Kastanien-Allee 26.

Schmidt, Otto, Möbel-Fabrik, Waldens, Str. 12.

Herm. Schulz, Waldens, Str. 12, Rob. Schulz, Prenzlauer Allee 21.

Slobek, W., Gneisenstr. 15, eig. Tischlerei u. Tapezierwerkst.

Stargard, O., Gneisenstr. 15, eig. Tischlerei u. Tapezierwerkst.

C. F. A. Stiefler & Co., Potsdamstr. 77, Goltzstr. 40a.

Stoye, Bernh., N. 20, Prinz-Allee 89, Uhr, Johannes, Grünthalerstr. 68.

Wendland, Ernst, Möbelfabrik - Bar-u. Teilzahl., Reimickend, Straße 114.

Werthers, Möbelfabrik, Götterstr. 57, Wilh. Witt, N. Wilhelmshay, St. 64.

Molkereien, „Schweizerhof“, Meierei u. Milch-Kurort, liefert Vollmilch u. Kindermilch zu jeder Tageszeit frei Haus u. d. Dbl. Preis.

Musikinstrumente, Braun, Emil, Musik-Instr., Böhmerstr. 26.

Bellmann, E., Gollnowstr. 26, Göhre, R., R., Berlinerstr. 89 I.

Ed. Kruda, Lütjauer, Verdr. Wilke, Berlinerstr. 84.

Pfaff-Nähmaschinen, die besten der Gegenwart, Kaufmann - auch auf Abzahlung.

Phönix-Nähmaschinen, die besten der Gegenwart, Kaufmann - auch auf Abzahlung.

Optiker, Dase, Paul, N. Müllerstr. 174, Groß, Paul, Warschauerstr. 66.

Hochstim, O., R., Berlinerstr. 32, Schubert, Carl, R., Bergstr. 14.

Werner, Herm., Pappel-Allee 24.

Papier- u. Schreibw., Seldler, Louis, R., Bergstr. 42.

Putz- u. Modewaren, Blies, Paul, R., Bernauerstr. 141.

Graff & Heyn, Wilmersdorfer, Straße 118/119.

Haase, M., Rixd., Bergstr. 1, Spezialität: Putz.

Hannach, Geschw., Rixdorf, Brückengasse 6b.

Hirsch, S., Brückengasse 6b, Verkauf u. Fabrikpreis.

Kaufhaus f. Damenputz, Adolf Cohn jr., Gr. Frankl-Str. 114, part. u. l. Et.

Modehaus, Wilhelm Metzner, Große Frankfurterstraße 92.

Reiterhandlungen, Doleschal, H., Koloniestr. 150a.

Schirme u. Stöcke, Graff & Heyn, Wilmersdorfer, Straße 118/119.

Schuhwaren, Bartel, E., Adalbertstr. 18.

Bornschein, H., Rixdorf, Brückengasse 6b.

Ed. Drechsler, Haselbergstr. 31.

Fiebig, C., Goltzstr. 28, am Fiebigplatz.

Graff & Heyn, Wilmersdorfer, Straße 118/119.

Hannes, Gust., Waldpfl. 1.

H. Hardtke, Tempelhof, Berl.-St. 110.

Hering, C., Petersburgerstr. 50, O. Hoffmann, Charl., Danksk. 81/83.

Herrmann, H., Rixdorf, Brückengasse 6b.

Kaufhaus für Schuhwaren, Klein, A., Gr. Frankl-Str. 141.

Littauer, S., am Ringbahnhof, Lucke, Herm., Waldemarstr. 63.

Oderwisch, F., Köttb. Damm 102, Oesterling, O., Gröbner Weg 197.

Ortmann, Rich., Al-Böschung 44, Pfandhelfe, Petersburgerstr. 27.

Räsen, Saalheim, F., R., Hermannstr. 22.

Schreier, J., Köttbuserdamm 40, Salomon, J., Petersburgerstr. 40.

Schuhhaus Böhm, Rosenthal-Str. 55.

Schuhwarenhans des Westens, Schiller, Wilh., Schick-Allee 10-11.

Stolz, F., Warschauerstr. 82, Tauscher, E., Wilkes, Kneipstr. 61b.

Tugendreich, Alte Schönstr. 29, Wegner, R., Rixdorf, Brückengasse 6b.

Winter, H., Schönhauser Allee 61, Zastrow, E., R., Berlinerstr. 71/72.

Stoll, Mark, Leander, Brunsstr. 17.

Schuhwarenhans „Hannes“, Gr. Frankl-Str. 117, a. G. Andr.-Str.

Selken, Gustav Gumbel, Kantstr. 64, Molemlerstr. 49a.

John, A., Alle Haushaltungsart., Salfen-Prakt., Brunsstr. 114.

Hugo Joske, Salfen-Prakt., Brunsstr. 114, Frau W., Kalk-Str. 2, H. 46.

R. Semrau, Wrangelstr. 118, Fücklerstr. 25, Eisenbahnstr. 20.

Teppiche u. Gardinen, Frankenstein & Co., R., Bergstr. 149.

Graff & Heyn, Wilmersdorfer, Straße 118/119.

Trauer-Magazin, Westmann, Mohrenstr. 37 a, Gr. Frankl-Str. 115.

Uhren u. Goldwaren, Abel, Goltzstr. 30.

Oscar Adolph, Charl., Krummest. 29, Art, Herm., Manteuffelstr. 114.

Joh. Beggerow, Charl., Tegl. Weg 108, J. Behrendt, Wrangelstr. 52.

G. Bohm, Charl., Tauroggr. Str. 48, Otto Brauer, Müllerstr. 164.

Briese, Ernst, R., Berl.-Str. 61, Bürger, Jul., Müllerstr. 42.

David, Max, Brunnenstr. 42, George, Adolph, Badstr. 65.

Georg, Chr., Nettelbeckplatz, Grotzke, C., Fücklerstr. 25.

Grommies, P., Andressstr. 29, Ernst Hanke, Brunnenstr. 28.

J. Herzig, Charl., Festplatzstr. 81, H. Hirschfeld, Rosenstr. 26, Leipzig.

Höppner & Kaempfl, Köttb. Damm 35, Martin Klein, Neue Hohestr. 28.

Kalchauer, W., Frft. Chaussee 81, J. Körner, Reinickd., Markt 14a.

Lehmann, Ad., Frankl-Allee 40, Lehmann, Wilh., Köttb. Damm 23.

Lewin, Adolf, Linden, Magel, Berlinerstr. 83.

Lux, Carl, N., Chaussee 41, Mildt, A., Charl., Krummest. 14.

Nahr, Gust., Gr. Frankl-Str. 91, Nolte, Karl, Simon-Dachstr. 11.

Osterloh, M., Gr. Frankl-Str. 126, Pfandhelfe, Petersburgerstr. 27.

Quitzow, Joh., Müllerstr. 1a, Rampmalor, F., Skalitzerstr. 22.

Rapp, Chr., Wellenau (am Adolst. 157, Rudolph, H., Rixdorf, Brückengasse 6b.

Joh. Schallau, Schick-Allee 15 a, Ter. Schönmann, G., R., Berl.-Str. 78.

Schrader, Otto, Frft. Chaussee, Nr. 8, Rich. Schramm, Turmstr. 22.

Schroth, Emil, Köttb. Damm 101, P. Schuch, Charl., Knobelsd. Str. 45.

Schulz, Osw., Frankl-Allee 24, Schumacher, O., Tegl. Berl.-Str. 5a.

St. Stolz, Chaussee 52, Carl Sturm, Drossdnerstr. 134.

Sturm, Erich, Tegl. Hermsd.-Str. 22, Paul Trunk, Charl., Spand.-Str. 32.

Tybbe, Alfred, Falkensteinstr. 4, Truxa, W., Frankl-Allee 188.

Ueckermann, G., Landab.-Str. 98, Ulbrich, Friedr., Brunnenstr. 187.

Otto Wartig, Triftstr. 3, Otto Weber, Bollermannstr. 92.

F. Wenig, Müllerstr. 28, Pappel-Allee, Nr. 3-4.

Willner, Hans, Rosenth.-Str. 63/64, Winkler, W., Reinickend.-Str. 22.

Wittig, Ad., Berlinerstr. 44, Wolter, M., R., a. Hft., Hermannstr. 106.

Wüstensy, O., Brunnenstr. 106, J. Wutke, Karl, Triftstr. 7.

Koenbecke, A., E. Reparat., Weidenburg-Str. 23, Lieber, N., Yorkstr. 37, am Hft.

Max Blumenreich, Str. 1, Brunn, Nachf., Allee 194.

Warenhäuser, David, L. S., Sim.-Dachstr. 42.

Loewenberg & Co., am Ballonplatz, Pinks, Paul, Simon-Dachstr. 34.

Warenhaus M. Hirsch, Spandau, Weiss, H. & Co., Rammelsberg, Triftstr. 17.

A. Weiss & Co. Nachf., Schöneberg, Hauptstr. 11.

Waschmittel, Verlangen Sie „Edelweiß“.

Krone aller Waschmittel, Bettinger, Eug., Wald-Ecke, Wkldf.

Denhardt & Schultze, Brunnenstr. 12, Grodd, J., Zor-Sonne, P. Freudenberg.

Krüger, Brunnenstr. 188, Karl-Allee 4, Merten, Louis, Belle-Alliancestr. 19.

Reins, Rieb, Fritz, R., Hermannstr. 5, Scholz, Otto Alb., Frankl-Allee 156.

Schwendy, H., Rosenthalerstr. 67, Sello, Hermann, Stadtf. Fil.-Lll.

Einzelverkauf u. Engrosprosen, auch Likör- u. Säfte, auch Likör- u. Säfte, auch Likör- u. Säfte.

Ignatz Sello, Weiche, W., Hermannstr. 160, Wendig, Herm., Eilanserstr. 11.

Wermuth, Oswald, Kottbus-Str. 1, Wolf, Wollw., Trikot, Chaussee 67.

Boeldicke, Max, Strpf. u. Trikot, Bredow, Otto, H. Hermannstr. 54.

Engel, R., Ecke Forststr., Carlivers, Schöneb. Hauptstr. 54.

Graff & Heyn, Wilmersdorfer, Straße 118/119, Jonas, Hermann, Stadtf. Fil.-Lll.

Juncker, H., Rixdorf, Brückengasse 6b, Kaufh. Kattki, R., Kalk-Str. 81/83.

Kaufhaus London, R., Bergstr. 47, Kiehn, H., Reichbergstr. Str. 129.

Kaufhaus Levy, F., R., Hermannstr. 52, Pflaum, Gebr., Friedrichstr. 205.

A. Radloff, Reinickd., Markt 14a, Raelmer, C., Andreasstr. 69.

Strom, Lina, Reichbergstr. 31, Schenow, Carl, Gries- u. Carst. 19.

Tichauer, S., R., Hermannstr. 51, A. Tschage, Eilanserstr. 11.

Weber & Heynacher, Gr. Frankl-Str. 91, Wollhaus Lucas, Rixdorf, Brückengasse 6b.

Zahn-Atelier, Beyer, R., Rixdorf, Brückengasse 6b.

Hollbruch, Herm., Tackelstr. 171, Jordan, Alfr., Fennstr. 61, geg. 1828.

Lüdecke, Franz, Grolfau-Str. 21.

11. Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie

Ziehung vom 20. Mal, vormittags.

Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

10 49 50 (1000) 124 848 416 (1000) 1317 493 99 523

11 23 203 78 320 548 (1000) 780 864 12004 (1000) 384 312

12 1123 203 78 320 548 (1000) 780 864 12004 (1000) 384 312

13 1000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

14 1000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

15 1000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

16 1000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

17 1000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

18 1000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

19 1000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

20 1000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

21 1000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

22 1000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

23 1000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

24 1000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

25 1000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

26 1000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

27 1000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

28 1000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

29 1000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

30 1000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

11. Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie

Ziehung vom 20. Mal, nachmittags.

Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

100 000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

100 000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

100 000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

100 000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

100 000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

100 000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

100 000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

100 000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

100 000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

100 000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

100 000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

100 000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

100 000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

100 000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

100 000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

100 000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

100 000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

100 000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

100 000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

100 000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

100 000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

11. Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie

Ziehung vom 20. Mal, nachmittags.

Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

100 000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

100 000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

100 000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

100 000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

100 000 222 222 222 222 (1000) 222 222 222 222 (1000) 222 222

100 000 222 222 222 222 (1000)

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt. Sonntag, den 22. Mai cr. bei Julius Meyer, Driemstr. 103: Wahlmorgen für Zeitungsdrucker- und Nacharbeiter. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Referat des Kollegen Gustav Fuß über: „Deutschlands Weltpolitik“. Guten Besuch erwarten Die Vertrauensleute.

Stralau. Am Sonntag, den 22. Mai, früh 8 Uhr, findet in allen Bezirken eine Extra-Zusammenkunft sämtlicher Genossen statt. Die Bezirksleitung.

Vorsigwalde-Wittenau. Heute Sonnabend, abends 7 Uhr: Handzettelerbreitung von den bekannten Lokalen aus. Morgen Sonntag: Öffentliche Versammlung in Wittenau. Treffpunkt der Vorsigwalder Genossen nachmittags 3 Uhr bei Billeker und Kelm.

Bezirk Cranienburg. Sonntag nachmittags 5 Uhr findet im Lokal von E. Schumann unsere Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht und Abrechnung der Kommissionsmitglieder. 2. Parteiangelegenheiten. Die Bezirksleitung.

Spandau. Die für Sonntag in Aussicht genommene Flugblattverbreitung fällt Umstände halber aus.

Neuenhagen und Umgegend. Zu der am Sonntag, den 22. Mai, in Neuenhagen stattfindenden Volksversammlung findet am Sonnabend und Sonntag eine Handzettelerbreitung statt. Die Genossen werden ersucht, dieselben von den Bezirksführern zu entnehmen.

Heinersdorf-Beifensee. Die zum Sonntag, den 22. Mai, anberaumte öffentliche Versammlung findet an diesem Tage nicht statt. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Zur Hygiene der Sonntagsausflüge.

In den Nachmittagen der beiden Festtage sind zahllose Ausflügler durch heftige Gewitter in unerwünschter Weise erfrischt worden. Dabei wäre es leicht genug gewesen, dem Unwetter zu entgehen. Wer auch nur recht wenig Wetterkunde im Leibe hatte, konnte diese Gewitter mit ziemlicher Sicherheit vorhersehen. Dennoch konnte man beobachten, wie erst die Nachmittagszüge ungezählte Scharen in den Grunewald und andere Wälder ausspion, die ungewollterweise geradezu in das Unwetter hineinfließen, das bei der Befolgung der Regel: früh hinaus und früh zurück! so leicht zu vermeiden gewesen wäre. Aber diese Regel wird von einem sehr großen Teile der Bevölkerung nicht beachtet zugunsten einer anderen, nach der zunächst die Abholzung eines regelrechten Mittagessens gerade an Festtagen die Hauptsache sein soll. Sehr viele sind auch der Meinung, daß der menschliche Organismus „seine Ordnung“ haben müsse und diese beim Auslassen eines Mittagessens unwiederbringlich in die Brüche gehen müsse. Diese Auffassung mag für Kranke und Leidende ihre Berechtigung haben, für auch nur halbwegs Gesunde ist dagegen das gerade Gegenteil richtig! Man lese nur, was ein englischer Arzt, der noch im Alter von über 80 Jahren mit Leichtigkeit anstrengende Reisen unternahm und daher sicher etwas von seinem Metier verstand, in dieser Hinsicht einst schrieb:

„Wer sich noch einer leidlich kräftigen Gesundheit erfreut, sollte wöchentlich einmal einen größeren Marsch von vier bis sechs Stunden Dauer machen. Der Nutzen eines solchen Marsches ist besonders groß, wenn man während dessen nur eine geringe Menge Nahrung und Trank zu sich nimmt. Ein Butterbrot und ein Apfel oder eine Orange sollten genügen. Ein derartiger Marsch führt zu einem Gewichtsverlust von 2-7 Pfund und zwar werden fast nur Wasser und einige Salze (durch Haut und Nieren) ausgeschieden. Der gleichzeitige Verlust von Flüssigkeiten verbunden mit dem Mangel an Zufuhr führt zu stärkerer Ausscheidung von verbrauchten Stoffen und macht die Gewebe geeigneter, neue Nahrung aufzunehmen. Der Gewichtsverlust gleicht sich gewöhnlich nach 2-3 Tagen aus.“

Man mache nur die Probe, gehe in der Morgenluft fort, wenn das Gras noch im Tau schimmert und die Vögel am lustigsten singen, mache sich durch eine oder ein paar Klappstullen und etwas Obst unabhängig vom Wirtshaus und wandere ein paar Stunden dahin, ehe die schwüle Luft des Nachmittags einsetzt, die mit ihrer Gewitterdrohung auf einen mit vollbesetztem Magen dahinschleichenden und Schweiß vergießenden Menschen doppelt unerquicklich wirkt. Das Rezept braucht nicht buchstäblich befolgt zu werden, denn die Einseitigkeit ist immer vom Uebel. Jeder probiere das für ihn Geeignete aus und zahllose Erholungsbedürftige könnten sich dann ihre Ausflüge so gestalten, daß sie einen wirklichen Gewinn für ihre Gesundheit dabei erlangen und das Mittagessen an den folgenden Tagen um so schonungsloser bearbeiten können.

Radsahrerkarten als Postsendung. Die Radsahrerkarten, die von der Polizei ausgestellt werden, enthalten in der Regel eine Beschreibung der Person des Inhabers sowie dessen Unterschrift. Nach den Ausführungsbestimmungen zur Postordnung sind sie deshalb als ausreichender Ausweis für die Berechtigung des Inhabers zur Entgegennahme postlagernder Sendungen anzusehen. Natürlich muß die Person des Besizers mit der Beschreibung auf der Karte und seine Unterschrift mit der Unterschrift darauf übereinstimmen. Auch dürfen selbstverständlich keine Zweifel über den rechtmäßigen Besitz der Karte bestehen. Von einigen Polizeibehörden, besonders in Schlesien werden aber auch Radsahrerkarten ausgestellt, die keine Beschreibung der Person noch auch die eigenhändige Unterschrift des Inhabers tragen. Das Reichspostamt hat jetzt ausdrücklich die Postanstalten darauf hingewiesen, daß derartige Karten ohne Personalbeschreibung und Unterschrift nicht als hinreichender Ausweis für die Entgegennahme von postlagernden Sendungen betrachtet werden können.

Das Entmündigungs-Strafvergehen.

Zu welchen Mitteln preussische Gewalttäter ungeniert greifen, um ihre an Verbrechen grenzenden Ziele durchzusetzen, haben wir ja im Falle jenes geisteskranken Russen gesehen, der gewissenlos den russischen Denkmälern mit Unterstützung einer Irrenanstalt, noch dazu einer solchen der „liberalen“ Berliner Stadtverwaltung, ausgeliefert wurde. Ueberhaupt ist schon seit einer Reihe von Jahren bei der politischen und wirtschaftlichen Halsabschneiderei der Irrenanstaltsunverfennbar. Die Fälle von widerrechtlichen oder wenigstens unbedeutend langen Festhaltungen im Irrenhause mehren sich in erschreckender Weise. Forcht man den Einzelfällen näher nach, so ergibt sich auffallend häufig, daß die Internierung solche Personen betrifft, die mit staatlichen Organen ein Bündnis zu schließen hatten und in der Verteidigung ihrer wirklichen oder vermeintlichen

staatsbürgerlichen Rechte kein Blatt vor den Mund nahmen. Wo man aber doch noch nicht die Freiheitsberaubung wagen kann, hat der Staat sich immer mehr ein außerordentlich bequemes Mittel angewöhnt, um seinen Widersachern ein Schloß vor den lauten Mund zu legen: Psychiater und Entmündigungsrichter werden kommandiert. Schließlich hilft noch die Polizei.

Auf unseren Redaktionstisch flogen allmonatlich diese Aktenstücke über Entmündigungsurteile, die von den Entmündigten als staatliche Gewalttate bezeichnet werden. Begreiflicherweise können wir nur höchst selten irgendeinen bestimmten Fall von prinzipieller Bedeutung näher erörtern. Liegt man diese natürlich mit amtlichen Originalschriften belegten Akten durch, so ergibt sich fast stets ein sehr charakteristisches Moment: Die betreffenden, in ihren Rechten schwer benachteiligten Personen haben es nicht verstanden, die in solcher Lage ganz besonders nötige Ruhe zu bewahren. Anfangs vollständig im Recht, wollten sie mit dem Kopf durch die Wand und begingen nun in begreiflicher, aber unvorsichtiger Erregung irgendeine oder mehrere Dummheiten, aus denen ihnen amtlicherseits mit Vergnügen ein Strick gedreht wird. Doch diesen Erregungsschwüppern, die dem so oft vernünftigsten und geistesstärksten Menschen, wenn ihm die Galle ins Blut steigt, passieren können, konstruieren dann die Psychiater mit der bekannten Findigkeit eine geistige Störung, mit Vorliebe unter der Spezialmarke „Duculantenwahn“, und nun gehört nicht mehr viel dazu, um die Entmündigung auszusprechen. Gibt der Entmündigte dann noch keine Ruhe, so hält man ihm das Schreckgespenst des Irrenhauses dicht vor die Nase oder läßt ihn mit Hilfe der Polizei gleich nach dem psychiatrischen Sibirien verschicken. Wer es mit seinem Gelbbeutel ausföhlich machen kann, klagt vielleicht noch geraumer Zeit auf Wiederentmündigung. Aber nur selten tritt Erfolg ein, weil ja die Behörde ein Interesse daran hat, den „Duculanten“ fest am Gängelbunde zu halten. Psychiater, die ihre Wissenschaft verbürgen und zu allen möglichen Gefälligkeiten gegen unsere Behörden bereit sind, finden sich in Preußen leider massenhaft.

Die Zahl der Geisteskranken ist in einer so erschreckenden Weise gestiegen, daß in dem vor einigen Monaten zur Beratung des Etats der städtischen Irrenanstalten eingesetzten Staatsauschuss gemeint wurde, wenn es so weitergeht mit der Steigerung der Zahl der Geisteskranken, dann sei es doch besser und vor allem billiger, man sperre die paar Befunden ein.

Es wäre natürlich verfehlt, die Ursachen der großen Zahl der Geisteskranken lediglich auf die Praxis der Psychiater zurückzuführen. Zahlreiche Gründe, nicht zuletzt solche sozialer Natur, tragen hierzu bei.

Für pingelnde Pädagogen

wurde in Berlin vor einigen Jahren der Lehrerschaft unserer Gemeindeschulen von der Schuldeputation ein Merkblatt über die Gefahren der Prügelstrafe gewidmet. Die Schuldeputation wollte besonders die Anfänger im Lehrberuf warnend darauf hinweisen, daß ein Prügel nur zu leicht ein Kind an seiner Gesundheit schädigen und schwere Schuld auf sich laden kann. Wir wissen nicht, ob jenes Merkblatt heute in den Gemeindeschulen Berlins noch Geltung hat oder ob es bereits wieder im Staub der Akten untergegangen ist. Wir glauben aber, daß wir der Schule und auch der Familie einen Dienst erweisen, wenn wir es immer wieder in Erinnerung bringen und immer wieder an Einzelfällen zeigen, wie sehr es beachtet zu werden verdient.

Aus der 269. Knaben-Gemeindeschule (Sonnenburger Straße) wird uns ein solcher Fall mitgeteilt. Ein sechsjähriger Knabe D., der zu Ostern d. J. schulpflichtig geworden und in die 209. Schule aufgenommen worden war, wurde zunächst der Klasse VIII des Lehrers Franzmeyer überwiesen. In den ersten Tagen bemerkten die Eltern, daß der Knabe in vergnügter Stimmung aus der Schule heimkehrte und sie gewannen den Eindruck, daß er nicht ungern am Unterricht teilnahm. Leider blieb er nur eine Woche in dieser Klasse. Zu Beginn der zweiten Woche wurde er einer anderen Klasse VIII zugewiesen, deren Leitung einer Lehrerin Schröter übertragen war. Diese Klasse war eine „fliegende“, die bald in diesem, bald in jenem Zimmer Obdach nehmen mußte und an den einzelnen Wochentagen zu verschiedenen Zeiten, am frühen Morgen oder erst gegen Mittag oder gar erst am Nachmittag und bis in den Abend hinein, ihren Unterricht hatte. Schon dieser Umstand, der für das Kind eine störende Unordnung und Unruhe in das Schulleben wie in das Familienleben hineintrug, schien ungünstig auf die Stimmung und auch auf den Gesundheitszustand einzuwirken. Noch ungünstiger aber war die Wirkung der Unterrichts- und Erziehungsmethode, die die Lehrerin gegenüber diesem eben erst eingeschulten Knaben für zulässig hielt. Nach wenigen Tagen schon kam der Knabe nach Hause mit der Meldung, er sei von Fräulein Schröter geschlagen worden, sie habe ihm einen Stockhieb über den Hintern gegeben, weil er eine Arbeit nicht recht gemacht hätte. An dem nächsten Tage oder einem der nächsten Tage brachte er wieder die Meldung beim, daß die Lehrerin ihn geprügelt und zwar diesmal auf die Hand geschlagen habe, weil er irgend etwas verlesen hätte. Es ist nicht möglich, heute noch einwandfrei festzustellen, wie weit diese Angaben eines Sechsjährigen, in dessen Vorstellung naturgemäß manches durcheinanderläuft, sich mit dem Sachverhalt decken. Die Eltern versichern uns aber, daß der Kleine ihnen bei der Heimkehr durch sein gebrechtes und verärgertes Wesen aufwies, so daß seine Mitteilungen ihnen durchaus glaubhaft schienen. Frau D. ging am folgenden Tage zur Lehrerin und bat, das Kind nicht zu schlagen. Fräulein Schröter antwortete: „Das können Sie doch nicht schlagen nennen!“ Ihr selber galt das nur als eine freundliche Aufmunterung, der kleine D. aber hatte es als Schläge ausgefaßt. Und er blieb bei dieser Auffassung; denn in der nächsten Woche brachte er, verwirrt aus der Schule heimkehrend, wieder die Meldung mit, daß er vom Fräulein geschlagen worden sei. Die Mutter fügte sich diesmal in das anscheinend Unabhängigkeit und unterließ es, erneut bei der Lehrerin gegen ihre Aufmunterungsmethode vorstellig zu werden.

Erläute Wochen gingen hin, da wurde Frau D. von Fräulein Schröter durch Benachrichtigung ersucht, einmal zu einer Unterredung nach der Schule zu kommen. Fräulein Schröter fragte sie, was eigentlich dem Knaben fehle, er könne ja nicht stillstehen. Frau D. wählte keine Auskunft zu geben, aber der Schularzt, der nun auf Veranlassung der Lehrerin um Rat gebeten wurde und das Kind untersuchte, belehrte die Mutter, daß sich da ein Weistanz entwickele. Die Eltern ließen das Kind, das inzwischen vom Unterricht auf mehrere Wochen dispensiert worden war, noch durch einen anderen Arzt untersuchen, und auch der erklärte, es bilde sich ein Weistanz aus. Rummel ging Frau D. nochmals zur Lehrerin, um ihr das Ergebnis mitzuteilen. Als sie dabei sagte, daß die Lehrerin das Kind geschlagen habe, wählte Fräulein Schröter ebenfalls ab, sie habe es nicht geschlagen. Zu ihrer Verteidigung berief sie sich auf das Zeugnis der ganzen Klasse — und ihr widersprach keiner dieser Sechsjährigen, deren Urteil dem Fräulein Schröter anscheinend als zuverlässig gilt. Erst als Frau D. veranlaßte, daß speziell ein ihr bekannter Knabe befragt wurde, ob ihr Sohn geschlagen worden sei, kam die Antwort: „Ja“. Fräulein Schröter erklärte jetzt, das werde wohl nicht schlimm sein, was sie den Kindern tue, und dabei blieb sie.

Nicht durch Fräulein Schröter selber kann entschieden werden, ob das „schlimm“ ist, was sie den Kindern tut. Dringend ist zu wünschen,

daß die Schuldeputation dieser Angelegenheit näher tritt und sie untersucht. Sie hat das allerdings nicht nötig, wenn nicht die Eltern ihr eine Beschwerde einreichen. Fräulein Schröter soll noch eine sehr junge Dame sein, vermutlich ist sie noch gar nicht fest angeheiratet. Sie ist wohl der Meinung, daß man unter „Schlagen“ nur schwere Abstrafungen zu verstehen hat. Die schwere Abstrafung eines sechsjährigen Kindes, das eben erst in die Schule eingetreten ist, würde — nehmen wir an — auch ihr als eine Brutalität erscheinen, die lediglich Schäden stiften kann. Sie selber läßt sich daran genügen, nur „aufzumuntern“, und das findet sie nicht „schlimm“. Doch auch Aufmunterungen von der Art, wie Fräulein Schröter sie für nötig hält, sollten selbst der Schuldeputation, die keineswegs grundsätzlich sich gegen Prügelstrafe ausgesprochen hat, als unzulässig gelten. Gegenüber den eben eingetretenen Schulkreuzen, die selbstverständlich noch nichts können, noch nicht recht aufpassen und sich noch nicht nach Wunsch in die Schulordnung einfügen, sind Aufmunterungen mit dem Stock unter allen Umständen ein so schlimmer Mißgriff, daß auch die widerberichtigte Schulverwaltung hiergegen einschreiten sollte. Im vorliegenden Fall handelt es sich um ein Kind, bei dem nach der Ansicht zweier Ärzte ein Weistanz sich ausgebildet. Gerade solche Kinder können in ihrem Verhalten den Anforderungen der Schule schwer zwingen — und gerade sie sind besonders empfindlich gegen verhängnisvolle Aufmunterungen. Es ist nur zu wahrscheinlich, daß dem bedauernswerten Jungen die paar Wochen des Schulbesuchs verhängnisvoll geworden sind und die Entwicklung seines Leidens beschleunigt haben. Fräulein Schröter wußte nicht, was für ein Kind da vor ihr saß. Möge sie es mit sich selber abmachen, ob sie deshalb sich frei von jeder Verantwortung fühlen will.

Wir haben es für unsere Pflicht gehalten, diese Angelegenheit öffentlich zu besprechen. Es ist nötig, daß derartige Vorkommnisse weitesten Kreisen der Eltern und auch der Lehrerschaft bekannt werden. Allen, die es angeht, rufen wir aus dem erwähnten Merkblatt für Prügel die folgenden Sätze als Warnung für Schule und Familie ins Gedächtnis:

„Die Zahl der schwächlichen, blutarmen und nervösen Kinder ist in Gemeindeschulen verhältnismäßig hoch. Eine an sich sehr mäßige Züchtigung, die einem kräftigen Knaben keinen Schaden zufügt, wird bei einem geschwächten oder nervösen Knaben schwere körperliche oder seelische Störungen veranlassen können. . . . Vielleicht noch wichtiger sind die Störungen seelischer Natur, welche man an Kindern beobachtet hat, die von ihren Lehrern sehr streng behandelt, auch bei geringen Verfehlungen oder gar bei Irreführungen, die durch mangelnde Begabung veranlaßt sind, streng getadelt und körperlich gestraft wurden. Bei Kindern, die ein schwaches Nervensystem haben, die aufgeregt, reizbar oder sehr empfindsam sind, veranlaßt eine solche Behandlung Erscheinungen schwerer Neurosen oder physischer Depression, mehr oder weniger ausgesprochener Melancholie. Es kommen alle Grade und Formen der Nervenschwäche zur Beobachtung: Kopfschmerz, Schlaflosigkeit, Zittern, übertriebene Kneiflichkeit bisweilen sogar Selbstmord.“

Christlichsozial und braune Lappen.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ bringt in seinem Heiratmarkt folgende Annonce, die wieder einmal zeigt, daß man stramm „christlich“ sein und doch dem Mammon huldigen kann:

Der Mai ist gekommen, der Weltuntergang nicht; drum wünsch' ich mir ein Weibchen: jung, herzlich, treu und schid. Hab' 50 000 Mark' und 6000 Solar; hat's Bräutchen auch braune Lappen, wird's Heiraten nicht schwer. Oberbeamter, christlich-sozial, gediegen. Verschwiegener Briefwechsel Postlagerkarte 1. Sende.

Wenn man „christlich-sozial“ ist und neben einem Einkommen von 6000 M. noch 50 000 M. besitzt, mütet es uns „Andersien“ sehr christlich an, daß die glückliche Braut durchaus eine diverse Anzahl „brauner Lappen“, wie sich der „christlich-soziale“ Freier so geschmackvoll auszudrücken beliebt, mitbringen soll.

Der hummelige Unfallstationär. Der Magistrat läßt mitteilen: „Durch die Presse ging kürzlich die Nachricht, daß ein Verunglückter in einer Unfallstation eine Stunde auf ärztlichen Beistand hat warten müssen. Die mitgeteilte Unpünktlichkeit des Arztes ist in geeigneter Weise gerügt worden, wie überhaupt dauernd örtliche und telephonische Revisionen der Hilfsstation stattfinden, bei denen jede etwa zutage tretende Unpünktlichkeit ihre Rüge findet.“

Wir haben am 4. Mai über ein Vorkommnis auf der Unfallstation in der Eichendorffstraße berichtet, wonach dort ein Verletzter keinen Arzt vorfand und eine volle Stunde auf die Ankunft eines solchen warten mußte. Warum sagt der Magistrat nicht, welchen Vorfall er im Auge hat? Wir wollen hoffen, daß mehr wie bisher auf Ordnung und Pünktlichkeit auf den Unfallstationen geachtet wird.

Blumenpflege für Kinder. Um weitere Kreise der Bevölkerung für die Blumenpflege der Kinder zu gewinnen, beabsichtigt der Verein zur Förderung der Blumenpflege in der Schule im August eine allgemeine Ausstellung der von den Kindern gezogenen Blumen zu veranstalten. Für die geplante Ausstellung bewilligte der Magistrat die Gewächshäuser des Humboldthaus und eine Beihilfe von fünf-hundert Mark.

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich am Donnerstag in Weissenhof. Gegenwärtig wird eine Verbindungsstraße zwischen den Ringbahnhöfen Weissenhof und Prenzlauer Allee reguliert, zu welchem Zweck dort eine Betonmischmaschine aufgestellt ist, die von einer Lokomobile angetrieben wird. Vorgestern wurde die Maschine von dem 34jährigen Arbeiter W. bedient, der auf einer 2 Meter hohen Plattform stand. Beim Niederdrücken eines Hebels trat W. fehl und stürzte so unglücklich ab, daß er mit dem rechten Bein in das Räderwerk geriet. Bevor die Maschine angehalten werden konnte, war dem Bedauernswerten der Unterschenkel vollständig zermalm und aus dem Kniegelenk gerissen worden. In bestmöglosem Zustande wurde der Verunglückte nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht. Sein Zustand ist sehr bedenklich.

Ein Zusammenstoß zwischen einem mit 12 Personen besetzten Stremper und einem Straßenbahnzuge, der leicht verhängnisvolle Folgen hätte nach sich ziehen können, trug sich gestern abend in Hohenschönhausen zu. Eine Berliner Gesellschaft von fünf Herren und sieben Damen hatte einen Ausflug nach Hohenschönhausen unternommen und verließ gegen 11 Uhr abends auf einem Stremper ein Restaurationslokal in der Nähe des Markus-Kirchhofes. Als das Gefährt auf die Straßenbahnschienen fuhr, nahte sich mit großer Geschwindigkeit ein Straßenbahnzug und es erfolgte ein Zusammenstoß. Der Anstoß war so stark, daß der Stremper umgestürzt und vollständig umgestülpt wurde. Sämtliche 12 Insassen wurden teils in hohem Bogen auf die Straße geschleudert, teils kamen sie unter den Wagen zu liegen. Wunderbarerweise sind schwere Verletzungen nicht zu beklagen. Drei Herren hatten blutende Kopfwunden, die übrigen Personen erhebliche Hautabstrafungen im Gesicht, an den Händen und Füßen erlitten.

Heberfahren. Gestern nachmittags gegen 5 1/2 Uhr wurde in der Swinemünder Straße das dreijährige Töchterchen des Arbeiters Hapelowitz von einem schwer beladenen Steinwagen überfahren und in schwer verletzten Zustande nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht, von wo es nach Anlegung eines Rotverbandes nach dem Moabit Krankenhaus übergeführt wurde.

Von einem Postautomobil überfahren und getötet wurde gestern morgen um 7 1/2 Uhr der 24 Jahre alte Schlosser Gustav Riese aus der Dieffenbachstr. 84. Der Mann wollte vor dem Hause Wiener

Straße 25 einen Straßenbahnwagen während der Fahrt besteigen, glitt jedoch ab und kam so unglücklich zu Fall, daß er unter ein vom Östlicher Bahnhof kommendes Postautomobil geriet. Mit gebrochenem Beine und schweren inneren Verletzungen blieb der Leberfahrene bestimmungslos liegen. Schuttmänner brachten ihn nach der Rettungswache am Östlicher Bahnhof. Dort starb er aber schon während der Aufnahme. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Arbeitslosigkeit hat den 31 Jahre alten Bauarbeiter Otto Wegel aus der Bogenstr. 29 in den Tod getrieben. Wegel, ein berbeiterter Mann und Vater von drei kleinen Kindern, hatte schon seit November vorigen Jahres in seinem Beruf keine Beschäftigung mehr. Zu Anfang des Jahres und im April half er bei Umzügen. Seine Hoffnung, jetzt wieder Arbeit zu finden, ging nicht in Erfüllung. Täglich fragte er hier und da nach, aber alle seine Mühen blieben erfolglos. Schon hatte er mehrere Wirtschaftsfachen verkaufen müssen, um das Leben zu fristen. Die Miete für den letzten Monat konnte er nicht mehr bezahlen. In der Verzweiflung griff Wegel vorgestern zum Strick. Nachdem er wieder vergeblich Arbeit gesucht hatte, veranlaßte er abends seine Frau, mit den Kindern spazieren zu gehen und erhängte sich dann am Vetterposten. Bei der Rückkehr der Familie war er tot.

Ein aufregender Vorfall spielte sich am Donnerstagabend in der zehnten Stunde in der Panitzstraße ab. Dort war eine Frau vor dem Hause Nr. 18 in die jetzt ziemlich viel Wasser führende Gasse gesprungen, angeblich um sich das Leben zu nehmen. Straßenpostanten sprangen ihr nach, stießen dabei aber auf Widerstand, weshalb die Feuerwehr alarmiert wurde. Diese brachte dann die völlig erschöpfte Frau nach der Unfallstation in der Lindowstraße, wo sie geliebt und beruhigt wurde.

Ihren Verletzungen erliegen ist die Frau des Arbeiters Witt aus der Sparrstraße. Sie verunglückte am Dienstag in der Kolonie auf Charlottenburger Gelände am Bahnhof Jungfernheide beim Aufsteigen von Petroleum. Dabei hatten die Haare und vor allem die Celluloidblämme Feuer gefangen, wodurch die Arme tödliche Brandwunden davontrug.

Ein alter Schwindel wird von einer jugendlichen Gaunerin in neuer Auflage betrieben. Die Betrügerin sucht in den verschiedensten Stadtteilen Berlins Kohlenhandlungen auf und macht dort größere Vorkaufungen für angeblich in der Nachbarschaft wohnende Herrschaften. Wöglich fällt ihr ein, daß sie noch andere Einkäufe zu besorgen hat und zu ihrem Leidwesen bemerkt sie, daß sie das Portemonnaie vergessen. Sie bittet nun die Händler, ihr doch aus der Verlegenheit zu helfen und eine kleine Summe vorzuschicken. In den allermeisten Fällen gelingt es der dreisten Person auch, die Händler zu dupieren. Natürlich läßt sie sich dann nie wieder sehen.

In den Testowkanal zu Brüg sprang gestern vormittag ein unbekanntes, fein gekleidetes Mädchen; es erkrankt jedoch, bevor Hilfe zur Stelle war. Als man die Lebensmüde landete, gab sie noch einige Lebenszeichen von sich. Die angeordneten Wiederbelebungsvorläufe erwiesen sich als erfolglos. Die Ertrunkene ist ungefähr 20 bis 24 Jahre alt, 1,75 Meter groß, hat dunkle Augen und trägt einen schwarzen Rock, eine blauweiße Bluse mit einem weichen Einsatz, neue, schwarze Schnürschuhe und goldene Ohrringe. Sie hatte eine Monatskarte für die Ringbahn, die auf den Namen Elise Wolf ausgestellt war, bei sich. Ihr Taschentuch war A. S. gezeichnet. Die Leiche verblieb in Brüg.

Als Leiche wiedergefunden wurde der 20 Jahre alte Arbeiter Fritz Müller aus der Rollendorferstr. 10, der seit den Feiertagen verschwunden war. Seine Leiche wurde gestern unterhalb der v. d. Heidebrücke aus dem Landwehrkanal gezogen.

Tanzende Gemälde betitelt sich eine Robitität, die Madame Ellinor am Donnerstag in einer Generalprobe vor einem geladenen Publikum in den Räumen des Wolhalla-Varietés-Theaters erstmalig vortrat. Auf der Bühne sind drei Gemälde aufgestellt, die „Madame Pompadour“, „Strandbühne“ und „Die Sünde“ darstellen. Nach einer Dunkelprobe erwachen die Gemälde zum Leben und aus dem Rahmen der Gemälde tritt Ellinor, die durch ihre eleganten Bewegungen zeigt, daß sie die Tanzkunst meistert. Das tritt besonders bei der Darstellung „Der Sünde“ in Erscheinung, wobei die Tänzerin mit einer lebenden Schlange Lide und Sinnlichkeit markiert.

Das Bernhard-Rose-Theater hat gestern seine Sommerjaison im Garten eröffnet.

Vorort-Nachrichten.

Mariendorf.

Ein würdiges Dokument der christlichen Pietät und Nächstenliebe gab die hiesige Kirchengemeinde anlässlich des Begräbnisses des 14jährigen Sohnes eines Arbeiters. Da Mariendorf keinen Gemeindefriedhof besitzt, müssen alle Verstorbenen auf dem Friedhof der Kirchengemeinde beerdigt werden. Bei allen Trauerfeierlichkeiten auf dem Kirchhof hat der Kirchenrat zu bestimmen, ob die Feiern feierlich abgehalten werden darf oder nicht. Der Vater des Verstorbenen wandte sich aus diesem Grunde an den Herrn Pfarrer Meyer mit dem Ersuchen, daß der Arbeiterverein am Grabe seines Sohnes zwei Lieder singen dürfe. Auf Grund seiner Anschauung verzichtete er natürlich auf die Teilnahme des Geistlichen an dem Begräbnis. Der Herr Pfarrer beanstandete erst einmal ein Lied, welches unter keinen Umständen gesungen werden dürfe und entließ dann den Betreffenden mit dem Bemerkten, daß er dem Kirchenrat unterliehe und dieser erst die Sache prüfen müsse, ehe Bescheid gegeben werden könne. Bis zum Begräbnistag unterblieb der Bescheid. Erst als die Eltern mit den Leidtragenden am Eingang des Kirchhofes zum Begräbnis erschienen, wurde dem Vater folgender Brief übergeben:

„Sehr geehrter Herr Leib! Erst jetzt kann ich Ihnen Antwort geben, da es heute nicht gelang, den Kirchenrat zu einer Sitzung zusammen zu bringen. Leider kann das Singen nicht gestattet werden. Nach unseren Bestimmungen gelten alle Begräbnisse, bei denen kein Geistlicher mitgeht, als sogenannte „Nisse Leichen“. Diese müssen auch still vollzogen werden, d. h. es darf nicht gekläutet, am Grabe nichts gesprochen, das Harmonium nicht gespielt und auch nicht gesungen werden. Der Gemeindefriedhof ist an die Friedhöfe und Begräbnisbestimmungen gebunden und kann keine Ausnahme machen. Er muß nach den geltenden Bestimmungen zu einem abledenden Bescheid kommen. Politische Erwägungen, das sei ausdrücklich betont, haben nicht mitgesprochen. Der Gemeindefriedhof, gez. Meyer.“ Der Brief zeigt so recht, wie wenig die Kirche auf Andersdenkende Rücksicht nimmt.

Weil die Eltern des Verstorbenen auf kirchlichen Weisand verzichteten, sollte der Sohn unter die Erde gebracht werden, wie man sonst namenlose beerdigt. Auch das Aeden am Grabe war untersagt. Als ein Angehöriger der Firma, bei welcher der Verstorbene lernte, bei der Kranzüberbringung einige Worte sprach, fuhr der Totengräber barisch dazwischen. Bereits am Eingang des Kirchhofes verlangte derselbe Mann die Entfernung einer roten Schleife vom Kranz. Er stellte das Ansuchen, die Schleife auf die Straße zu werfen. Diese Maßnahme rief bei den Teilnehmern natürlich große Empörung hervor.

Schuld daran, daß sich Andersdenkende so behandeln lassen müssen, trägt die Gemeinde, die bisher verfahren hat, einen eigenen Friedhof zu schaffen. Die christliche Toleranz muß natürlich zur Folge haben, daß immer weitere Kreise der Kirche den Rücken kehren.

Charlottenburg.

Neuer Spielplatz für Charlottenburg-Westend. Das Bedürfnis nach einem großen Spielplatz in Charlottenburg, auf dem Schulen und Vereine in größerer Anzahl gleichzeitig spielen können, und der auch genügend Platz zur Veranstaltung des alljährlich stattfindenden

Spielfestes bietet, ist seit langen Jahren sehr dringend. Die Verhandlungen mit dem Forstsektor über die Schaffung eines Spielplatzes im Grunewald haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Der Magistrat schlägt deshalb der Stadtverordnetenversammlung die Herrichtung eines rund 20 Morgen großen Teils des Grundstücks auf Westend neben den Berliner Wasserwerken und den Kirchhöfen der Lüssen- und der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnisgemeinde zu einem großen Spielplatz vor. Das in unmittelbarer Nähe der Stadt gelegene, mit guten Verkehrsverbindungen versehen und für diesen Zweck ausreichende Grundstück erstreckt sich in einer Länge von 870 Meter und in einer Breite von 115 Meter von der Spandauer Chaussee nach Norden bis fast zur Berlin-Hamburger Eisenbahn. Für den Spielplatz wird der hintere Teil des Grundstücks in einer Längenausdehnung von 450 Meter zur Verfügung gestellt. Die Herstellungskosten für Planierung des größeren Teils und Ausschüttung einer Kiesfläche, werden sich auf 65 000 M. belaufen.

Schöneberg.

Der Schöneberger Magistrat beschloß, gegen die Straßenbahngesellschaft wegen Durchbrechung des Zehnpsennigtarifs auf vier Schöneberger Gebiet durchquerenden Linien Klage zu erheben. Eine weitere Klage betrifft die Verlingerung der Großen Berliner zum Ausbau der verlängerten Martin-Luther-Straße bis zur Hauptstraße, wogu sie kontraktlich verpflichtet ist. Endlich soll auch der Einspruch der Straßenbahn gegen die geplanten Oberleitungsomnibusse im Klagewege angefochten werden.

Bei einem bedauerlichen Unfall hat gestern abend der Mechaniker Wilhelm Graf, Feurstr. 61, den Tod gefunden. G. hatte mit einigen Freunden eine kleine Radtour unternommen. Er war noch nicht ganz sicher auf dem Rade und als er auf der Heimfahrt die Martin-Luther-Straße passierte, geriet er so unglücklich mit der Maschine an ein entgegenkommendes Postenautomobil heran, daß er unter die Räder stürzte und auf der Stelle totgefahren wurde.

Nieder-Schöneweide.

Das Opfer eines schrecklichen Unglücksfalles wurde der Fabrikarbeiter Hermann Bahr, der in den Schönefelder Messingwerken tätig war. Als Bahr vorgestern an der Blechschneidemaschine zu tun hatte, kam er der Schneide zu nahe und im nächsten Augenblick drang ihm scharfes Stück Blech tief in den Hals hinein. Blutüberströmend brach der Verunglückte zusammen. Er wurde nach Anlegung von Rotverbänden nach dem Krankenhaus gebracht.

Weißensee.

Nach dem Bericht des Gemeindefarztes für das Jahr 1909/1910 hat derselbe im Laufe des Jahres 589 Besuche gemacht; konsultiert wurde der Arzt 837 mal. In der Säuglingsklinik, die das vierte Jahr besteht, wurden 110 Kranke behandelt. Davon wurden als geheilt 70, als nicht geheilt 7 und als gebessert 8 entlassen; gestorben sind 10. Verpflegungstage waren 4502. In der Säuglingsfürsorgestelle fanden 448 Neuaufnahmen statt. Wohnungsbesuche der Schwefelwerk wurden 1725 gemacht. Die Sprechstundenfrequenz betrug 3190. Vollmilchportionen kamen 985 zur Ausgabe, trinkfertige Rationen 456. In der Tuberkulosefürsorgestelle wurden 46 Familien, 104 Männer, 179 Frauen und 197 Kinder untersucht. 88 Patienten wurden durch Ärzte gemeldet, 10 durch die Armenverwaltung und Landesversicherung, 2 durch Krankenkassen, 8 durch Privatpersonen, 2 durch andere Fürsorgestellen, 879 haben sich selbst gemeldet. Wohnungsbesuche wurden 1418 gemacht. Durch die Fürsorgestelle sind gewährt worden: Krankenlohn 1 mal, Stärkungsmittel 13 mal, Geld- und Mietzuschüsse 57 mal, Betten- und Bettstellen 17 mal. Aufgenommen wurden in Heilanstalten 26 Männer, 17 Frauen, 17 Kinder; in Erholungsstätten 2 Männer, 15 Frauen, 20 Kinder; in Krankenheimen 1 Mann, 8 Frauen, 5 Kinder; in Pflegeheimen und Landaufenthalts 5 Männer, 18 Frauen. Im Siechenhause wurden 1909/10 neu aufgenommen 30 Personen, hiervon starben 10 Personen. Der hohe Prozentsatz der Todesfälle erklärt sich dadurch, daß sehr viele Tuberkulose im letzten Krankheitsstadium eintraten. Der Gemeindefarzt hielt zweimal im Jahre vor den zur Entlassung kommenden Fortbildungsschülern Vortrag über sexuelle Vorgänge. Auch übernahm er einen Sommerkursus bei der freiwilligen Feuerwehr und bei der Genossenschaft freiwilliger Krankenpfleger im Kriege. Des weiteren übte er die Kontrolle aus beim orthopädischen Turnunterricht von 25 Mädchen und unterzog im amtlichen Auftrage die hiesigen Drogengeschäfte einer Revision. Außerdem liegen dem Gemeindefarzt die Pflichten eines Schularztes ob; über diese Tätigkeit wird in dem Bericht nichts erwähnt. Die Vielseitigkeit des Gemeindefarztes läßt leider die Vermutung aufkommen, daß gründliche Maßnahmen zur Beseitigung des sozialen Elends nicht getroffen werden können. Von dem tiefgreifenden Elend selbst sprechen die angegebenen Zahlen Wände und trotzdem blasen die bürgerlichen Gemeindefarzte zum Maßstab in der Meinung, daß der sozialen Wohltat schon viel zu viel gepflegt werde.

Spandau.

Stadtverordnetenversammlung. Nicht weniger als 45 Vorlagen der öffentlichen und 5 Vorlagen der geheimen Sitzung lagen den Stadtvätern zur Beratung vor. Es wurde natürlich nur ein geringer Bruchteil, nämlich 12 Vorlagen in der öffentlichen Sitzung erledigt, die übrigen aber wegen vorgerückter Zeit vertagt. Vorher erledigte die Versammlung noch verschiedene eingegangene Satzungen. — Für die hiesige Straßenbahn sind bereits zwei Anleihen, eine von 3/2 Millionen und eine von 1 Million aufgenommen. Jetzt soll noch die Aufnahme einer dritten Anleihe von 400 000 Mark erfolgen. Eine Ueberbreitung von 27 800 M. ist bei der Jubiläumsturnhalle gemacht worden. Diese Summe soll die Versammlung nachbewilligen. Genosse Pieper erklärte, daß er und seine Freunde keinen Pfennig für diese Turnhalle bewilligen werden, die man nur einem kleinen Teile der Bevölkerung zur Verfügung stelle, den größten Teil der Steuerzahler aber, von deren Mitteln die Turnhalle erbaut sei, die Arbeiter nämlich, von der Benutzung der Turnhalle ausschlebe. Die Vorlage wurde von der Versammlung nicht genehmigt, sondern dem Magistrat zurückgegeben, weil kein genügender Kostenschlag vorlag. Unser Bauamt zeichnet sich nämlich dadurch aus, daß bei vielen größeren Bauten keine genügenden Kostenschläge aufgestellt werden, wodurch die Stadt schon manchen Schaden erlitten hat. So geschah es auch mit dem Hallenschwimmbad, welches mit der Landbestuhlanstalt gebaut werden soll. Auch hier fehlten wie immer die speziellen Kostenschläge, trotzdem der Bau einen Kostenaufwand von circa 573 000 M. erfordern sollte. — Zu wiederholten Malen ist die erst neu angelegte Feueralarmeinrichtung von unbefugten Händen in Bewegung gesetzt und die Wehr umsonst alarmiert worden. Der Magistrat fordert 100 M., welche als Belohnung für die Ermittlung der Täter ausgesetzt werden sollen. Die Versammlung genehmigte die Vorlage. Ob's was helfen wird, ist eine andere Frage. Die Polizei muß sozialdemokratische Versammlungen überwachen, friedliche Demonstrationen verhindern, sie behält dadurch keine Zeit übrig zur Ermittlung der Täter. — Eine Aenderung der Geschäftsordnung hat der Stadtverordnetenaußschuß vorgenommen, danach sollen alle kleineren Vorlagen, Geldbewilligungen bis zu 1000 M. usw. durch den Ausschuß beraten und der Versammlung nur zur Kenntnisnahme vorgelegt werden. Mit aller Energie protestierte Genosse Pieper gegen diese Entziehung der Versammlung. Er befürwortete einen Antrag, die Versammlung erst um 6 Uhr nachmittags, statt wie jetzt um 4 Uhr beginnen zu lassen. Der Antrag wurde von der Mehrheit mit der Motivierung abgelehnt, die Stadtverordneten bekämen zu spät ihr Abendessen. Der Oberbürgermeister Kötze selbst meinte, wenn er erst um 9 Uhr abends sein Leibgericht, Weißkohl und sauren Dering äße, bekäme er großes Alibi. Die Versammlung stimmte allen Vorschlägen ihres Ausschusses zu und begab sich dadurch eines großen Teiles ihrer Rechte. Der öffentlichen folgte eine geheime Sitzung.

Jugendveranstaltungen.

Steglich. Heute Sonnabend, den 21. Mai, abends 8 Uhr, findet eine Versammlung der freien Jugendorganisation Steglich bei Wilmann, Schloßstr. 117, statt. Die erwachsene Arbeiterklasse wird aufgefordert, ihre Söhne und Töchter (bis zum 18. Jahre) in diese Versammlung zu schicken. Sonntag, den 22. Mai, finden auf dem Neuenberger Spiele statt, wogu ebenfalls Arbeiterkinder eingeladen sind.

Freie Jugendorganisation Schöneberg. Heute Sonnabend findet bei Broder, Martin-Luther-Straße 46, eine Weininger Straße eine Versammlung mit einem Vortrage des Kollegen Rühnig über Freilicht statt. Die Parteigenossen werden ersucht, ihre Söhne und Töchter auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.

Vermischtes.

Das Leichenbegängnis Eduards.

Unter großem höflichen Gepränge fand gestern nachmittag die Beisetzung des verstorbenen Königs in der St. Georgskapelle in Windsor statt. Am Vormittag wurde der Sarg in feierlichem Aufzuge von Westminster-Hall nach dem Paddington-Bahnhof überführt. Im Leichenzuge bemerkte man verschiedene Fürstlichkeiten, die zu Lebzeiten Eduards mit ihm manchmal auf sehr gespanntem Fuße standen. Der Andrang des Publikums auf den Straßen war, wie die telegraphischen Meldungen besagen, ganz enorm. Durch die Hitze, die schon am Morgen gebrüht hatte und die auch während des ganzen Tages anhielt, sind zahlreiche Fälle von Sonnenstich zu verzeichnen. Hunderte wurden ohnmächtig, so daß die Ambulanzen ständig in Anspruch genommen wurden. Vor allem hatten die Spalier bildenden Truppen in ihren schweren Paradeuniformen unter der Einwirkung der Hitze erheblich zu leiden.

Schon seit Tagen hatte eine wilde Spekulation auf Plätze, an denen der Leichenzug passieren sollte, eingesetzt. Gerüchte phantastische Preise sind für Fenster und Tribünenplätze bezahlt worden. So brachten zwei Fenster, die einen guten Blick auf die Einfahrt des Paddington-Bahnhofes bieten, über 3000 Mark. Ein Zimmer in der ersten Etage mit Ballon im Piccadilly wurde für 6000 Mark vermietet. In derselben Straße wurden für ein mäßig großes Wohnhaus für die Zeit der Ueberführung des Sarges 140 000 Mark geboten. Der Besitzer, der bessere Preise erzielen wollte, hatte das Angebot abgelehnt. Auch die Preise für Tribünenplätze, die auf den Straßen errichtet sind, waren enorm. In den letzten Tagen vor der Beerdigung war der Leichnam des Königs öffentlich ausgestellt worden. Der Andrang zu dieser Schaustellung soll ein ganz gewaltiger gewesen sein.

Schwindel en gros.

Vor einigen Tagen berichteten wir über die Schwindelerei der Schwester Candide, Leiterin eines Tuberkuloseasyls in Dr. Meffon. Die inzwischen vorgenommene Untersuchung hat ergeben, daß der Fehlbetrag der von der Schwester geleiteten Anstalten die runde Summe von 8 Millionen Frank ausmacht, dem ein Aktium von nur 4 Millionen gegenübersteht. Die Schwindelerei der Schwester Candide sind den Frommen in Frankreich sehr unangenehm; man hat daher Sammlungen in kirchlichen Kreisen veranstaltet, mit deren Hilfe die Fehlbeträge gedeckt werden sollen. Bei verschiedenen Juwelieren hatte die fromme Dams es verstanden, Schmuckstücken von hohem Werte zu erhalten, die dann zum großen Teile nach London wanderten, um dort versteigert zu werden.

Die Skandalaffäre hat bereits ein Opfer gefordert. Wie uns ein Telegramm aus Paris meldet, hat der Generalsekretär der von Schwester Candide geleiteten Anstalten, ein Dr. Leon Petit, Selbstmord verübt.

Ein späteres Telegramm meldet noch, daß Schwester Candide unter der Beschuldigung, Unterschlagungen begangen zu haben, verhaftet worden ist.

Weltkonferenz der Jungfrauenvereine.

In Berlin findet zurzeit eine Konferenz der christlichen Jungfrauenvereine statt. Aus aller Herren Länder sind die Jungfrauen meist älteren Regifers herbeigeeilt, um sich gegenseitig ihre christlichen Schmerzen zu künden. Im allgemeinen bieten die Verhandlungen der frommen Damen sehr wenig Interesse; nur einen Gedanken, den Konfistorialrat Dr. Konrad aussprach, möchten wir unseren Lesern nicht vorenthalten. Nach ihm sind, wie B. L. B. meldet, die Jungfrauenvereine erleuchtet von Christo, darum sollen sie zum Dank für ihre Rettung Leuchttürme für die Menschheit werden. Wir wußten bisher zwar, daß viele dieser Jungfrauen Winterstrümpfe für die armen Regentinnen stricken, daß ihr geistiges Licht aber ausreicht, als Leuchtturm zu dienen, ist und allerdings neu. Höchstens noch als Talglöckchen!

Automobilstraßen in Amerika.

Ein gewaltiges Projekt liegt zurzeit dem Repräsentantenhause der Vereinigten Staaten von Nordamerika vor: es handelt sich um die Anlage zweier Automobilstraßen, die die ganze Union durchqueren sollen. Nach dem Befehlswort soll eine solche Straße den Atlantischen mit dem Stillen Ozean verbinden; die zweite soll vom Mexikanischen Golf bis an die Grenze von Canada reichen. Bei der ersten Linie würde es sich um eine Strecke von über 4000 Kilometern handeln, während die zweite rund 2500 Kilometer lang sein würde.

Kleine Notizen.

Dynamitexplosion auf einer Zede. Wie uns ein Privattelegramm meldet, explodierte auf Schacht 5 der Zede Alma-Gelsenkirchen ein Dynamitkuppen. Drei Arbeiter wurden schrecklich verletzt; doch ist die Aussicht, sie am Leben zu erhalten, nicht ausgeschlossen.

Eindreher plündern in der Nacht zum Freitag das Bahnhofsgebäude in Vudow in der Märkischen Schweiz. Sie erbrachen den Kassenraum und erbeuteten in dem von ihnen geöffneten Geldschrank 1800 M. Unbelästigt fanden die Spitzbuben das Weite.

Durch abfällige Sandmassen wurde in Perst der Sohn des Werkmeisters Krebs verschüttet. Er hatte mit anderen Kindern in einer Sandgrube gespielt; als er hervorgezogen wurde, war er bereits erstickt.

Wegen Choleraverdachts ist in Kiel ein Heizer des Dampfers „Jyehoe“, der von Riga kam, in ein Krankenhaus gebracht worden. Zur Grubenkatastrophe in Hünfischen. Von den in der Grube Sznarbar verschütteten Bergleuten wurden 13 als Leichen geborgen, die übrigen Arbeiter, über 200, unterseht aus Tageslicht gefördert. Im Rebel gestrandet. Das englische Kohlenkiff „Bear“ lief im Kanal infolge dichten Nebels auf ein Riff. Die Besatzung konnte sich in den Booten retten.

Wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten wurden die Wäcker und Korrespondenzen der österreichischen Versicherungsgesellschaft „Hercules“ in Brunn behördlich beschlagnahmt. Eine gewaltige Feuersbrunst hat in Terupol (Ruhland) einen ganzen Stadtteil eingeäschert. 60 Häuser brannten nieder, mehrere hundert Familien sind dadurch obdachlos.

Eingegangene Druckschriften.

„März“, Halbmonatsschrift für deutsche Kultur, Herausgeber: R. Thoma und G. Delle. Zweites Heft. Preis 1,20 M. — H. Langen, München.